

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetrag. in der Post-Beitragungs-Verordnung für 1893 unter Nr. 6708.

Vorwärts

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfjährigste Zeitdauer oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. Honorare für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt I. 4186. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 26. November 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Im Namen des Königs! In der Strafsache gegen 1. den Redakteur Friedrich August Enders zu Berlin, Beuthstraße 2, 2. den Redakteur Franz Kaver Wihberger zu Berlin, Alte Jakobstraße 184, wegen Beleidigung mittels der Presse, hat die erste Strafkammer des königlichen Landgerichts I zu Berlin in der Sitzung vom 19. Mai 1893, an welcher theilgenommen haben: 1. Landgerichtsdirektor Schmidt, 2. Landgerichtsrath Diez, 3. Landgerichtsrath Umelung, 4. Landrichter Böser, 5. Landrichter Tadmann, als Richter, Gerichtsassessor Heiß als Beamter der Staatsanwaltschaft, Referendar Dr. Lewinsohn, als Gerichtsschreiber,

für Recht erkannt: daß der Angeklagte Enders, der durch die Presse erfolgten Beleidigung in vier Fällen, der Angeklagte Wihberger der durch die Presse erfolgten Beleidigung in einem Falle schuldig und deshalb Enders mit einer Gesamtstrafe von zwei Monaten Gefängnis, Wihberger mit einer Geldstrafe von hundert Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle für je zehn Mark ein Tag Gefängnis tritt, zu bestrafen, daß den Beleidigten: dem Staatssekretär des Reichs-Postamts Dr. von Stephan, denjenigen Oberpostdirektoren, welche bei den unter den Postbeamten ihres Bezirks zu gunsten ihrer durch die Cholera heimgeführten Hamburger Kollegen im Jahre 1892 veranstalteten Sammlungen theilhaftig waren und den diesen unterstellten, mit der Bearbeitung der Sache befaßten Postbeamten die Befugnis zuzusprechen, die Verurtheilung beider Angeklagten auf deren Kosten binnen zwei Wochen nach Zustellung der Urtheilsausfertigung durch einmalige Einrückung der Urtheilsformel in die zu Berlin erscheinende Zeitung „Vorwärts“ sowie in die gleichfalls zu Berlin erscheinende Zeitung „Berliner Presse“ öffentlich bekannt zu machen; daß die inkriminirten Artikel in allen Exemplaren der Nummern 189, 232, 237, 245 der Zeitung „Vorwärts“ des Jahrganges 1892 sowie der Nummer 235 der Zeitung „Berliner Presse“ des Jahrganges 1892, sowie die zu ihrer Herstellung bestimmten Platten und Formen unbrauchbar zu machen, daß die Kosten des Verfahrens beiden Angeklagten aufzuerlegen. Von Rechts Wegen.

Vom Molochkälbchen.

Der Moloch, dessen gefräßigem Appetit das deutsche Volk alljährlich ungezählte Millionen zum Opfer bringt und für dessen große Schlachtfeste der Zukunft eine jährlich wachsende Zahl blühender Menschentinder zum Kanonenfutter ausgebildet werden muß, wächst nicht nur selbst ungeheuerlich an an Leibumfang und gefräßiger Gier, er hat sich auch eine Nachkommenschaft erzeugt, ein Molochkälbchen, das in instinktiver Nachahmung seines Vaters bereits recht hübsch am Volkswohle zehrt.

Das deutsche Kolonialreich ist dieses Molochkälbchen, das seinen Ursprung aus Molochs Lenden durch die Ruhmbegier und den Blutdurst bezeugt, von welcher alle die säbelklirrenden Kolonialfeste besetzt sind. Ruhmbegier und Blutdurst! welche Barbarenempfindungen, wie das bei Konquistadoren - Naturen so üblich ist, mit roher Habgier gepaart sind. Nur der Blutdurst kann gestillt werden in den unablässigen Kolonialkriegen, der Ruhm, der dort zu holen, ist gar zu schätzbare Art, und die Habgier muß sich mit phantastischen Träumen von Zukunftsgewinn begnügen, denn in der Gegen-

wart schöpfen die früher am Platz gewesenen Engländer die spärlichen Fettsaugen von den deutschafrikanischen Kolonialwasserjungen ab.

Aber das Molochkälbchen wächst und reckt seine Glieder und sperrt schreiend den Hals auf, wie ein junger Kuckuck im Grasbüchsen. Und seine bürokratischen Vornünder im Kolonialamt beeilen sich denn auch, in schönen Denkschriften der Reichs-Geldbewilligungsmaschine zu beweisen, daß neues Futter für das liebe kleine Ungeheuer beschafft werden muß. So ist dem deutschen Reichstag jetzt wieder eine Denkschrift über das ostafrikanische und das südwestafrikanische Schutzgebiet zugegangen, deren langer Rede kurzer Sinn der ist, daß mehr Mannschaften und mehr Geld zur Erschließung dieser trefflichen Sand- und Sumpfnester bewilligt werden müssen.

Gleich in der Einleitung zu der Denkschrift über Ostafrika werden dem deutschen Steuerzahler für die Mehrforderungen, die seiner harren, die Augen aufgedrückt. Nach einer lobenden Erwähnung der friedlichen Zustände im Küstengebiet belehrt uns da die Molochsvormundschaft: „Mehr und mehr zeigt es sich, daß eine Beschränkung auf das ausschließliche Küstengebiet eine Unmöglichkeit ist und daß es schon im Interesse des Handels und der hieraus auch für die Regierung zu schöpfenden Einnahmen eine Nothwendigkeit wird, die gesammte Interessensphäre von der deutschen Macht beherrscht zu sehen.“

Die ganze Interessensphäre! — Man überlege einmal, was das sagen will: Ein Gebiet, größer als Deutschland, nur von wenigen ausgetretenen Karawanenstrahlen und schmalen Negerpfaden durchzogen, soll der deutschen Macht botmäßig gemacht werden, d. h. Beamte und Truppen des Deutschen Reiches sollen überall in kürzester Frist in genügender Zahl erscheinen können, um die Ordnung nach europäischem Schnitt aufrecht zu erhalten, den Karawanenhandel zu sichern und die Selbständigkeitsgelüste der kriegerischen Neger-Stämme und der vor den Deutschen dort als Herren erschienenen Araber zu brechen. Gegenwärtig ist dort eine Schutztruppe im Dienst, bestehend aus 163 weißen und 1899 farbigen Landsknechten. Die Truppe hat sich jetzt schon unzulänglich erwiesen für die Aufgaben, die man bisher von ihr verlangte. Fast ebenso viele Niederlagen wie Siege bilden die Marksteine der bluttriefenden ostafrikanischen Kolonialgeschichte. Wird Ernst gemacht mit der Forderung der Denkschrift, so wird nicht das Doppelte, nicht das Dreifache an Mannschaften zur Stillung von Molochkälbchens Heißhunger nach Kanonenfutter genügen.

Molochkälbchens Vornünder haben sicher nicht das Bestreben, ihr Mündel abstoßend erscheinen zu lassen. Was erzählen sie uns aber von ihm? Da ist zuerst die Rede von dem Uogo- und Wahehe-Gebiet. Wir hören von siegreichen Kämpfen gegen die „räuberischen“ Mafiti und Wahehe, in denen natürlich die als Eroberer gekommenen und im Kampfe gefallenen weißen Offiziere den „Heldentod gefunden“ haben. Trotz aller Siege und trotz allen Heldentodes erklärt aber der Reichskommissar

Herr v. Scheele, daß die Stationskette Mwaywa-Nisaki das allein richtige und noch auf längere Zeit hinaus nötige Schutzmittel gegen die Einfälle der Wahehe sein.“

Von den Wahehe zu den Mafiti! Um die Handelsstraße nach den Seen zu schützen wird eine nachdrückliche Zuchtigung dieser „Räuber“ ungelänglich. Aber daran wird man erst dann denken können, wenn in anderen Theilen der deutschen Interessensphäre wieder vollkommen geordnete Verhältnisse eingetreten sind.“ Um diesen wünschenswerthen Zustand herzustellen, muß also noch verschiederorts die molochsgemäße Ordnungsförderung vorausgehen. Folgt dann der Triumphgefang wegen des Sieges über den Häuptling Sille von Uniamjeme, der sich nach vierundzwanzigstündiger Belagerung in seiner Boma (Verschanzung) „mit seinen Frauen und seinen Schätzen durch Anzündung seines Pulvermagazins in die Luft gesprengt hat.“ Welch glorreicher Sieg! Bum, Bum!

Im Kilima-Njaro-Gebiet war die Niederlage und der Tod des unglücklichen Freiherrn von Bülow zu rächen. Ward befohrt durch Oberst von Scheel. Am 11. August wurde die Bonna des Sultans Neli eingenommen, zahlreiche Mofchi-Leute getödtet. Bum, Bum!

Und nun die farbigen Landsknechte, die den Hauptanteil an all' diesen Heldenthaten haben! Eudaneßen, Suluneger, lauter halb wilde Kerle, nicht um ein Löffelchen zivilisierter als die Gegner, die ihr Land gegen die deutschen Eroberer verteidigen. Doch da stoßen wir auf die überraschende Nachricht vom Erfay der Sulu-soldaten durch einen neuen Stamm, die M a u j e m a, die sich bei den Kämpfen am Kilima-Njaro als ein besonders brauchbares Material erwiesen und deshalb zu künftiger Rekrutierung in Aussicht genommen sind. Wer sind diese Maujema, die künftig „die europäische Zivilisation unter deutscher Flagge ins Herz von Afrika tragen“ werden? Ja, da könnte ein deutscher Patriot lange ratzen, ehe seine teutsche Patriotemphantasie auf die Wahrheit käme!

Die M a u j e m a sind der zur wiesischen Rohheit entartete Menschenfresser-Stamm, der seit Jahren den arabischen Sklavenhändlern als Bluthundmeute bei ihren Sklavenjagden in dem Gebiete zwischen dem Kongo und dem Tanganjika-See gedient und sich von den Abfällen dieser Jagden, den Todten und Verwundeten gemästet hat. Und diese Menschenbestien will man auf die widerständigen Schutzbefohlenen des Deutschen Reichs loslassen!

Das sind reizende Früchte, die uns die Auspöppelung Molochkälbchens in Ostafrika schon bescheert hat. Nehelien und Menschenfresserhilfe — fest steht und treu die Wacht, die Wacht am indischen Ozean!

Und nun was springt dabei heraus an klingender Münze für den Reichsfiskus und die königlichen Kaufleute? Das muß doch in dem Bericht über den Handel und die Hölle zu Tage treten. Millionen gewiß? wenigstens Gold die Hülle und Fülle für so viele Blutopfer? Wie?

Der Bericht erzählt uns nur von dem Handel Hamburgs mit Ostafrika. Dort wohnen ja auch die königlichen Kaufleute,

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

[17

Skizzen aus der sozialistischen Bewegung in Rußland.

(Aus dem Russischen übersetzt.)

Hinter der Ecke des Gartenzaunes weinte irgend Jemand laut. Raja erblickte eine alte Frau, die am Zaune saß, und fragte sie:

„Weshalb weinst Du, Mütterchen?“

Unter Thränen sah die alte Frau sie an und antwortete:

„Du, Herrin, änderst es nicht... den Sohn kannst Du mir nicht zurückgeben... man hat ihn als Soldat ausgehoben.“

Von Neuem flossen ihr die Thränen an den runzligen Waden hinab. Raja sah sie an und begann ihrerseits auch bitterlich zu weinen. Die Greisin blickte sie an und sagte:

„Du bist eine gute Herrin... Ein grüner Vorhang verdeckte dieses Bild, und ein anderes zeigte sich. Raja betrat zum ersten Male ein Bauernhaus und stand da mit weitgeöffneten Augen, verwundert über den Kontrast mit ihrer eigenen reichen Wohnung. Im Bauernhause war die Luft dumpfig; die Fliegen summten in dichten Schwärmen und in einer schmutzigen Wiege schrie ein Kind.

„O, daß Du gleich ersticken mögest,“ rief die Mutter, indem sie sich eifrig bemühte, das Kind zu beruhigen.

Raja stand wie gebannt von dem Anblick der Armut; dann ging sie leise, mit gesenktem Kopfe hinaus und lief zu ihrer Mutter, um sich von ihr Geld für dieses Weib zu erbitten.

Blöthlich verschwand das Dorf. Raja sah sich in dem Empfangsalon einer städtischen Wohnung, sie war nicht mehr ein kleines Mädchen, sondern eine erwachsene, schlante, junge Dame. Vor zwei Monaten hatte sie das Institut verlassen. Ein junger, brünetter Herr unterhielt sich mit ihr und sagte:

„Wir werden Hand in Hand gehen, wir werden dem Volke helfen.“

Raja war glücklich, sie liebte diesen brünetten Herrn. Zu dem Zimmer war es dümmrig, nur das Licht des Mondes schien durch die Blätter der die Fenster zierenden Pflanzen; im Nebenzimmer spielte ihre Schwester irgend eine schwermüthige Komposition auf dem Flügel.

Dieses bejaubernde Bild in der matten Beleuchtung des Mondes blickte für einen Moment auf und verschwand sofort wieder im blauen Meere, und an seiner Stelle erschien ein Bild der Verzweiflung.

Als junge Frau sah Raja mit feuchten Augen in schmerzlichen Nachdenken. Sie will nicht an die geschehenen Thatfachen glauben. Ihr Mann war ganz anders geartet, wie er als Bräutigam erschienen hat. Unlänglich erst hatten seine Reden von seiner Liebe zum Volke Raja's Liebe zu ihm entsacht, aber jetzt lacht er über ihre Utopien; er ist ein Egoist, will nur seinem Vergnügen leben und ist bemüht, sich den Ruf eines politisch zuverlässigen Mannes zu verschaffen, um eine gute Stellung zu erhalten. Er hat sie

betrogen, um ihre Liebe zu gewinnen. Mit welcher Leidenschaft hatte sie ihn angefleht, so zu werden, wie er es früher war, aber er nannte sie lachend ein naives Mädchen; er begriff nicht, daß ihre Liebe zu ihm verschwunden war. Die junge Frau verließ das mollige Nest, das ihr verhaßt geworden war.

Wieder sah sie im Geiste ein Dorf und Felder mit reifem Korn. Raja, mit braungebranntem Gesicht, im bäuerischen Anzug, befindet sich in einem Meere von Aehren, wie in ihrer Jugend. Aber sie ergötzt sich nicht an den Kornblumen und Aehren, sondern ist bemüht, sie zu ernten. Einen Finger hat sie sich mit einem Lappen umwickelt — sie hat sich mit der Sichel geschnitten; der Rücken thut ihr weh, das Gesicht ist roth vom Andrang des Blutes und auf der Stirne glänzen Schweißtröpfchen. Die Sonne steht noch hoch; leichte weiße Wolken ziehen langsam über den Himmel, aber Raja hat weder Zeit noch Lust sich an ihrem Anblick zu erfreuen. Die schwere Arbeit ermüdete sie, aber sie vertichtete sie, um mit dem Volke in Verbindung zu bleiben zu können und so ihren Lehren mehr Wirkung zu verschaffen.

Mit Wohlgefallen gedachte Raja dieses Lebens im Dorfe. Sie fühlte sich bald heimisch und man gewann sie lieb, ihres einfachen guten Gemüthes wegen. Die Weiber nannten sie „ein gutes Herz“ und die Männer hörten mit Aufmerksamkeit zu.

„Sie spricht wahr,“ vernahm sie oft als Lobendes Wort von den Männern, welches Lob sie sehr hoch schätzte.

Aber nur kurze Zeit dauerte dieses glückliche Leben. Ueberall wurden die Propagandisten in den Dörfern ergriffen; vergebens trafen sie alle möglichen Vorichts-

die der schwarzen Erde durch ihre Schnapsagenten
exploitieren lassen und ihre Heimatstadt zur Cholera-
verwahrlöcher. Im Jahre 1891 betrug die Gesamtanfuhr
Hamburgs aus Deutsch-Ostafrika an Werth 520 270 M.,
die Gesamtanfuhr aus Hamburg dorthin an Werth
2 286 640 M. Ein mittleres Fabrikgeschäft in einer deut-
schen Provinzialstadt hat einen gleichen Umsatz.

In solchen dürren Zahlen tritt der materielle Werth
dieser überschwänglich gepriesenen Kolonialunternehmungen
in seiner ganzen Dürftigkeit zu Tage, der materielle Werth,
wohlgemerkt für ein paar Ausbeuter, denn das deutsche
Volk hat nur zu bluten für das Molochfalschchen. Die
Zolleinnahmen betragen nach Ruyien (= 2 Mark) gerechnet
im Jahre 91: 786 722 M. Also mehr Hölle als Aus-
fuhrwerthe und dabei reichen sie doch bei weitem nicht
zur Deckung der Verwaltungskosten. Sie müssen
abermals erhöht werden, bis zur Grenze der Leistungsfähig-
keit, wie Herr v. Scheele selbst zugestehet. Auch vom
Plantagenbau ist dann die Rede und gleich dahinter von
Maßregeln zur Abstellung des Sklavenhandels. Welche
Ironie! Denn der Plantagenbau läßt sich nur betreiben
durch erzwungene Eingeborenarbeit. Der Sklaverei, der
man vorn die Thore schließt, öffnet man alle Hintertüren.
„Kuli“ nennt man den schwarzen, gelben oder braunen
Sklaven der weißen Zivilisationsträger, wie die Menschen-
fresserbanden zur „Schutztruppe“ werden, wenn sie unter
deutscher Flagge stehen.

Wenn wir das Alles erleben am Molochfalschchen in
seinen ersten Jugendjahren, dann können wir uns auf schöne
Dinge gefaßt machen, wenn es erst großgemästet ist mit
deutschem Blut und Out.

Druckfehler-Berichtigung. In unserem gestrigen Leitartikel
über die Börsensteuer muß es zu Anfang des zweiten Absatzes
auf S. 2 heißen: „Braucht die bürgerliche Gesellschaft u. s. w.“
— anstatt: „Braucht die bürgerliche Presse u. s. w.“

Politische Ueberblick.

Berlin, den 25. November.

Aus dem Reichstage. Wenn man das Wort, was
lange währt wird gut, auf die Debatte über die Handels-
verträge anwenden wollte, so würde man sehr unrecht thun.
Das was heute im Reichstage vorgebracht wurde, blieb
zweifellos weit hinter dem Ergebnis der Debatte von gestern
und vorgestern zurück. Das Thema ist eben vollständig er-
schöpft und die Debatte hätte gestern Abend ohne jeden
Schaden geschlossen werden können. Herr von Hammer-
stein, der edle Ritter von der „Kreuz-Zeitung“ erkundigte
sich danach, ob die gestern vom Bundesrathstisch aus ge-
haltenen Reden eine Abgabe an die konservative Partei be-
deuten sollen, worauf Herr von Marschall die recht schwache
Antwort gab, die Regierung tadle an der agrarischen Be-
wegung nur das, was nicht konservativ sei. Im Uebrigen
stellte Herr von Marschall den Konservativen das Zeugnis
aus, daß sie an Aufrechterhaltung des Maßlosesten gelehrt
haben, was ihm, Marschall, bisher bekannt geworden sei.
Eine recht nette Schilderung der Zustände in der Fraktion
Drehscheibe gab einer ihrer ältesten Führer, Dr. Hammacher.
Derselbe erklärte, in seiner Fraktion gäbe es Abgeordnete,
welche „zur Zeit“ gegen den Abschluß von Handelsverträgen
seien. Dann gäbe es solche, welche wohl für Handels-
verträge, aber nicht für die in der vorliegenden Form seien,
weiter zählt diese interessante Fraktion Leute, welche über-
haupt gegen Handelsverträge sind und dann wieder solche,
welche, ihren freihändlerischen Neigungen folgend, für die
Verträge eintreten. Für einen solchen Mischmasch zu
sprechen ist natürlich ein Kunststück, das auch ein so viel-
seitiger Herr, wie Dr. Hammacher einer ist, nicht fertig
bringen konnte. Seine Rede hielt sich also an das für
solche Situationen erprobte Thema: Es kann regnen, es
kann auch schneien, es kann auch länger noch so bleiben.
Wenn es möglich gewesen wäre, hätte Herr von Kardorff
noch langweiliger geredet wie Herr Dr. Hammacher,
aber es ging beim besten Willen nicht.

Nach solchen Vorrednern wurde es natürlich vom ganzen

maßregeln, wenn sie sich einer bestimmten Beschäftigung im
Dorfe widmeten, um umbezwöhnt zu bleiben.

Die Regierung, bestrebt jede Möglichkeit der sozialisti-
schen Propaganda zu vernichten, ließ alle intelligenten Ge-
meinschaftsleiter, Dorfschullehrer, Schmiede, Hebammen
u. s. w. ergreifen; darauf ging sie noch einen Schritt
weiter — und machte den Aufenthalt im Dorfe einfach für
jeden einigermaßen ehrlichen Menschen unmöglich: jeder ehr-
liche, gewissenhafte Lehrer galt als Sozialist und wurde
sofort seiner Stellung enthoben.

Auch Raja, welche zuerst die Propaganda in der Rolle
einer Schmittlerin, darauf als Lehrerin einer Dorfschule
unternommen hatte, befand sich unter denen, die aus den
Dörfern vertrieben wurden. Sie hatte von Glück zu sagen,
daß sie nicht zur Zwangsarbeit verurtheilt wurde, wie es
früher ihren Gefährtinnen ergangen war.

Raja erinnerte sich, welche Kämpfe ihr friedliebendes
Gemüth durchzuschauen hatte, als sie vor dem Dilemma stand:
entweder muthig zu sein oder einen blutigen politischen
Kampf zu führen. Sie verabschiedete die Taktik dieses Krieges,
sie schien einer friedlichen Propagandistin unwürdig zu sein.
Bögert aber die Mutter einen Augenblick einen Diebstahl
zu begehen, wenn sie kein anderes Mittel hat ihr Kind am
Leben zu erhalten? Ein junges Mädchen schreckt nicht vor
dem Morde zurück, wenn sie sich nicht anders vor der
Vergewaltigung eines Lungenkranken schützen kann. Und
niemandem fällt es ein, diese Mutter als Diebin und
dieses Mädchen als Mörderin zu verurtheilen. Aber das
ist ja Mutterliebe und Selbstvertheidigung, die hier in
Frage kommt, während Raja nicht für sich selbst zu kämpfen
hatte. Sie hätte in aller Ruhe und ohne jeden Kampf
leben können, wenn sie eine Egoistin gewesen wäre. Sie
hatte allen Freunden des Lebens entzogen, um nur dem Volke
zu dienen. Raja liebte das Volk mehr als sich selbst und
haßte seinen Feind, der demütigt war, es in Dummheit und
Blindheit zu erhalten, indem er seinen Freunden die Mög-
lichkeit nahm, ihm die Augen zu öffnen. Diese Liebe ist
stärker als Alles, und sie bewog Raja ihren Widerwillen
gegen den politischen Kampf zu überwinden, welcher not-
wendig erschien, um sich dem Volke wieder nähern zu
können. Sie wäre lieber auf eine Barricade gegangen oder
an der Spitze ihrer Freunde gegen den Feind gezogen.
Aber nicht zum Beweise seines Muthes führt man Kriege,

Gaule als Erlösung betrachtet, daß der Abg. Meyer (Halle)
einige seiner Wiße zum Besten gab.

Damit war der letzte erwähnenswerthe Vorgang in der
Debatte vorbei, denn weder was Herr Bödel als Bauern-
patron, noch der polnische Redner vorzubringen hatten,
konnte Anspruch auf besondere Beachtung machen. Ebenso
gleichgültig konnte es für das Haus sein, von Herrn Schulz
(Lupig) die Gründe zu hören, warum er aus dem Bund
der Landwirthe hinausgedrängt wurde. Was dieser Vor-
gang mit den Handelsverträgen zu thun haben soll, ver-
mögen wir absolut nicht einzusehen, und daß die Geschichte
trotzdem ungestört vorgetragen werden konnte, ist wohl nur
dem Umstande zu danken, daß Herr Schulz gar selten das
Wort ergreift und deshalb auf Nachsicht Anspruch machen
kann.

Die Feststellung der Tagesordnung für die nächste
Sitzung am Montag gab zu einer eingehenden Debatte
Anlaß. Herr Finanzminister Miquel wünscht sein Gesetz
über die Finanzreform mit dem Etatsgesetz gemeinsam
berathen zu sehen und der Herr Präsident war geneigt, auf
diesen Wunsch einzugehen. Centrum, Freisinn, National-
liberale und Sozialdemokraten erhoben aber Widerspruch
gegen diesen Plan, der einer Ueberrumpelung so gleich
sieht wie ein Ei dem anderen, worauf der Herr Präsident
seinen Vorschlag zurückzog.

Von der Auflösung des Reichstages spricht heute
der „Berliner Börsen-Courier“. Das ist Unfug. Eine
Regierung, die Steuergesetze, wie den Tabak-Fabrikatsteuer-
Entwurf vorgelegt hat, wird sich hüten, die Stellungnahme
des Volkes zu diesen Entwürfen herauszufordern, weiß sie
doch, daß jetzt die Gegner der Steuerprojekte in weit
größerer Anzahl als am 15. Juni gewählt werden würden.
Die Handelsverträge werden übrigens unzweifelhaft an-
genommen werden. Sollten sie aber abgelehnt werden und
sollten auch die Steuervorlagen dasselbe Schicksal theilen,
so ist doch an die Auflösung kaum zu denken. Das darf
uns freilich nicht abhalten, auf der Hut und auf jede
Ueberraschung gefaßt zu sein. —

Der politische Nerv. Auch die „Kreuz-Zeitung“
erklärt sich heute gegen das reaktionär-dennunziatorische
Vorgehen der „National-Zeitung“ in Sachen der Beur-
laubung Bueb's. Das Junferblatt sieht keine Gefahr für
den Staat und den Strafvollzug da, wo das national-
liberale Organ und Umsturz wittert und alle möglichen und
unmöglichen Bedenken hat. Ein neuer Beweis, daß die
nationalliberale die reaktionärste aller Parteien im Deutschen
Reiche ist. Und das will gewiß nicht wenig bedeuten. —

Börsensteuer und Militarismus. Es ist wohl noch
in der Erinnerung aller, das anlässlich der letzten Wahl-
bewegung die reichsten Börsenfirmen Berlins einen Anruf
zu gunsten der Militärvorlage erlassen und Sammlungen
für Unterstützung der Agitation eingeleitet haben. Nun die
Militärvorlage bewilligt ist, erklären sie sich mit Ent-
schiedenheit gegen die theilweise Deckung der Kosten des
neuen Militärgesetzes durch die Börsensteuer. Die Herren
sind Patrioten, nur darf sie der Patriotismus nicht im Ge-
schäfte stören. —

Arm in Arm ziehen der „Reichsbote“ und die
„Vossische Zeitung“ gegen unsern heutigen Leitartikel „Die
Börsensteuer“ los.

Das Stöckerblatt nennt unsre Meinung über die
Börsensteuer „bourgeoislich“, während die Vossin glaubt,
„daß selbst die festesten Fasager der sozialdemokratischen
Partei über diesen Artikel den Kopf schütteln werden.“

Dem „Reichsboten“ erwidern wir, daß wir nicht wie
er von der Demagogie leben, und uns gestützt auf
die prinzipielle Erkenntnis unserer Parteigenossen gestalten
können, auch gegen eine scheinbar populäre Maßregel der
Regierung zu schreiben. Der Unterschied zwischen uns und
dem „Reichsboten“ in bezug auf die Ansichten über die
Börse besteht darin, daß wir dem Börsenschwindel den
Garau machen wollen, während der „Reichsbote“ verlangt,
daß der Staat — dadurch, daß er die Börse besteuert —
sich zum Kuppler derselben macht. —

Unsere Freundin aus der Breitenstraße scheint ihre
Notiz in der Befangenheit des Nachmittagschlafens ver-

sondern des Erfolges wegen — und muß man sich wohl
oder übel seinen Gesetzen unterwerfen.

Gegenwärtig befindet sich Raja in einer großen Stadt.
Den ganzen Tag ist sie mit verschiedenen revolutionären
Dingen beschäftigt. Um Krieg führen zu können,
braucht man „Geld, Geld und nochmals Geld“, und dieses
zu beschaffen ist sehr schwer. Raja muß jeden Tag einige
„Gönnner“ besuchen. Diese bilden eine interessante Kategorie
der russischen Gesellschaft. Der Gönnner ist ein liberaler
Herr, der mit der Regierung unzufrieden ist, aber nicht
protestieren will: er lebt noch ganz gemüthlich unter dem
Schreckensregiment, hat keinen Grund sich zu ärgern und
sich zur Selbstvertheidigung aufzurufen. Als Variation der
Legende vom Herzen des heiligen Ignatius, in dem das
Wort „Christus“ sichtbar wurde, kann man sagen, daß im
Herzen des Gönnners das Wort „Konstitution“ geschrieben
steht; aber dieses Wort befindet sich im verstecktesten Winkel
und ist so unendlich geschrieben, daß, falls es von der
Polizei oder der Sendarmarie erblüht werden sollte, der
Gönnner getrost sagen kann, dieses Wort bedeutet nicht
Konstitution, sondern Selbstherrlichkeit. Während des letzten
orientalischen Krieges erwartete der russische Liberale von
der Milde des Kaisers die Konstitution, aber ent-
täuscht verließ er sich auf die Terroristen, daß diese
das Manua des Himmels ihm verschaffen würden
und wurde ihr Gönnner.

So ein Gönnner ist von sehr furchtbarer Natur; er
schätzt eine gute Wohnung, ein Mittagessen, Wein und
ein liberales Geschwätz höher als jede Konstitution und ist
daher seine Sympathie nur in Worten eine unbegrenzte.
Wenn der Gönnner sich entschließt drei Rubel zu opfern,
so muß er einigermaßen seinem Egoismus Gewalt an-
thun, weil er sich sagt, daß man für drei Rubel ein Pfund
vom besten Tabak kaufen kann. Mit zehn bis zwanzig
Rubel heraus zu rücken, kostet ihm die ungeheuerlichsten
Anstrengungen, sein Egoismus rechnet ihm vor, wie viel
Genüsse er sich für diese Summe gönnen könne.
Wenn der Gönnner sich dazu entschließt, einem Sozialisten
zu erlauben, ihm einen Brief zu schreiben, so kostet ihm das viel
Nachdenken und mindestens eine schlaflose Nacht, aber ein
Gönnner, der sich entschließt, einen Sozialisten bei sich die
Nacht zu beherbergen — ist schon ein Held.
(Fortsetzung folgt.)

übt zu haben. Daß unsere Auffassung über die Böse bei
ihm keinen Anklang findet, ist bei der Thatsache, daß ihre
Leser den Kurztitel vor den Abendgesellschaften als an-
genehme Nervenerregung studieren, begreiflich.

Wenn das leitende Organ des Berliner Philistertums
seine et was anrühlich gewordene Loyalität durch Lob-
hymnen auf die Börsensteuer wieder auffrischen will, wir
werden es bei diesem löblichen Thun nicht stören.

Aber so klug könnte selbst die „Vossische Zeitung“ sein,
um zu wissen, daß die Sozialdemokratie sich durch die
Börsensteuer nicht fördern läßt und für diese Art von
Sozialreform weder Zustimmung noch Geldbewilligungs-
eifer hat. —

Die Antisemiten und die Steuerprojekte. Ueber
die Stellung der antisemitischen „Deutschen Reformpartei“
zu den Steuervorlagen sprach der Führer dieser Partei, der
Reichstagsabgeordnete Dr. Bödel-Maxburg in einer von
ca. 1000 Personen besuchten Volksversammlung. Die Re-
formpartei werde die Tabakfabrikatsteuer ganz entschieden
ablehnen. An ihrer Stelle schlägt die Partei eine Wehr-
und eine Börsensteuer vor, die beide den Mittelstand nicht
treffen. Bezüglich der vorgeschlagenen Weinsteuern wird die
Partei eine Abänderung derselben verlangen und zwar
dahingehend, daß auf die theueren Sorten eine Flaschensteuer
gelegt wird. In erster Linie aber wird die Reformpartei
den Ausbau der Börsensteuer verlangen.

Leider kann man den Versprechungen der Antisemiten
seit ihrem Umfall bei der Militärvorlage gar nicht mehr
trauen. —

Petition gegen die Tabak-Fabrikatsteuer. In
Berlin werden Unterschriften für eine Petition aller Zigarren-
und Tabak-Konsumenten Berlins an den hohen Reichstag
zur Abwehr der von der Regierung eingebrachten Tabak-
Fabrikatsteuer-Vorlage gesammelt. Dieselbe hat folgenden
Wortlaut:

In Erwägung,

1. daß die geplante Tabak-Fabrikatsteuer in geraden Wider-
spruch mit den bestimmten amtlichen Erklärungen des
„Reichs-Anzeigers“ vom 19. und des Reichsanzalers vom
23. November 1892 stände, wonach eine solche ausgeschlossen
sein sollte,
 2. daß die Folge einer solchen Maßregel für die weniger
Wohlhabenden (1/3 der 6—7 Millionen Raucher), die für
ihren Rauchgenuss mehr als bisher nicht ausgeben können,
eine Verschlechterung ihres Tabaks, eine Verminderung
ihrer Leistungsfähigkeit wäre,
 3. daß durch den von der Regierung selbst auf ein Drittel
geschätzten Rückgang des Rauchkonsums, sowie den Ueber-
gang tausender von ärmeren Zigarren-Rauchern zum
Pfeifen- und Zigarettenrauchen oder Tabak-Rauen
mindestens 50—60 000 Arbeiter erwerbslos würden,
 4. daß der ganze Gesetzentwurf lediglich ein Umweg zum
Tabakmonopol ist, von dem das deutsche Volk heute so
wenig als früher etwas wissen will,
- richten die ergebnis Unterzeichneten an das hohe Haus des
Deutschen Reichstages die Bitte, derselbe wolle der Tabak-
Fabrikatsteuer-Vorlage, sowie jeder anderweitigen Wehr-
belastung des Tabaks seine Zustimmung verweigern. —

**Die erste Verurtheilung wegen Caprivi-Belei-
digung.** Aus Dortmund wird uns telegraphirt: „Die
Strafkammer in Hagen hat Genossen Bloch, früheren ver-
antwortlichen Redakteur der rheinisch-westfälischen „Arbeiter-
Zeitung“, wegen Caprivi-Beleidigung zu sechs Wochen ver-
urtheilt. Vier Wochen davon wurden als durch die Unter-
suchungshaft verbüßt von der ausgesprochenen Strafe in
Abzug gebracht.“ —

**Auf der abschüssigen Bahn vom Manchesterthum
zum Sozialismus** sind die Hirsch-Dunder'schen Gewerk-
vereine angelangt, wie aus einer Petition an den Reichstag
zu ersehen ist, die der Centralrath deutscher Gewerksvereine
in seiner letzten Sitzung nach langer Berathung beschlossen
hat. Dieselbe lautet:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichsanzler
zu ersuchen, dahin zu wirken, daß in den Betrieben des Reiches
zu den Bundesstaaten 1. eine Statistik über die gesammten
Arbeiterverhältnisse, namentlich über die Dauer der täglichen
Arbeitszeit nach Arbeiterkategorien, mit besonderer Berücksich-
tigung der Ueberstunden, der Nacht- und Sonntagsarbeit, über die
gesetzlichen Individuallöhne, die Fristen und Tage der Lohnzahlung
begw. Abschlagszahlung und Abrechnung, über Zahl und Alter
der neu- bzw. wiedereingestellten und der entlassenen Ar-
beiter, nebst den Gründen der Entlassung, nach gleichartigen
Formularen schleunigst und alsdann in regelmäßiger Wieder-
kehr erhoben und dem Reichstage vorgelegt werde; 2. eine
tägliche Arbeitszeit von höchstens neun Stunden für Bergwerke
und andere gesundheitschädliche Betriebe oder Beschäftigungen
von höchstens acht Stunden, sowie wöchentliche Lohnzahlung,
mindestens aber Abschlagszahlung eingeführt werde; 3. bei der
zeitlichen Eintheilung der Arbeiten wesentlich darauf Rücksicht
genommen werde; daß die Arbeiter dauernd das ganze Jahr
hindurch beschäftigt und in Zeiten der Arbeitslosigkeit nicht
Vermindeung, sondern, soweit irgend möglich, Vermehrung der
Arbeiterzahl erfolge.“

Die Herren Hirsch, Goldschmidt und Konsorten haben
sich wohl manhaft gegen die Annahme dieser Anträge ge-
wehrt, wissen sie doch nur zu gut, daß die von ihnen ver-
leiteten Arbeiter mit diesen Forderungen für die Staats-
betriebe nicht zufrieden sein werden, daß sie das Gleiche
auch für die privaten Ausbeuter verlangen werden. Die
Anstrengungen der Hirsch und Konsorten, einen auch nur
kleinen Bruchtheil der Arbeiterschaft im Schlepptau des
Liberalismus zu erhalten, werden vergeblich sein, denn jeder
denkende Arbeiter muß mit der Zeit doch einsehen, daß die
Herren Hirsch niemals Vertreter der Klassen-
interessen der Arbeiterschaft sein können, daß diese
blos von der Sozialdemokratie vertreten werden können. —

Patriotisch-rheinländische Gesinnung rühmt die
Denkschrift des Kolonialamts über Ostafrika einem sicheren
„Bruder Oswald“ von der katholischen Mission in
Bagamoyo nach. Das loben wir uns. Bisher gab es nur
deutschen oder teutschen, allenfalls noch preussischen,
bayerischen, sächsischen, reuß-greiz-lobensteinischen Patriotis-
mus. Aber weshalb sollte nicht jede Provinz ihren Sonder-
patriotismus als Partikularrecht zugebilligt erhalten?
Patriotisch-ückermärktische Gesinnung würde sich auch recht
höflich ausnehmen. Doch wozu bei Provinzen stehen bleiben?
Jeder Ort hat den nämlichen Anspruch auf patriotische Ge-
sinnungstheiligkeit. Man wird künftig jedem Beamten seine
patriotisch-burgheuer- oder Treuendriegerer Gesinnung nach-
zuräumen haben. —

In Sachsen wird's immer „gemüthlicher“. Der
Leipziger „Wähler“ schreibt:

In unserem Nachbarort Zwenkau ist dieser Tage die
gänzlich veraltete Straßenschilderung über das Tragen republi-
kanischer Abzeichen aus dem Jahre 1848 in Anwendung ge-

bracht worden, und zwar gegen einen 17-jährigen Fortbildungsschüler, der in den Unterricht mit einem neuen Gut kam, auf welchem ein aus mehreren kleinen Federn (darunter auch eine rothe) bestehender kleiner Stuhl sich befand. Der Herr Schuldirektor entdeckte unter den auf dem Korridor hängenden Hüten auch jenen „unhübschlichen“ und trat mit dem Gut in die Klasse. Der Besizer desselben mußte die Federn entfernen, welche daraufhin der Schuldirektor mit dem Bemerkens konstatirte, daß er sie an die Staatsanwaltschaft einreichen werde. Diese Woche erhielt nun der Sänder vom Zwenlauer Amtsgericht einen Strafbefehl, laut welchem er aufgrund jener 1848er Verordnung zu drei Tagen Haftstrafe verurtheilt wurde. Selbstverständlich wird gegen den Strafbefehl Einspruch erhoben und gerichtliche Entscheidung beantragt werden. Man darf wirklich gespannt sein, ob das Zwenlauer Schöffengericht einen Forderstuf, in dem sich ein rother Streifen befindet, und wie man ihn heute alle Tage auf den Straßen beobachten kann, für ein republikanisches Abzeichen ansehen wird. Wie aber auch immer das Urtheil des Zwenlauer Gerichts ausfallen möge, durch den obigen Fall ist wieder einmal die Nothwendigkeit der Aufhebung jener alten Verordnung schlagend bewiesen.

Der Fall erinnert an das berühmte schwarz-weiß-rothe Taschentuch, das durch alle Zustände von der sächsischen Justiz für roth erklärt wurde und seinerzeit dem Deutschen Reichstag homerisches Gelächter entlockte — obgleich der Fall gar nicht zum Lachen war. —

Erleichterung der Initiative in der Schweiz. In einer Kommission des Züricher Kantonsrates regte Genosse Karl Bürkli, wie wir der „Börsen- und Bank-Zeitung“ entnehmen, eine Verbesserung der Volksinitiative an. Diese soll künftig leichter ins Werk gesetzt werden können, indem für einen Volksvorschlag nicht mehr 5000 Unterschriften gesammelt zu werden brauchen. Die kantonalen Behörden sollen bei Gelegenheit der jährlichen Referendums-Abstimmungen an die Stimmberechtigten die Anfrage stellen, ob diese ein Initiativbegehren zu unterstützen gedenken, vorausgesetzt, daß zuvor 500 Bürger (das heißt) ein solches angemeldet haben. Wenn dann 5000 Ja in die Urne geworfen werden, gilt die Initiative als zu Stande gekommen und es entscheidet über ihren Inhalt eine Volksabstimmung. —

Proportionalwahl. Die zweite Probe, die in Belgien mit dem Proportionalwahlssystem gemacht wurde, ist ebenso vollständig gelungen, wie die erste. Wir entnehmen der „Frankfurter Zeitung“ folgenden, bis auf den Schlusssatz genau den Thatfachen entsprechenden, sehr übersichtlichen Bericht:

Von der am Sonntag in Brüssel mit der Proportionalwahl angestellten Probe liegt nun das endgültige Ergebnis vor. Die Probe erstreckte sich nur auf die parlamentarische Vertretung Brüssels in der Kammer, also auf 18 Mandate. Sechs Parteien nahmen an der Wahl Theil: Gemäßigtere Liberale, Sozialisten, Fortschrittler, Flamänder, Katholiken und Unabhängige. Man hatte das Verfahren so geordnet, daß aus der Abstimmung sowohl die Zahl der abgegebenen Stimmen im Einzelnen und für die Partei, als auch die Namen der Abgeordneten, denen die Wähler den Vorzug gaben, ersichtlich war. Zu Kandidaten wurden die Namen von vier Personen genommen, unter denen sich jede Partei eine Anzahl ihrer verdienten Männer herausuchte. Für die Abstimmung waren verschiedene Wahllokale hergerichtet. Die Ermittlung des Wahlergebnisses nahm vier Stunden in Anspruch, ging aber ziemlich glatt vor sich. Das Ergebnis ist das folgende: Abgestimmt haben 12 154 Wähler; abgegeben wurden im ganzen 208 679 Stimmen; da 18 Sitze zu vergeben waren, so kam ein Sitz auf rund 11 600 Stimmen. Es erhielten demgemäß: die Sozialisten mit 105 902 Stimmen 10 Sitze, die Fortschrittler mit 89 440 Stimmen 4 Sitze, die Flamänder (Demokraten) mit 21 831 Stimmen 2 Sitze, die Katholiken mit 19 433 Stimmen 1 Sitz, die Gemäßigtere Liberale mit 11 631 Stimmen auch einen Sitz, und die Unabhängigen mit nur 8420 Stimmen gingen leer aus. Als Gewählte wurden sodann die von den einzelnen Parteien aufgestellten Namen in der ermittelten Zahl und in der den Listen angegebenen Reihenfolge proklamirt. Die große Zahl der abgegebenen sozialistischen Stimmen machte natürlich Aufsehen, doch erklärt sich diese Zahl zunächst daraus, daß die Sozialisten sich am regsten an der Probe beteiligten, während die Angehörigen der anderen Parteien zum Theil zu Hause blieben, was allerdings für die letzteren kein schmeichelhaftes Zeugnis ist. Indessen wird sich dies bei der wirklichen Wahl einigermaßen ausgleichen, da die neue Verfassung die Theilnahme an der Wahlhandlung obligatorisch macht. Bei der Feststellung des Ergebnisses wurde denn auch ausdrücklich hervorgehoben, daß die Probe keine politische, sondern nur eine technische Bedeutung habe, da sie die praktische Durchführbarkeit des Verfahrens beweisen solle. Dieser Beweis ist nunmehr vollständig gelungen, aber man wird nicht umhin können, auch eine politische Bedeutung der Probe darin zu finden, daß die sozialistische Partei sich immerhin als eine viel größere herausgestellt hat, wie man bisher vermuthete. Diese Wahrnehmung dürfte geeignet sein, diejenigen, die noch Gegner des Proportionalwahlverfahrens sind, zum Aufgeben ihres Widerstandes zu veranlassen.

Der Schlusssatz verräth eine große Naivität. Der Umstand, daß das Proportionalwahlsystem eine wirkliche, d. h. der Zahlenstärke der Parteien entsprechende Volksvertretung giebt, wird die Abneigung gegen diese gerechte Wahlart nicht vermindern, sondern umgekehrt nur vermehren. Oder glaubt die „Frankfurter Zeitung“, es lebe heute auch nur ein Politiker in Deutschland, der nicht genau wüßte, daß das Proportionalwahlsystem theoretisch das einzig vernünftige und praktisch sehr leicht durchführbare ist? Aber 14 Sozialdemokraten im letzten Deutschen Reichstag sind doch vom Standpunkt unserer Gegner aus sicher ein „kleineres Uebel“ als 95. — Das Sonderinteresse lenkt die Politik der kapitalistischen Gegenwart — und nicht Vernunft und Gerechtigkeit. —

Ein schottischer Vergewaltiger. Von allen nicht dem mittelenglischen Bunde angehörigen Vergewaltigern waren es allein die schottischen Vergewaltiger, die aus dem siegreichen Vortheil gezogen haben. Es gelang ihnen, die Löhne durch energische Beständmachung von Mehrforderungen während des mittelenglischen Streiks um nicht weniger als 53 1/2 pCt. in die Höhe zu bringen. Sie sind indes entschlossen, die Lage die durch die Erschöpfung der Kohlenvorräthe geschaffen ist, noch weiter auszunutzen. Am 17. November war in Glasgow eine Vertreter-Konferenz zusammen, die eine Lohnerhöhung von 1 Schilling (1 M.) für den Tag zu fordern beschloß. Da die Forderung abgelehnt wurde, traten sie in den Streik ein. Wie heute ein Telegramm aus Glasgow meldet, fand gestern abermals eine Konferenz statt, in der mitgetheilt wurde, daß 29/30 der Vergewaltiger Schottlands augenblicklich nicht arbeiten; es wurde der Beschluß gefaßt, die Arbeit erst wieder aufzunehmen, wenn die Arbeitgeber die Lohnerhöhung von 1 Schilling für den Tag bewilligt hätten. Die Forderung

erscheint nicht aussichtslos, da nach ferneren Mittheilungen infolge des Streiks bereits eine Kohlennoth eingetreten ist, so daß viele industriellen Etablissements in Glasgow die Einstellung des Betriebes ankündigen. Nahezu 20 Hochöfen sind bereits ausgeblasen.

Es steht mehr auf dem Spiele als ein Ministerium — rief Giolitti in dem italienischen Parlament aus, als er sah, daß sich der Sturz nicht länger aufhalten ließ. Wörtlich, was er selbst bei seinem Sturz, sagten wir bei Beginn seiner Ministerlaufbahn, Giolitti hat Recht. „Es steht mehr auf dem Spiele als ein Ministerium“ — nämlich der Dreibund, und mehr als der Dreibund — nämlich die Monarchie; und mehr als die Monarchie — die herrschende Gesellschaftsordnung.

Giolitti ist nicht über eine bestimmte Frage gestolpert, er ist in dem Sumpf eines Systems versunken — einem politisch-finanziellen Kollektivsumpf, in dem alle Schmutzjauche der modernen Gesellschaft zusammengelaufen ist, und von dem aus sie stäubig und Verderbtheit kitzelnd, über das ganze Gesellschaftsgebiet wie über ein Nieselgeld geleitet wird.

Herr Giolitti ist Panamist — aber sind nicht noch auch andere Panamisten? Ist er schlechter als die anderen? Ist er nicht eher noch besser, inwiefern er wenigstens einen, wenn auch schwächlichen und kaum sehr ehelichen Versuch machte, den Schleier des Panamagesheimnisses zu lüften?

Herr Giolitti hat die politische Korruption gepflegt. Aber haben das die Anderen nicht auch gethan? Noch schamloser gethan als er?

Er hat die Schulden des Landes vermehrt. Aber das haben die Anderen auch gethan. Den Muth hat er nicht gehabt, mit der Dreibundspolitik zu brechen. Aber die Anderen auch nicht. Er hat nicht die Art an den Giftpflanzen des Militarismus gelegt. Aber die Anderen auch nicht.

Und, was die Krise besonders gefährlich für die Monarchie macht — alle Späßen in Rom und dem übrigen Italien pfeifen es von den Dächern, daß Giolitti nur das Sprachrohr des Königs war, der, trotz seiner körperlichen Unfähigkeit, einen großen Ehrgeiz und zähen Willen besitzt und eine heutzutage sehr gefährliche Neigung zum persönlichen Regiment.

Bis jetzt versteckte er sich hinter Giolitti, der tapfer die Lüge hinnahm, die einem Höheren galten. Herr Crispi, der nun, wenn auch nicht unmittelbar, an die Regierung gelangen wird, hat diese Selbstausopferung nicht. Er ist ein „treuer Bassal“ im Sinne seines deutschen Kumpanes.

Wie das enden wird? Die Tage des Dreibundes sind gezählt. Die Last des importirten deutschen Militarismus ist für die italienischen Schultern zu schwer. Es bereiten sich gewaltige Veränderungen vor. Das Volk, auf dessen Rücken diese ungeduldige Komödie schmähtlicher Geschäftspolitik Jahrzehnte lang gespielt worden ist, beginnt sich zu regen, ein Auck, und die Komödie ist aus. —

Widerrung der Mac Kinsley-Bill. Eine Depesche des „New-York Herald“ aus Washington enthält einen Auszug aus dem Bericht der Zolltarif-Kommission, demzufolge fast alle Rohmaterialien, welche in Fabriken eintreten, sowie Wolle, Kameel- und Regenhaare, Erdharze, Steinkohle, Eisen- und Kupfererze, Bleierzinn, Holz, Salz, Silber- und Bleierze, Flachs, Hanf und eine große Anzahl chemischer Produkte auf die Freiliste kommen. Spiegelglas wird 40 pCt. ad valorem, Stahlschienen 8 Doll. pro Tonne, Röhren 5 pCt. ad valorem, Eisenstangen ungefähr 50 pCt., Zinn ungefähr 1 Cent per Pfund bezahlen. Der Seidentarif wird wahrscheinlich um 5 pCt. reduziert werden. Baumwollene Fabrikate sollen durchschnittlich 40 pCt., Handschuhe 25 pCt. ad valorem und Hopsen 8 pCt. bezahlen. Ueber Zucker und andere wichtige Positionen ist bis jetzt noch nichts beschlossen.

Die republikanische Partei wüthet gegen dieses Nachlassen der Schutzoll-Politik, droht den Arbeitern mit dem Rückgang der Löhne und setzt alle Hebel in Bewegung, um eine weitere Verminderung der Zollsätze zu verhindern. Es wird von dem Ausdruck der Volksstimmung abhängen, ob die Schutzölle von der demokratischen Regierung noch mehr herabgesetzt werden. —

Parlamentarisches.

Die Fraktion der freisinnigen Volkspartei im Reichstag hat sich in der Sitzung am Donnerstag Abend konstituirte. Demgemäß wurden in den Vorstand der Fraktion gewählt die Abgeordneten Reinhard Schmidt, Schmieder und Eugen Richter. Der Abgeordnete Reinhard Schmidt wird in der Regel den Vorsitz in der Fraktion führen und als Stellvertreter desselben Abgeordneter Schmieder fungiren. Die Vertretung der Fraktion im Seniorenlouvent wurde den Abgeordneten Schmidt und Eugen Richter übertragen. Zum Schriftführer und Kassirer der Fraktion wurde Dr. Hermes gewählt und als Stellvertreter desselben Dr. Schneider-Nordhausen. — In der Kommission für die Handelsverträge wird die Fraktion vertreten sein durch die Abgeordneten Buddeberg und Odliner.

Seitens der Reformpartei (Antifemiten) wird beabsichtigt, einen Antrag auf Aufhebung der Straftat des Abg. Ahlwardt zu stellen.

Die um Unterstufung dieses Antrages angegangenen Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion haben sich bereit erklärt, einen Antrag zu unterstützen, der eine Abänderung des Art. 31 der Verfassung insoweit vorschlägt, daß auf Verlangen des Reichstages auch die Straftat eines Abgeordneten während der Dauer der Session aufgehoben wird.

Neue Gesekentwürfe. Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aenderung des Gesetzes über den Unterstufungswohnsitz, vorgelegt worden. Am 28. Februar d. J. war ihm gleichfalls ein solcher Entwurf vorgelegt worden; dieser blieb aber unerledigt. Die damals von der Kommission gefaßten Beschlüsse sind in dem neuen Entwurf zum Theil berücksichtigt, im ganzen aber enthält er gegen den alten Entwurf keine grundsätzlichen Aenderungen. Weiter ist dem Reichstag ein Gesekentwurf, betreffend die Gewährung von Unterstufungen an Invaliden aus den Kriegen von 1870 und an deren Hinterbliebenen, zugegangen. Es sollen hiernach den bezeichneten Personen zu ihren Gehältern fortlaufende Zuschüsse behufs Erreichung derjenigen Beträge gewährt werden, welche ihnen nach dem Gesek vom 27. Juni 1871 bzw. nach dem Gesek vom 31. März 1873 zufließen würden. Die Zuschüsse stehen den Pensionen gleich. Die Bewilligungen sind aus dem Reichs-Invalidenfonds zu bestreiten; die für die Jahre 1893/94 und 1894/95 erforderlichen Deckungsmittel dürfen aus dessen Kapitalbeständen bis zum Höchstbetrage von je 1 250 000 M. käuflich gemacht werden.

Freikarten für Reichstags-Abgeordnete. Wie uns aus dem Reichstage mitgetheilt wird, besteht die Absicht, einen Beschluß herbeizuführen, durch welchen die Reichsregierung angefordert wird, dafür zu sorgen, daß die Abgeordneten während der Dauer der Session freie Fahrt auf sämmtlichen Eisenbahnen haben. Diese Einrichtung bestand früher bereits. Es ist einer der bekanntesten künftigen Chikanen Bismarck's zu danken, daß, nachdem die Wähler im Jahre 1884 einen Oppositionsreichstag nach Berlin geschickt hatten, die Abgeordneten auf schmale Eisenbahnloste gefest wurden, und nur noch für die Tour von ihrem Wohnort nach Berlin freie Eisenbahnfahrt erhielten.

Die Aufforderung an die Regierung, diesen Zustand abzuändern, soll, wie wir hören, von dem Vorstand des Reichstages ausgehen, welcher den Seniorenlouvent sowie die Abtheilungsvorsitzenden auffordern wird, sich dieser Forderung anzuschließen.

Die Wahlprüfungs-Kommission, welche sich gestern nach Schluß der Sitzung des Reichstages konstituirte, wählte zu Vorsitzenden die Abgeordneten Spahn (Zentrum) und Marquardsen (nationalliberal). Zu Schriftführern wurden die Abgeordneten Schneider (Zentrum), Dr. von Buchta (Konser), Wellstein (Zentrum) und Bassermann (nationalliberal) gewählt. Die sozialdemokratische Fraktion ist in der Wahlprüfungs-Kommission nur durch ein Mitglied (Auer) vertreten.

Die Geschäftsordnungs-Kommission, in der die sozialdemokratische Fraktion durch 2 Mitglieder (Meister und Singer) vertreten ist, hat sich konstituirte.

Zum Vorsitzenden wurde Abg. Singer, zum stellvertretenden Vorsitzenden Abg. v. Koseleski (Pole) und zu Schriftführern die Abgeordneten Dr. Pieschel (nationalliberal) und Abg. Koeren (Zentrum) gewählt.

Parteinachrichten.

Es geht rückwärts mit der Sozialdemokratie! Beweis: In Debschütz bei Gera haben sämmtliche sieben Kandidaten zur Gemeinderathswahl mit großer Majorität gestimmt, trotzdem alle gegnerischen Parteien einen Kompromiß geschlossen hatten. In den Gemeinderath von Gera wurde nur einer unserer Genossen gewählt. In Zwätzen (Neus. J. L.), sowie in Unterhau wurden je drei, in Leumünz zwei unserer Partei in den Gemeinderath gewählt. So bringt der Sozialismus unaufhaltsam vor auch auf dem flachen Lande.

Aus Breslau wird uns geschrieben: Unser Genosse, Redakteur der „Volksmacht“, Karl Thiel, der seit dem 4. November 1892 im Breslauer Landgerichts-Gefängnis wegen verschiedener Preßvergehen zc. eine 17monatliche Gefängnisstrafe verbüßt, ist am 22. d. M. gegen eine Kaution von 5000 M. für eine Woche auf freien Fuß gesetzt worden, um der Vererbung seiner in Litthi wohnhaften Mutter beizuhelfen zu können. Es war ihm nicht vergönnt, seine Mutter beizuhelfen, da er seit dem Jahre 1887 darniederliegende Mutter lebend wiederzusehen. Der Gram um ihren Sohn, der nach ihrer Meinung unschuldig auf so lange Zeit ins Gefängnis mußte, hat sie ins Grab gebracht. Es waltet ein eigenthümliches Gesek über den Volkshelden des Breslauer Proletariats, und auch dem Genossen Thiel hat das Schicksal mittheilslos mitgespielt. Vor einigen Wochen schwebte seine Frau in Todesgefahr, ein Blutsturz drohte ihr von seiner Seite ereignen zu werden. Während ihrer Krankheit erhielt sie die Nachricht von dem Tode ihrer in Bukarest gestorbenen Mutter.

Unsere Gegner, die uns mit Vorliebe der Zerkünder des Familienfriedens bezichtigen, möchten wir doch fragen, wer auch hier wieder das Glück gestiftet hat! Die arme Mutter hielt es in ihrem religiösen Glauben für eine Sündhaftigkeit, die sie ihr zu Muth war, ihren Sohn von irdischen Dingen zu so einem hohen Strafen verurtheilt zu sehen, das geht am besten aus einem Schreiben an die Frau des Genossen Thiel hervor, das sie nach dessen Verurtheilung zu 6 Monaten Gefängnis wegen Verleumdung des Landgerichts-Direktors Schmidt schrieb.

In diesem Schreiben sprach die fromme Frau die Hoffnung aus, daß bei der in Aussicht genommenen Revision „der liebe Gott Menschenherzen so regieren möge, daß die Verurtheilung gelinde ausfalle“.

Die Erfolglosigkeit der Revision mag bei der guten Frau wohl die Vermuthung wach gerufen haben, daß die preussischen Richter von etwas ganz anderem registriert werden.

Todtenliste der Partei. Genosse Weiss in Heidelberg ist in seinem 32. Lebensjahre an der Proletariatskrankheit verstorben. Der sozialdemokratische Verein „Vorwärts“ sowie der Verband der Schneider und Schneiderinnen, dessen Beweismächtiger er war, verlieren in ihm ein überzeugungstreues, thätiges Mitglied.

Polizeiliches, Gerichtliches zc. Genosse Raut ist von der Strafkammer zu Hagen wegen Verleumdung von 18 Fabrikmeistern zu 2 1/2 Monaten Gefängnis verurtheilt worden.

Die Anklage der Vorstandsmitglieder der Frauen- und Mädchenvereine zu Köln wegen Uebertretung der Vereinsgesetze hat mit deren Verurtheilung zu 15 M. Geldstrafe oder einem Tage Haft geendet. Außerdem wurde auf Auflösung des Vereins erkannt.

Aus der Urtheilsbegründung verrieth folgendes wohl besonders hervorgehoben zu werden. Durch die Verhandlung sei zwar festgestellt worden, daß die Angeklagten in der Leitung des Vereins sehr vorsichtig gewesen seien, jedoch habe das Gericht daraus, daß von der ersten Stunde an Wortführer einer bestimmten Partei als Redner aufgetreten, auch die später aufgetretenen Referenten alle dieser einen Parteirichtung angehört haben, sowie die Aufforderung zur Theilnahme an der Wahlarbeit, welche seitens der Vorsitzenden selbst erfolgt sei, den Schluß gezogen, daß in dem Verein vom ersten Augenblick an, die Betreibung der Politik beschlossene Sache gewesen sei.

5 Preßvergehen waren es, die den Redakteuren der „Thüringer Tribüne“ Rauh und Hülle zur Last gelegt wurden. Die Strafkammer zu Erfurt, vor welcher die Verhandlungen stattfanden, verurtheilte den Genossen Rauh zu 30 M. Geldstrafe, den Genossen Hülle zu 14 Tage Gefängnis; von 8 Anklagen wurden die Genossen freigesprochen, die fünfte wurde verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängnis für Beide beantragt. Ein Nachspiel wird der Fall insoweit noch haben, als sich der Staatsanwalt gestattete den beiden Angeklagten entgegen zu schleudern: „Sie leben ja von Verleumdungen“ und: „Gerade der Redakteur Hülle ist ein gewerbs- und gewohnheitsmäßiger Schrafschneider“. Und das, trotzdem es den Angeklagten gelungen war, für alle ihre Behauptungen den Wahrheitsbeweis zu erbringen.

Genosse Voigt, früherer verantwortlicher Redakteur der „Meinlich-Weissfischen Arbeiter-Zeitung“, wurde wegen Verleumdung des Polizeikommissars Bernhard in Bochum zu vier Wochen Gefängnis verurtheilt. Die Verleumdung wurde in dem Vorwurf der Parteilichkeit gefunden, die Voigt dem Polizeikommissar dadurch gemacht haben sollte, daß er in seinem Blatte die lange Gebuld desselben bewundert hatte, die dieser bei einer antirepublikanischen Radaverammlung an den Tag gelegt hatte. Genosse Voigt hatte sich schließlich dahin geäußert, daß in einer sozialdemokratischen Versammlung nicht der vierte Theil Standaal beigegeben werden dürfen, um die Auflösung der Versammlung herbeizuführen. Als ein immerhin beachtenswerther Fortschritt (!) für preussisch-Rußland sei hinzugefügt, daß Voigt diesmal ungesesselt (aus der Haft) vorgesetzt wurde.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonntag, den 26. November.
Opernhaus. Der fliegende Holländer.
 Montag: Die Hochzeit des Figaro.
Schauspielhaus. Die Ahrenschooper.
 — Gannele.
 Montag: Der Sturm.
Deutsches Theater. Der Pfarrer von Kirchfeld.
 Montag: Faust.
Berliner Theater. Cäsar.
 Montag: Hamlet.
Festung-Theater. Der Andere.
 Montag: Dieselbe Vorstellung.
Freie Volkshöhle. IV. Abtheilung. (Festung-Theater.) Anfang 2 1/2 Uhr: Der Weidbauer.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Der Vogelhändler.
 Montag: Dieselbe Vorstellung.
Heldens-Theater. Die arme Löwin.
 Montag: Die Dragoner.
Wallner-Theater. Elite-Gala-Vorstellung.
 Montag: High-life-Vorstellung.
Neues Theater. Jugend.
 Montag: Dieselbe Vorstellung.
Central-Theater. Drei Paar Schuhe.
 Montag: Die eiserne Jungfrau.
Adolph Ernst-Theater. Charles's Lanke. Vorher: Die Bajazi.
 Montag: Dieselbe Vorstellung.
Victoria-Theater. Die sieben Raben.
 Montag: Dieselbe Vorstellung.
Alexanderplatz-Theater. Die Konfessionse.
 Montag: Die Königstochter als Bettlerin, oder: Die Schule des Lebens.
National-Theater. Wittersegen, oder: Die neue Fanchon.
 Montag: Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago. Vorher: König Winter.
Theater Unter den Linden. Sataniel.
 Montag: Die Gondoliere.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Kreisbahnen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Saufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 182.
Einmalige Aufführung.
Wittersegen
 oder
Die neue Fanchon.
 Schauspiel mit Gesang in 5 Akten von W. Friedrich.
 Musik von Schäfer. Regie: M. Samst.
 Kaffeneröffnung 5 Uhr.
 Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Montag: „Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.“ Vorher: „König Winter.“ Dramatisches Märchen mit Gesang und Ballet in 2 Akten.

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante.
 Schwanz in 3 Akten v. Brandon Thomas.
 Vorher:
Die Bajazi.
 Parodistische Pöste mit Gesang in 1 Akt v. Ed. Jacobson und Benno Jacobson.
 In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30.
 Sonntag, d. 26. Novbr. (Tobtenfest):
Einmalige Aufführung.
Drei Paar Schuhe.
 Lebensbild mit Gesang in 3 Akten und einem Vorspiel von Carl Gröbly.
 Musik von G. Müllner.
 Schulfrauen Veni: Fr. Josephine Dora.
 Montag und die folgenden Tage:
Die eiserne Jungfrau.

Kaufmann's Variété

Stadtbahn-Station Alexanderplatz.
Täglich: Grosse Spezialitäten - Vorstellung
 von nur Künstlern I. Ranges:
 Bernhard Leitner, Athlet-Kraft-Produkt in 2 Pferden, Sbarogal, indisch, Jongleur, Brother Barotti, Kopf auf Kopf, Equilibristen.
 Fr. Cordes, Gesangs-Humoristen.
 Mr. Edgar Jones, musik. Clown.
 Emmy Hoffmann's Flora-Truppe, 6 Damen. Clara Birkholz, Kostüm-Soubrette.
 Anfang: Sonntags 6 Uhr.
 Wochentags 8 Uhr.
 Entree: Sonntags 75 Pf.
 Wochentags 50 Pf.
 A. Zimmermann.

American-Theater.

Neu! Zwerchfellerschütternd! Neu!
Die Gründung Roms
 in der Möckernstraße,
 oder:
Die Rache
 des
Gänserichs.
 Hochkom. Burleske
 von Oscar Wagner.
 Parodie! Ulk! Humor!
Mustr. jänmtl. Spezialitäten.
 Anf. Wochta. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 1/2 Uhr.

„Sanssouci“

Kottbuserstr. 4a.
 Jeden
Sonntag u. Donnerstag:
Stettiner
Sänger.
 Anfang
 Sonntags
 7 Uhr.

Entrée 50 Pf.
 Montag: Victoria-Brauerei.
 Dienstag: Böhmisches Brauhaus.

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 Annenstr. 42/43
 Täglich:
Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.
Francis Era am asiatisch.
 Lustapparat
Arthur Valleno,
 der fünfjährige Wunderknabe.
Im vierten Stod.
 Charakterbild in 1 Akt.
 Entree: Wochentags 15 Pf.
 R. Winkler.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
 Kelt. u. größt. Etablissement Berl.
Neues Programm.
 Täglich von 6 1/2 Uhr ab:
Concert d. ungarisch.
Magnaten-Kapelle
 und Auftreten von
Künstlern u. Spezialitäten
I. Ranges.
 Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 15 Pf.
 reservirt 30 Pf. Anf. Sonntags 6 Uhr.
 Entree 30 Pf., reservirt 50 Pf.
Anerkannt gute Küche.
Säle
 für Festlichkeiten u. Versammlungen.
 3 Regelbahnen, 6 Bill., pr. Stb. 60 Pf.
 Spieler zahlen kein Entree.
 Carl Koch.

Passage-Panopticum.

50 Pf.
 incl. Theater.

Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz.
 Täglich: Gr. Instrumental-Konzert.
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
 Spezial-Ausgang von **Vahrenhoser Lagerbier**, hell und dunkel.
 In den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten zc.

Ausstellungs-Park Hasenhaide.

Sonntag, den 26. Novbr. (Tobtenfest):
Grosser 447/8
Lieder-Abend,
 verbunden mit Musik-Aufführungen, Vorträgen und Tanz, veranstaltet vom **Gesangsverein**
Männer-Chor „St. Urban“
 (Mitglied d. Arb.-S.V.).
 Nach d. Konzert: **Tanzkränzchen.**
 Freunde und Bekannte, sowie Gönner des Vereins sind herzlich willkommen.
Bock-Brauerei,
 Tempelhofer Berg.
Sonntag, 26. November 1893:
Brinkmann-Konzert.
 Entree 30 Pfg. Anfang 5 Uhr.

Rennfahrts Salon

Dennewitzstr. 13. Dennewitzstr. 13.
 Sonnabend, den 2. Dezember 1893:
Stiftungsfest
 des
Gesangver. „Frühlingslust“
 (Mitgl. des Arbeiter-Sängerbundes)
 verbunden mit
Gesangs-Vorträgen.
 Um 12 Uhr: **Kaffee - Pause.**
 Damenbillets 30 Pf. Herrenbillets 50 Pf.
 Anfang 8 Uhr.
 Hierzu ladet freundlichst ein
Das Komitee.
 367b

Wallner - Theater.

Nur noch wenige Tage
 Gastspiel-Cyclus des
Eden-
Theater

Größtes phant. Etablissement der Welt.
Heute, Sonntag 7 1/2 Uhr:
Elite-Gala-Vorstellung.
 Persönl. Auftreten des hervorragendsten Sensations- u. Zauberers der Gegenwart
Direktor B. Schenk.
 20 Nummern. Riesen-Programm.
 5 Attraktionen.

Guirt. des Calif. v. Bagdad, Haupt Cagliostro, Die blüh. Camilienbäume, Das Seelengeheimniß, Hies-Jack in der Luft, Reise durch das Unmögliche, Schwwebende Kopf, Metamorphose im Bagno, Die räthselhafte Luftwandlerin Miss Edith, Schalkenbach's Geister-Concert, Im Fluge durch die Welt, Schönheitsgalerie.
Der Diamanten-Palast,
 hydr. Ferris, Galerie lebender Bilder von 30 Damen, grandes Fountains lumineuses, Wasserfälle, Eisregen zc.
 Morgen Montag 7 1/2 Uhr: High-life-Vorstellung.

Präuscher's MUSEUM

anatomisches
 Friedrichstraße 53a, Ecke Mühlenstraße
 darunter der
 Schütznal der
Viel Neues, fünf Körper
 gehend durch
 deutschen Militärs, Schütznal der
 geöffnet von früh 9-10 Uhr Abends
 für erwachsene Herren.
Dienstag u. Freitag: Damentag.
 Entree 50 Pfg.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Sonntag, den 26. November,
 Abends 7 1/4 Uhr:
Gr. außerordentl. Vorstellung.
 U. a.: Blondel, neu dressirt und vorgeführt vom Dir. Fr. Renz. Monstre-Tableau von 60 Reingsten, neu dressirt und vorgeführt vom Direktor Fr. Renz. Die Post mit 12 Pferden, geritten von Herrn Gustav Mikado und der Steiger Solon, geritten von Frau Renz-Stark. Cyd, geritten von Herrn R. Renz. Auftreten der Gebr. Prediani, Kräger und Lavater Leo zc. Zum Schluss:
Suldbigungsgruß an Berlin.
 Gr. Paradezug in Festspielen, Aufzügen, Solo- u. Ensembles von 30 Damen.
Preise der Plätze: Loge 4 M., Sperr- und Tribüne 3 M., Balkon 2 M., 2. Platz 1 M., Gallerie (Stehplatz) 50 Pf.
 Montag: Gr. Vorstellung.
 Fr. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann,

Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse.
Sonntag, den 26. November,
 Abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Extra-Vorstellung
 mit vorzüglichem gewähltem Programm. Besonders hervorzuheben: Vorführung der in Freiheit dressirten Dengste durch Herrn Max Schumann. Stahl-Entree der Herren Paul und William. Reitkünstlerin Mlle. Jeanette. The Engen-Troupe. Doppel-Joden, darstellt von den Geschw. Lecusson. „Albert“, ostpreussischer Buchshengst in der hohen Schule geritten v. Fr. Adels Schumann. Jongleur Mr. Ricobono. Rofolo-Quadrille, geritten von 16 Damen. Luft-Potpouri, Geschw. Lecusson. Schulpferd „Mars“, geritten von Herrn Gebr. von Kottic zc. zc.
 Montag, den 27. November: Große Vorstellung mit neuem Programm. Hochachtungsvoll und ergebenst
 G. Schumann, Direktor.

Castan's Panopticum.

Dhne Extra-Entree.
Die 17jährige Siamesin „Krao“
 der Uebergang vom Affen zum Menschen.

Bekanntmachung.

Anlage 1
zum Statut der Orts-Frankenkasse für den Gewerbebetrieb der Bauleute, Handelsleute und Apotheker.
 B. Vorschriften über das Mahnverfahren.
 Auf Grund des § 55 Abs. 3 des Krankenversicherungsgesetzes vom 10. April 1892 werden hierdurch nachstehende Vorschriften über das Mahnverfahren erlassen:
 Arbeitgeber, welche die fälligen Beiträge oder Eintrittsgelder weder an den Kassirer, noch innerhalb 3 Tagen nach der ersten Aufforderung an die Kasse entrichten, erhalten eine Mahnung und haben für diese folgende Gebühren zu zahlen:
 Bei Rückständen:
 1. bis einschließlich 3 M. . . . 10 Pf.
 2. von 3 M. bis einschließlich 15 M. 20 „
 3. von 15 M. bis einschl. 150 M. 40 „
 4. von über 150 M. 75 „
 Berlin, den 8. November 1893.
Der Vorstand.
 Groll, Vorsitzender.
 Scherl, Schriftführer.
 Vorstehenden Vorschriften für das Mahnverfahren wird nach § 55 Abs. 3 des Krankenversicherungsgesetzes hiermit die Genehmigung erteilt. 189/12
 Berlin, den 18. November 1893.
Gewerbe-Deputation des Magistrats.
 Mugdan.

Zur gefälligen Kenntnissnahme!!

Wegen Verleugnung der Solidarität mit ihren Berufs- und Vereingenosfen in dem von uns in Nr. 255 des „Vorwärts“ gekennzeichneten und begründeten Lohnkämpfe mit dem „kleinen Journal“, bezw. wegen Nichtbeachtung des Beschlusses den gänzlichen Vertriebes des „kleinen Journal“ vom 1. Oktober d. J. an einzustellen, sind die bisherigen Mitglieder unserer Vereinigung, und zwar:

1. H. Schreiber, Bellealliancestraße Ecke Weisenaustr. 115.
2. Berger, Spittelmarkt 10, Verkaufsstelle Königskolonnade (in der Nähe des Bahnhofes Alexanderplatz).
3. W. Jordan, Lothringersstraße 10, Verkaufsstelle Neue Königstraße Ecke Linienstraße.

auf Grund unseres Statuts § 5 Abs. 3 von der am 20. November abgehaltenen Vereins-Versammlung einstimmig aus der Vereinigung für ausgeschlossen erklärt worden!
 Die bisherigen geschäftlichen Beziehungen dieser gewesenen Mitglieder zu der Vereinigung sind mit Ablauf dieses Monats, so weit dies jedoch noch nicht bis dahin möglich ist, spätestens am 31. Dezember d. J. als gelöst zu betrachten; neue Beziehungen werden nicht mehr eingegangen.
 Berlin, den 26. November 1893.
Freie Vereinigung der Berliner Zeitungs-Spediteure und Verkäufer.
 Im Auftrage: Der Vorstand.
 NB. Den Vertrieb des „kleinen Journal“ sehen ferner noch fort die Nichtmitglieder Bauer, Rindorf; Böttcher, Spandau; Traminz, Demminstraße, Ecke Brunnenstraße.

Salon zum Freischütz,

Fruchtstr. 36a.
 Mein Saal ist noch Sonntag, den 3. Dezember, sowie am 2. und 3. Feiertag zu vergeben.
 289b
 Fr. Wöckerling.
 Täglich: Spezialitäten-Vorstellung.
 (Entree frei.)

Neues Club-Haus

72, Kommandantenstr. 72. 30b
 5 Säle (Bühne) zu Festlichkeiten u. Versamml. Amt I 7421. H. Ebert.

Fortuna-Säle

3. Straußberger-Straße 3.
 Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
 Jeden Donnerstag: **Große Gesellschafts-Kunde.**
 Empfehle meine Säle zu allen Privat-Festlichkeiten und Versammlungen; auch sind einige schöne Vereinszimmer zu haben.
 3670L*

Gründer's Festsäle

(früher Mundt)
Köpenickerstrasse 100.
 An größere Vereine gebe auch Sonnabends meinen größten Saal für Säle ab.
 NB. Meine 5 Vereins-Säle von 50 bis 200 Personen halte ich Vereinen, Gesellschaften zc. bestens empfohlen. 4131L.

Großes Vereinszimmer

Schöneberg, Kaiser Friedrichstraße 2.
 „Zum gemütlichen Saufen“. 5080L*

Unsern Kollegen und Genossen **Richard Pommer** zu seinem heutigen Wiegensfest ein donnerndes Hoch.
Die Kollegen von Oben und Unten.

Wir wünschen Frau Gütler die herzlichsten Glückwünsche zu ihrem 66. Geburtstag.
Gewidmet von ihren Töchtern.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau von einem Töchterchen glücklich entbunden ist.
 Charlottenburg (Nonnendamm), den 23. November 1893. 401b
Albert Kuske, Restaurateur.

Verein zur Regelung der gewerbl. Verhältnisse der Töpfer und Berufsgen. Berlins u. Umgegend.

Am Freitag, den 24. November, ist nach kurzen, aber schwerem Krankenlager unser Mitglied
 325/18

Oskar Schumann

infolge einer Bluterkrankung verstorben. Die Beerdigung findet am Montag 9 Uhr vom Lazarus-Krankenhaus, Bernauerstraße, aus nach der Pringens-Allee, Gefundbrunnen, statt. Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
 J. A. R. Topf, Gipsstr. 3.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Töpfer

u. verw. Berufsgen. Deutschlands Filiale Berlin.
 Unser treues Mitglied, der Töpfer
Oskar Schumann

ist am 24. November verstorben. Die Beerdigung findet am Montag, Nachmittags 3 Uhr, vom Lazarus-Krankenhaus, Bernauerstraße aus statt. Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Krankentafel der Zimmerer.

Bezirk I.
 den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied
Karl Jacob

am Mittwoch, den 22. d. Mis., verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 26. Nov., Nachm. 3 Uhr, auf dem Heiligen Kreuz-Kirchhof zu Mariendorf statt. Um rege Beteiligung bittet
 366/18
Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse für das Barbiergewerbe.

Die Beerdigung unseres Mitgliedes **Herrn Röhre** findet statt am Montag, den 27. d. Mis., Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jerusalemer Kirchhofes Hermannstraße. 437b
Der Vorstand. Rofor.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden, Bekannten und Kollegen zeige ich hiermit an, daß der Tischler **Fritz Korte** am 6. Nov. d. J. in Milwaukee beerdigt worden ist.
 Die Braut **H. Mangold** nebst Eltern.
 417b

Statt besonderer Nachricht theile ich hierdurch mit, daß am Freitag, den 24. Nov., Nachm. 5 Uhr, mein innig geliebter Mann, der Töpfer **Oskar Schumann**, sanft entschlafen ist. Um stille Beileid bittet
 Frau **Wwe. Schumann.**
 Die Beerdigung findet Montag, den 27. d., Nachm. 3 Uhr, vom Lazarus-Krankenhaus, Bernauerstraße, aus nach dem Elisabeth-Kirchhof in der Pringens-Allee statt. 424b

Rachruf.

Am 22. November cr. verstarb nach kurzem Krankenlager unser treues Mitglied, der Wagenbauer
 436b
August Fiebig,
 im 45. Lebensjahr. Wir bewahren ihm ein ehrendes Andenken.
 Berlin.
 Bezirk 2 der Zentral-Kranken- und Sterbefälle
 der deutschen Wagenbauer.

Etablissement „Süd-Ost“

Waldemarstr. 75.
 Jeden Sonnabend und Sonntag:
Grosser Ball. 5051L*
 Empfehle meinen Saal sowie zwei Vereinszimmer, 60 und 20 Pers. fassend, auch mit Pianino, zu allen Gelegenheiten passend.
 C. Ulrich.

Schmiedel's Festsäle,

Alte Jakobstrasse 32,
 empfehle meine hochkolleganten Säle zur Abhaltung jeder Art Festlichkeiten.
Wwe. E. Schmiedel.
 Freunden und Genossen empfehle meine **Destillation und Stehbierhalle.**
F. Mohnke, Invalidenstr. 6,
 Eingang Bergstr.
 Empfehle allen Freunden und Genossen des Südkreises meinen reichhaltigen, Mittags- u. Abendtisch zu kleinen Preisen.
 Vereinszimmer noch mehrere Tage frei.
Franz Gittler, Mariannenstraße 48.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

5. Sitzung vom 25. November 1893, 1 Uhr.
Am Bundesrathstische: Graf v. Caprivi, v. Bötticher,
v. Marschall, v. Seyden, Graf Posadowsky.

Der Reichstag genehmigt zunächst ohne Debatte die Anträge der Abgg. Auer, Weiß und Bödel wegen Einstellung der gegen die Abgg. Stadthagen, Hofmann-Chemnitz, Müller-Sagan und Werner schwebenden Strafverfahren.

Zu der Fortsetzung der ersten Berathung der Handelsverträge mit Rumänien, Spanien und Serbien erhält das Wort

Abg. v. Hammerstein (Dt.), welcher sich gegen die Angriffe wendet, welche der Reichskanzler gestern gegen die konservative Partei gerichtet hat. Die gestrige Rede des Reichskanzlers zeige, daß derselbe einer übergroßen persönlichen Empfindlichkeit Raum giebt; die Angriffe, über welche er sich beschwert, richten sich nicht gegen den Grafen Caprivi, sondern gegen den Reichskanzler, gegen den Staatsmann. Auch andere Staatsmänner werden angegriffen und Redner selbst habe den Fürsten Bismarck angegriffen, ohne daß dadurch die Hochachtung vor der Person desselben beeinträchtigt worden sei. Der Reichskanzler möge sich nicht täuschen über den Umfang der Mißstimmung, welche im Lande herrscht; er möge nicht aus der Zahl der Opponenten im Reichstage einen Schluß ziehen auf die Stärke der Opposition im Lande. Als der Reichskanzler sich für den Vorrang der Industrie entschied, da müßten die Konservativen, woran sie waren, seit jenem Tage in die Bewegung ins Leben getreten. Und man muß über den Umfang derselben erlauben, wenn man bedenkt, wie schwer die Landwirthe in Bewegung zu setzen sind. Denn seit 1875 arbeiten die Steuer- und Wirtschaftsreformer an denselben Dingen, die jetzt auf der Tagesordnung stehen und jetzt erst ist die Bewegung so stark hervorgetreten. Wenn der Reichskanzler sein Bedauern darüber ausgesprochen hat, daß er nicht mehr Schulter an Schulter mit der konservativen Partei kämpfen könne, so werden wir diese Absage hinnehmen und uns damit abfinden müssen; aber ich glaube, der Reichskanzler kann auf die Dauer ohne die konservative Partei nicht fertig werden, das dürfte er bei der letzten Militärvorlage gesehen haben. Der Reichskanzler sagt: Autorität, nicht Majorität. Die Vorgänge beim Volksschul-Gesetz haben uns die Nothwendigkeit aufgezwungen, uns selbständig zu machen und den Boden zu finden, auf dem wir in den Parlamenten unsere Interessen vertreten können. Früher war der konservativen Partei eigen durch Erziehung und Erfahrung, daß sie ihre Blicke auf die Regierung richtete; wenn die Regierung uns aber den Vorrang macht, wir hätten nicht schöpferische Ideen genug, wenn sie uns die Initiative zuschiebt, so wird dadurch das Niveau der Regierung herabgedrückt, wie es altpreussischen Traditionen nicht entspricht. Die Verschuldung des Grundbesitzes führt der Reichskanzler auf die historische Entwicklung zurück. Was hat denn seit 1868 die Regierung für die Landwirtschaft gethan? Der Reichskanzler hat uns einseitige Interessenvertretung vorgeworfen. Die Steuer- und Wirtschaftsreformer haben stets die Solidarität der Industrie und der Landwirtschaft betont, und der dahin gehende warme Antheil des Herrn v. Stumm findet bei uns stets Wiederhall. Aber der Reichskanzler hat der Landwirtschaft Opfer zugemuthet für die Industrie. Ein Antrag, daß die Industrie die Mittel für die Militärvorlage aus eigenen Mitteln aufbringen möge, wurde von einem wirtschaftlichen Verein abgelehnt; das mußte geschehen. Aber die Begründung des Antrags hob hervor, daß die 5000 industriellen Aktiengesellschaften allein 500 Millionen Mark Dividende haben, also eine durchschnittliche Verzinsung von 10 pCt. Den Vorwurf haben wir dem Reichskanzler nicht machen wollen, daß er der Landwirtschaft deshalb nicht günstig gegenüber stehe, weil er an derselben nicht interessiert sei. Wegen eines solchen Verdacht muß ich mich entschieden verwahren. Bezüglich der Maul- und Klauenseuche bestritt der Reichskanzler, daß die Verluste der Landwirtschaft durch dieselbe so bedeutend seien. Es kommt nicht auf den Verlust an Thieren allein an, sondern auch darauf, daß die Milchproduktion erheblich zurückgeht. Bei der Schafhaltung hat ein sehr erheblicher Rückgang stattgefunden von 12 Millionen Stück, und das ist der Hauptgrund, der der Landwirtschaft verfehlt wurde. Bei den Handelsverträgen handelt es sich darum, ob 1891 die Regierung Recht hatte, daß sie die Initiative zum Abschluß von Handelsverträgen ergreift, oder ob sie besser gethan hätte, sich auf einen autonomen Tarif zu stellen und die Sache an sich herankommen zu lassen. Wir sind der letzteren Ansicht. Wir meinen, Deutschland würde aus einem kurzen, vielleicht verheerenden Zollkrieg als Sieger hervorgegangen sein. Daß aus politischen Gründen der Vertrag nötig war, erkenne ich durchaus nicht an; es liegen durchaus kein Anzeichen dafür vor, daß unsere Beziehungen zu Oesterreich früher ungünstiger, jetzt nach Abschluß des Vertrages günstiger geworden sind. Sind die politischen Beziehungen Oesterreichs zu Rumänien schlechter geworden, als Deutschland ein provisorisches Zollabkommen mit Rumänien schloß und dasselbe dadurch im Zollkrieg gegen Oesterreich härte? Die Zolleinnahmen werden durch die Ermäßigung der landwirtschaftlichen Zölle erheblich vermindert und bei der großen Steuerlast, die uns jetzt obliegt, ist das durchaus nicht unbedeutend. Wenn diese drei Handelsverträge angenommen werden, dann wird es der Reichsregierung immer schwerer werden, der russischen Regierung die Zugeständnisse bezüglich der Getreidezölle zu verweigern. Freiherr v. Stumm glaubt, daß die Industrie von dem rumänischen Handelsverträge große Vortheile haben würde. Es ist den deutschen Unterhändlern nur gelungen, in bezug auf drei Positionen eine Ermäßigung der rumänischen Zölle auf den Satz zu erreichen, der von 1887-91 galt; sonst betragen die Zollsätze das Doppelte und Dreifache des damaligen Tarifsaßes. Damals galten gegenüber Rumänien die höheren Getreidezollsätze, jetzt die ermäßigten. Redner führt das an einigen Tarifpositionen aus: wollene Gewebe, Strumpfwaren, Hüte, Leder- und Eisenwaren u. s. w. und folgert, daß danach die Industrie keinen erheblichen Vortheil aus dem Vertrage ziehen wird. Uebrigens möge sich unsere Großindustrie hüten, auf die Zollermäßigungen allzu große Hoffnungen zu setzen; denn man hat in den maßgebenden Kreisen von Rumänien wenig Reue, die deutsche Industrie zu bedenken, man wendet sich lieber nach Frankreich. Die rumänische Regierung bereitet auch eine Vorlage vor, durch welche der jetzige Generaltarif revidirt werden soll auf Grundlage der uns jetzt gemachten Konzessionen; das heißt also, alle anderen Staaten genießen dann diese Konzessionen, ohne ihrerseits irgend welche Zugeständnisse gemacht zu haben. Ferner ist zu beachten, daß in Rumänien Gegenstände, welche einem Zoll unterliegen, auch einer besonderen Gemeindebesteuerung unterworfen werden können, während einheimische Erzeugnisse frei bleiben. Das hindert ebenfalls die Einfuhr von fremden Erzeugnissen. Wenn der Umstand, daß die Gleichstellung der Juden in Rumänien in den Vertrag von 1891 aufgenommen wurde, eine Verzögerung des Vertragsabschlusses recht fertigt, so sehe ich nicht ein, weshalb nicht jetzt auch eine Hinauschiebung eintreten soll. (Zustimmung rechts.)

Staatssekretär v. Marschall: Auch der Vordredner hat

meinen Wunsch noch nicht erfüllt, den Beweis zu erbringen, daß die Landwirtschaft geschädigt wird durch diese Verträge. Ich kann deshalb meine Hoffnungen nur auf die Kommissionsverhandlungen setzen. Der konservative Partei hat der Reichskanzler keine Abgabe erstellt; er bekämpft nicht die konservative Partei, sondern von den Bestrebungen des Bundes der Landwirthe das, was nicht konservativ ist, was auch von gut konservativen Männern in diesem Hause und außerhalb bekämpft wird. Mit der angeleglichen Verstimmung im Lande ist es ein eigentümliches Ding. Als ich in Süddeutschland zuerst für einen Getreidezoll von 1 Mark auftrat, galt ich als extremer Agrarier. (Hört! links). Damals war man in der konservativen Partei noch zweifelhaft, ob ein Getreidezoll nützlich sei für die Landwirtschaft. Als die Zölle von 3 auf 5 Mark erhöht werden sollten, da sagte man aus Ostpreußen: Lieber die Aufhebung des Identitätsnachweises (Hört! links!) und wenn man heute für 3,50 Zoll eintritt, dann versteht man nichts von der Landwirtschaft und ist ein Feind derselben! (Hört! links). Man spricht von der Unfähigkeit der Regierung, welche Handelsverträge zum Schaden der Landwirtschaft geschlossen hat, u. s. w. Wer solche Dinge in die Volksmassen hineinwirft, muß sie beweisen können oder er muß den Vorwurf hinnehmen, daß er agitatorisch die Volksmassen aufbeist. Ich bitte also zum dritten Male um den Beweis dafür, daß die Landwirtschaft durch die Handelsverträge geschädigt wird. Die Vorwürfe, welche die agrarische Presse erhebt, sind vollständig unerwiesen. Die „Korrespondenz des Bundes der Landwirthe“ behauptet, daß die Regierung den Getreidezoll von 1879 noch ermäßigt hätte, während die Zölle damals 1 Mark und jetzt 3,50 Mark betragen haben. Das Korrespondenzblatt vergleicht ferner die spanischen und die deutschen Tarife für die gleichen Artikel, während man doch die Tarife für den betreffenden Exportartikel der beiden Länder mit einander vergleichen müßte. Etwas ähnliches wird bezüglich der rumänischen Zölle vorgebracht. So werden die Landwirthe von dem Korrespondenzblatt ihres Bundes belehrt. In der „Kreuzzeitung“ wird von einem Tribut an Oesterreich-Ungarn gesprochen, während im Jahre 1892 an Oesterreich für von dort bezogene Waaren 18 Millionen Gulden weniger bezahlt haben, als im Jahre 1891. Die „Kreuzzeitung“ behauptete gestern, daß wir „unter den Augen der Regierung“ mit russischem Getreide überschwemmt werden. Ich kann versichern, daß aus Russland nur Getreide zu 7,50 Mark Zoll hereinkommt. Für die Ausführungen der „Kreuzzeitung“ giebt es kaum einen parlamentarischen Ausdruck. Wenn da der 5 Mark-Zoll mit der Königstreue in Verbindung gebracht wird (Hört! links) und wenn solche Dinge in die Massen geworfen werden, so ist das das Maßloseste an Aufreizung, was je vorgekommen ist. (Zustimmung links.) Wenn der Vordredner von Zollverträgen nichts wissen will, so verläßt er damit den Boden der Tarifreform von 1879; der Abschluß von Tarifverträgen ist die logische Konsequenz eines jeden Schutzsystems. (Sehr richtig! links.) Hätte der Zolltarif von 1879 die Weichheit des Reichstages auf sich vereinigt, wenn die Zustimmung zu den Tarifen die Verpflichtung enthalten hätte, der Fahne des Bundes der Landwirthe zu folgen? Eine größere Konzession war nicht zu erreichen, weil die Rumänier einfach auf den noch höheren deutschen Tarif verwiesen haben. Vor zwei Jahren wurde der Regierung der Vorwurf gemacht, daß sie die Industriellen nicht gehört habe; jetzt sind sie gehört und sind mit dem Erreichten zufrieden; da kommt Herr von Hammerstein und weiß alles besser. Daß die Rumänier allen andern Staaten dieselben Zugeständnisse machen, davon ist uns nichts bekannt. Der Vordredner hat wie andere Redner die Solidarität der Industrie und der Landwirtschaft betont. Ich vermisste nur diesen richtigen Grundgedanken in den Bestrebungen, die außerhalb des Hauses in Frage treten. Bei dem rumänischen Vertrage finde ich in der Ablehnung nur eine einseitige Vertretung agrarischer Interessen und eine Verkennung der Interessen der Industrie. (Zustimmung links.) Die Ablehnung wird der Landwirtschaft nicht eines Pfennigs Werth Nutzen bringen, aber die Arbeiter der Industrie schädigen.

Abgeordneter Hammacher (natl.) erklärt zunächst, daß nicht alle seine politischen Freunde die Ansichten des Abgeordneten Paasche, mit dem er für die Handelsverträge eintrete, teilen. Einige haben grundsätzliche Bedenken gegen die Verträge und verlangen, in Gemeinschaft mit der Mehrheit der Partei, eine gründliche Prüfung der Verträge. Die Schutzpolitik ist ohne Abschluß von Handelsverträgen nicht denkbar. Die Schutzzölle sollten der Regierung den festen Boden für die Vertragsverhandlungen abgeben; das hat auch Herr von Kardorff bei früheren Verhandlungen vielfach ausgeführt und auch Fürst Bismarck hat sich in ähnlichem Sinne ausgesprochen. Wenn alle Staaten autonome Zolltarife hätten, dann wäre ein Zollkrieg entstanden; die Zollmauer wäre immer höher gemacht worden; der deutsche Gewerbetreibende hätte sich auf den heimischen Markt beschränken müssen, der nicht die ganze Produktion aufnehmen kann; Tausende von Arbeitern würden brotlos geworden sein. Wie ist es denn in Rumänien gekommen? Oesterreich dachte: Ich bin groß und Rumänien ist klein; es stellte Bedingungen für einen Vertragsabschluß, auf welche die Rumänier nicht eingehen wollten, weil sie sich als Staat schon fühlten. Es kam zum Zollkrieg und Oesterreichs Ausfuhr nach Rumänien verschwand fast vollständig. Gerade solche kleinen Länder leisten in einem Zollkrieg den größten Widerstand. Sehen Sie auf die Schweiz und ihr Verhältnis zu Frankreich. Deutschland hat erhebliche Verluste im Auslande erlitten, deshalb ist es dringend notwendig, daß es seine Handelsbeziehungen möglichst aufrecht erhalte. Gerade die Herren vom Bunde der Landwirthe sollten sich hüten, die Verheerung in die Massen zu tragen; sie sollten dafür sorgen, daß die Fundamente unserer bürgerlichen Gesellschaft nicht erschüttert würden. Was jetzt draußen getrieben werde, das sei sozialistische und antisemitische Agitation. Die Konservativen sollten die Handelsverträge annehmen, damit würden sie konservative Politik treiben. (Zustimmung links.)

Abg. v. Kardorff (N.P.): Ziffern sind allerdings schwer anzuführen für die Schädigung der Landwirtschaft. Ich will nur eines anführen: Rumänien hat keinen Getreidezoll gegen Russland; russisches Getreide geht unbehindert nach Rumänien und kommt von dort nach Deutschland (Widerspruch links); mit den Ursprungstatteuten wird dort nicht so sorgfältig verfahren. Das hat man auch anderwärts gesehen; von Holland ist z. B. viel mehr Getreide importirt worden als dort überhaupt wächst. Herr v. Marschall hat dem Bunde der Landwirthe Agitation vorgeworfen; wenn die Großgrundbesitzer untergehen, so will ich davon garnicht sprechen, aber wenn die Bauern immer mehr verschulden und schließlich zur Verweisung getrieben werden, so ist es kein Wunder, daß sie ihrer Mißstimmung scharfen Ausdruck geben. Besonders sollten die Regierungen bedenken, daß wir auf dem Lande zu kämpfen haben gegen Sozialdemokratie und Freisinn, die beide in der schlimmsten Weise das Volk verheeren. Da müssen wir zu scharfen Waffen greifen, wenn wir bestehen wollen als eine Partei, welche die Regierung unterstützen kann. Aber der Ton der Polemik fällt schließlich auf die Partei zurück, welche ihn verschleudert. Das zeigt am besten der Rückgang der freisinnigen Partei unter dem Abgeordneten Richter. Ich möchte deshalb den Bund der Landwirthe warnen. Die Gesetzgebung der letzten Jahre hat die Landwirtschaft geschädigt. Die Zucker-Exportprämien sind aufgehoben, so daß

Deutschland überflügelt wird von Frankreich und Oesterreich; die amerikanischen Zichinen wurden freigegeben, die Grenzen wurden geöffnet, so daß die Viehseuchen eindringen konnten, während früher bei allen Viehkrankheiten eine volle Grenzsperrung stattfand. Die Maul- und Klauenseuche habe ich selbst in meinem Stalle gehabt und habe den Schaden gefühlt, der dadurch eintritt; er betrug für mich 11 000 Mark. Dann folgte die Herabsetzung der Getreidezölle auf 3,50 Mark. Der Zoll allein macht es nicht; die Währung thut dabei sehr viel. Nachdem jetzt die amerikanische Regierung die Sherman- und die Wland-Bill aufgehoben hat, wird ein Krach eintreten, bei welchem nicht bloß die Landwirtschaft, wie bisher, allein, sondern auch die Industrie und die Finanz einen gigantischen Krach erleben werden, wie es in Australien der Fall war. Sehen Sie doch das Goldagio in Portugal, Spanien, Italien u. s. w. Der Reichskanzler hat Recht, daß die von ihm zitierten Artikel des Korrespondenzblatts des Bundes der Landwirthe nicht auf einem sehr hohen geistigen Niveau stehen. Aber wenn ich mir einige Artikel aus einem so geistreich geschriebenen Blatte, wie der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, heraussuchen würde, so würde ich da auch manches Anzulagliche finden. Wenn sich Uebel in Staatstheben sichtbar machen, dann ist es doch Sache des leitenden Staatsmannes, die Abhilfsmittel anzugeben. Herr von Hammerstein hat schon einige Dinge angeführt; ich habe oft genug auf die Währungsfrage hingewiesen, aber erst jetzt haben wir eine so entgegenkommende Erklärung wie die vorgelegte des Herrn von Marschall erhalten. Vielleicht erkennt die Regierung bald, daß die Währungsfrage die einzige ist, wo der Landwirtschaft geholfen werden kann. Der Reichskanzler hat eine Wendung falsch aufgefaßt. Ich habe ihm nicht gewünscht, daß er ein verschuldetes Grundstück besitzen soll; sondern ich war der Meinung, die Beamten müßten wie früher einen Teil ihrer Revenuen aus landwirtschaftlichen Grundstücken beziehen. Man macht uns den Vorwurf, daß wir egoistische Interessen vertreten. Wir vertreten aber auch nur die Interessen des Bauernstandes, der sich jetzt in einer schweren Nothlage befindet; der Bauernstand ist aber das Rückgrat des Staates. In meinem Kreise wohne ich jetzt seit 40 Jahren und jetzt zum ersten Male sind bäuerliche Besizer nicht mehr gekommen und haben mich gefragt, wohin sie wohl ziehen sollten, um vorwärts zu kommen. Ich halte den Handelsvertrag mit Oesterreich für einen wirtschaftlich-politischen Fehler, und ich kann diesen Fehler nicht nachträglich dadurch sanktioniren, daß ich jetzt die Verträge billige, welche eine Folge der früheren Verträge sind. Wir gerathen auf die schiefe Ebene, auf welche die englische Landwirtschaft gekommen ist, die auch die englische Großindustrie hinter sich hatte und doch zu Grunde gegangen ist. Die englischen Bauern sind verschuldet und die Zahl der irischen Bevölkerung ist um die Hälfte zurückgegangen. Ich wünsche, daß wir auch bald sagen können, daß unsere Regierung für eine Hebung der Landwirtschaft gesorgt hat. (Beifall rechts.)

Abg. Meier-Halle (FvG.): Herr von Kardorff hat einen beachtenswerthen Gedanken angeregt, daß nämlich die leitenden Staatsmänner mit Land dotirt werden sollen, um ihr Interesse für den Ackerbau rege zu machen. (Heiterkeit.) Vielleicht wäre es zweckmäßig, den Mitgliedern des Reichstages auch eine solche Dotation zu geben; die Mittel dazu könnte vielleicht der Bund der Landwirthe schaffen. (Heiterkeit.) Sehr begehrt hat mir auch der Wunsch des Vordredners, die Polemik des Bundes der Landwirthe von allen Geschäftsleuten zu befreien. Weichen Sie bei diesen Ermahnungen, edler Mann! (Heiterkeit.) Der mehrfache erwähnte Artikel der Kreuzzeitung schließt mit folgenden Worten: Wir müssen den Vertrag mit Oesterreich und Italien zerreißen und wenn es mit dem Schwert in der Faust sein muß; besser einen ehrlichen Kampf um Tod und Leben als dieses Verhungern bei lebendigem Leibe. (Große Heiterkeit.) Ich habe bisher noch keine Gelegenheit gehabt diesen Prozeß als Augenzeuge mit anzusehen. (Große Heiterkeit.) Gegenüber solchen Angriffen war mir die Abgabe von Bundesrathstische nicht nur genug; aber die Regierung ist danach entschlossen, den extremen Forderungen der Agrarier mit aller Kraft entgegenzutreten. Wenn weber Fürst Bismarck noch Graf Caprivi die Wünsche der Agrarier erfüllen können, so sind diese für kein Ministerium erfüllbar. Das bezieht sich auch auf die Schafzucht, deren Rückgang bereits unter dem Fürsten Bismarck eingetreten ist und welcher verständliche Mensch würde erwarten, daß unter irgend einem Nachfolger Bismarcks die Zahl der Schafe in Deutschland in stärkerem Maße wachse als unter seiner Verwaltung. (Große Heiterkeit.) Für diese Handelsverträge schwärme ich ebensowenig wie Herr v. Stumm. Ein Zollkrieg ist schlimmer als jeder andere Krieg, weil es nicht einen Besiegten giebt, sondern alle Beteiligten Schaden leiden. Die Handelsverträge von 1892 haben sich so bewährt, wie man es in kurzen Zeiträumen nur erwarten kann. Graf Limburg spricht von Subsidien, die wir an Oesterreich zahlen, Graf Kanitz dagegen meint, die Oesterreicher wären der Handelsverträge schon so überdrüssig, daß sie sie am liebsten aufheben möchten. Eins scheint nur möglich zu sein. Ich halte beide Herren für vorzüglich unterrichtet und möchte nicht annehmen, daß einer von beiden falsch unterrichtet ist. Ich kann daher nur folgende Gedankenharmonie finden: Oesterreich hat uns bei diesen Verträgen so über das Ohr gehauen, daß es ihm jetzt selbst leid thut. (Große Heiterkeit.) Das es nachtheilig für Oesterreich ist, wenn wir einen Handelsvertrag mit Russland abschließen, darauf können wir keine Rücksicht nehmen; das wäre keine nationale Handelspolitik. Eine Kommissionsberathung halte ich nicht für nötig. Herr von Hammerstein wollte die Verträge in der Kommission prüfen und sie dann ablehnen. Das erinnert an die Dekrete Napoleons I., welche lauteten: Der A. soll vor ein Krieggericht gestellt, abgeurtheilt und erschossen werden. Ich will es abwarten, ob Herr von Hammerstein wirklich ein Napoleon ist. (Große Heiterkeit.)

Abg. Bödel (Antisemit): Wir werden diese Verträge ablehnen. In Bayern kann man sehen, daß die agrarische Bewegung spontan aus dem Volke entstanden ist. Ein warmes Herz für die Landwirtschaft zeigt der Reichskanzler nicht, wenn er die Deckung der Militärkosten durch die Weinsteuer bewirken will, welche lediglich die Landwirtschaft trifft. Für die Industrie hat der Reichskanzler auch ein warmes Herz, vielleicht ein zu warmes. Wie kann er dann aber die blühende Tabakindustrie an den Rand des Abgrundes bringen? Wenn die Heilung der Schäden der Zeit überlassen bleiben soll, dann brauchen wir kein Parlament und keine Regierung. Das Uebel liegt auch in unserer Bureaucratie. Gesetzgeber und Beamte haben meist eine theoretische Bildung, sehen dem Leben fern und gehen nicht unter das Volk. Sie sollten einmal inognito unter die Bauern gehen und die Stimmung beobachten. Aber, welcher Landrath verkehrt denn mit den Bauern? Sie geben Diners und verkehren mit ihren Kollegen und kümmern sich nicht um die Bauern. Sie wissen nicht, wie der Bauer geschunden wird vom Landrath, vom Gendarmen und vom Bürgermeister. (Präsident v. Levetzow: Ich rufe Sie zur Ordnung, weil Sie von Beamten gefragt haben, sie schänden die Bauern!) Ich habe nur von den Bureaucraten gesprochen. (Präsident v. Levetzow: Sie haben es gesagt vom Landrath, Gendarmen und Bürgermeister.) Ich halte die Agitation innerhalb der gesetzlichen Grenzen für

wünschenswert; denn jeder Stand wehrt sich gegen die Steuer, die ihm auferlegt wird; das thut die Börse auch! Was soll die Landwirtschaft machen ohne Agitation. Die bisherigen Handelsverträge haben uns benachteiligt. Man muß auch in die Zukunft schauen. Länder, die jetzt landwirtschaftliche Produkte ausführen, entwickeln sich zu Industriestaaten und können uns dann nicht mehr landwirtschaftliche Produkte liefern; unsere Landwirtschaft ist dann ruiniert und wir haben keinen Brotstoff. Wenn der Bauernstand einmal ruiniert ist, dann kann er durch die Beamten nicht wieder künstlich ins Leben gerufen werden. Aus den Marktberichten geht hervor, daß in Mitteldeutschland die Getreide kaum plarierbar ist; sie ist verdrängt durch ungarische und rumänische Waare. Dasselbe gilt von Weizen, den die Bauern an das Vieh zu verkaufen beginnen. Die Preise sind so niedrig, daß sie die Produktionskosten nicht decken. Auch mit dem Zuckeranbau ist nichts mehr anzufangen; die Brennerei ist fast zu Grunde gerichtet. Man wirft uns Antisemiten vor, wir seien die Verführer der Sozialdemokratie. (Zustimmung.) Als die antisemitische Bewegung hoch ging, haben Sie (zu den Sozialdemokraten) gezittert. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Wenn unsere Ziele nicht erreicht werden, wenn die Regierung unfähig dazu ist, wenn sich das Volk mit der Mittelstandspolitik nicht helfen kann, dann kommt Ihre Zeit. Aber das ist nicht unsere Schuld, sondern die Schuld der Herren vom Regierungstische, die sich die Sozialdemokraten ziehen, welche sie verdienen. (Zustimmung bei den Antisemiten.) Ich spreche nicht für mich allein, sondern für das arbeitende Volk in Deutschland. Wir werden geschlossen gegen die vorliegenden Verträge stimmen. (Beifall bei den Antisemiten.)

Hg. v. Dziembowski (Pole) hebt hervor, daß die östlichen Landesteile gelitten haben durch den Arbeitermangel, der verdrängt wurde durch die Ausweisung von 40 000 polnischen Arbeitern; ferner durch die mangelnden Verkehrsleistungen. Mit dem Bunde der Landwirthe stimmen die Polen in ihren Zielen überein, aber nicht in den Wegen, die eingeschlagen werden sollen. Denn, wenn der Bund der Landwirthe gegen einen Polen einen antinationalen Kandidaten vorzieht, so können wir das nicht billigen. Wir wünschen eine gründliche Prüfung und werden deshalb für die Kommissionsberatung stimmen.

Hg. Dr. Schukh-Rupik (R.-P.): Herr v. Höp hat unter Nennung meines Namens auf eine Unterredung verwiesen, die ich mit ihm gehabt; er hat aber nicht den vollen Inhalt derselben angegeben. Ich habe ihn gebeten, die Arbeitsgebiete der landwirtschaftlichen Gesellschaft und des Bundes der Landwirthe streng auseinander zu halten, aber ich habe ihm auch warm und Herz gesagt, daß er eine große Verantwortung übernommen hat durch die agitatorische Bewegung. Er hätte die praktische Frage der Verbesserung der Arbeiterverhältnisse ins Programm des Bundes der Landwirthe übernehmen sollen und einige andere Fragen. Man hätte nicht nur die Preise nach oben erhöhen, sondern auch die Produktionskosten hinabdrücken sollen. Alle diese Dinge habe ich Herrn v. Höp gesagt. Der Bund der Landwirthe hat es durchgesehen, daß ich nicht wieder ins preussische Abgeordnetenhaus gekommen bin; ferner hat man auch einige andere Abgeordnete verdrängt, die Herren Simon und Sombart, ersterer eine Autorität auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens, letzterer ein bewährter Landwirth (Präsident v. Levechow erklärt, daß dies keinen Zusammenhang mit den Handelsverträgen habe). Ich habe ein großes Interesse für die Bewegung der Landwirthe, so lange sie sich nicht gegen die Regierung wendet. Aufgabe der konservativen Partei ist es aber, die nationale Fahne, die Fahne der Hohenzollern und ihrer Regierung aufrecht zu erhalten. Königstreue im Munde führen und dagegen handeln, das ist etwas, was ich nicht kann. Ich wünsche, daß der Bund sich mit patriotischen Gedanken erfüllen möge. Den Herren, die jetzt auf mich schelten, die dort im Osten verschuldete Güter auf leichtem Boden haben und auf die Staatsunterstützung bei der Einführung von Rentengütern rechnen, denen will ich sagen: Ohne die Lebensarbeit von Schulz-Rupik könnte kein Bauer auf dem dortigen leichten Boden bestehen. Redner erklärt sich schließlich für die Handelsverträge. (Beifall links.)

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen schließt die Debatte; die Verträge werden einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Der Präsident von Levechow schlägt vor, am Montag die erste Beratung des Etats in Verbindung mit dem Gesetzentwurf betreffend die anderweitige Regelung des Reichsfinanzwesens vorzunehmen.

Gegen die Verknüpfung zweier so verschiedener Gesetzentwürfe erheben die Abgeordneten Kompesch, Richter, Mikert, Singer und von Marquardts Widerspruch, während Abgeordneter von Frege dem Vorschlage zustimmt. Der Präsident von Levechow giebt aber angesichts des lebhaften Widerspruchs seinen Vorschlag selbst zurück.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Etat.)

Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands.

Schluß-Sitzung.

Berlin, den 25. November 1903.

Aus der gestrigen Sitzung ist das Ergebnis der Abstimmung über die Resolution der Redaktions-Kommission und die dazu gestellten Amendements nachzutragen. Beschlossen wird in der Resolution das gesetzliche Verbot der Hausarbeit zu fordern. Der Antrag Stromberg, den letzten Passus der Resolution zu streichen, der es jedem Tabakarbeiter zur Pflicht macht, der Sozialdemokratie anzugehören, wird gegen 18 Stimmen abgelehnt und die ganze Resolution einstimmig angenommen.

Die heutige Sitzung wird von Börner-Verein geleitet. Es wird sofort zur Abstimmung über die eingegangenen Anträge geschritten.

Aus Ostpreußen wird beantragt: „Der Kongress ist der Ueberzeugung, daß die Institution des Fabrikinspektors in dem jetzt bestehenden Umfange den Anforderungen durchaus nicht genügt, welche die Arbeiter an dasselbe haben in bezug auf ausreichende Kontrolle der zu beaufsichtigenden Betriebe, und fordert daher den Bundesrath resp. die Bundesregierungen auf, eine a u s r e i c h e n d e Vermehrung der Fabrikinspektoren vorzunehmen, auch denselben Hilfsarbeitern, die von den Arbeitern selbst gewählt werden, zur Seite zu stellen. Im weiteren hält der Kongress die Errichtung von Arbeiterkammern für sehr empfehlenswerth, ganz besonders auch behufs Unterstützung und Ergänzung des Fabrikinspektors.“ Dieser Antrag wird angenommen. Ebenfalls angenommen werden folgende Resolutionen:

„Der Kongress empfiehlt dem Unterhauungsverein deutscher Tabakarbeiter nachfolgende Beschlüsse zur Berücksichtigung: 1. Für die Agitation auch geeignete weibliche Tabakarbeiter zu verwenden. 2. In nächster Zeit eine lebhafteste Agitation zu entfalten.“

„Der Kongress macht es den Delegierten zur Pflicht, in ihren Heimatorten dahin zu wirken, daß öffentliche Versammlungen der Tabakarbeiter nur gemeinsam mit den weiblichen Kollegen einberufen werden.“

„Der Kongress empfiehlt den deutschen Tabakarbeitern, energisch für Beseitigung der lorrupirend wirkenden Prämienarbeit (für Gesparnisse am Rohmaterial) einzutreten.“

„Der Kongress erkennt, daß die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen in allen Orten Deutschlands eine tieftraurige und in Folge dessen eine ausbesserungsbedürftige

ist und macht es den Kollegen und Kolleginnen zur Pflicht, falls in solchen Orten ein Kampf um die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen entsteht, die im Kampf befindlichen materiell zu unterstützen.“

„Angesichts der sich in Kapitalistenkreisen geltend machenden Reaktion in Bezug auf das Vereins- und Versammlungsgesetz, sowie der Gewerbeordnung protestirt der Tabakarbeiterkongress entschieden gegen jede Einschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter und Arbeiterinnen, hält dagegen die Aufhebung aller bundesstaatlichen Vereins- und Versammlungsgesetze, sowie die Schaffung eines freibeitlichen Vereinsgesetzes für durchaus notwendig.“ — Der Berliner Kongresskommission wird die Bestimmung des Ortes für den nächsten Tabakarbeiter-Kongress überlassen.

Damit sind die Arbeiten des Kongresses erledigt.

Schmaffeld-Bremershausen dankt der Kongresskommission für ihre erfolgreiche Thätigkeit, die in allen Kollegen die Ueberzeugung hinterlassen habe, daß sie auch die weiteren Arbeiten, die ihr übertragen seien, zum Gelingen führen werde. (Bravo!) von Elm-Hamburg: Die Verhandlungen des Kongresses haben den ersten und würdigen Charakter getragen, der Arbeiterkongressen eigenständig ist. Es galt, ein Attentat auf unsere ganze Existenz abzuwehren, und wir haben unsere Schuldigkeit gethan. Die ausführlichen Berichte, die die Parteipresse zu unserm besonderen Danke veröffentlicht hat, bringen in die weitesten Kreise, auch in die der Gegner, und werden hoffentlich ihren Eindruck nicht verlieren. Aber wir haben uns nicht nur mit der Fabrikarbeiter beschäftigt. Wir haben uns hier auch mit den Arbeiterschutzbekimmungen und dem Fabrik-Inspektorat beschäftigt und ihre Vernachlässigung in der Tabakindustrie beklagt. Die Schuld liegt am System; der Militarismus verschlingt alles, zu Maßregeln im Interesse der Arbeiterklasse ist kein Geld übrig. Die Organisationsfrage ist auf dem Kongress zur Zufriedenheit für beide Theile geschlichtet worden. Kein schriffl. Mißton war vorhanden, wir scheiden, wenn wir uns auch manchmal derb ausgesprochen haben, als Freunde und Kampfgesossen von einander. Der einzige Schutz, den wir gegen den Uebermut der Fabrikanten haben, gewährt uns die Organisation. Wenn wir eines Beweises für die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation und ihre Leistungsfähigkeit bedürfen, so ist er jetzt geliefert. Durch den glücklichen Sieg der englischen Vergarbeiter, die nach einem Kampfe, wie ihn die Weltgeschichte nicht kennt, wobei 4—500 000 Menschen 16 Wochen lang hungerten, die größten Kapitalistengezwungen haben sich zu beugen vor der legenden Macht der organisierten Arbeit. Die Energie der englischen Vergarbeiter hat diesen Sieg nicht nur für sich, sondern für die Arbeiter der ganzen Welt errungen, denen er Muth giebt zu neuen Kämpfen. Doch nicht nur für die Idee der gewerkschaftlichen Organisation sind wir eingetreten, wir haben auch ausgesprochen, daß wir auf politischem Gebiete als Sozialdemokraten unsere Schuldigkeit thun müssen. Diejenigen, die getreu gegen den Schlußpross der Resolution sprachen und stimmten, thaten es nur aus Zweckmäßigkeit, nicht aus prinzipiellen Gründen. Grundfänglich stehen wir alle auf dem gleichen Standpunkt: die Arbeiter der ganzen Welt müssen nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch organisiert sein, um den Kapitalismus zu überwinden. Wir Tabakarbeiter fühlen uns nicht als abgeschlossene Schaar, sondern als Glied der großen kämpfenden Arbeiterklasse! Nicht unserer Organisation wollen wir ein Hoch ausbringen, sondern dem Inbegriff aller Bestrebungen des Proletariats: der internationalen, revolutionären Sozialdemokratie!

Der Kongress stimmt dreimal begeistert in den Hochruf ein und singt stehend die beiden ersten Verse der Arbeitermarzialeise. Nach einem Dankwort Börners, der den Delegierten „Auf Wiedersehen!“ ruft, werden die Verhandlungen des zweiten deutschen Tabakarbeiter-Kongresses für geschlossen erklärt.

Lokales.

Den Parteigenossen geben wir hiermit die Adressen der in den letzten Parteiversammlungen gewählten Vertrauenspersonen und Preßkommissions-Mitglieder bekannt.

1. Wahlkreis.
August Lätzerow, Zimmerstr. 95—96, 2. Hof, 2. Eing., 2 Tr. Fröh Felgentreff, Moritzstr. 5.
2. Wahlkreis.
H. Werner, Bülowstr. 69, Restaurant.
3. Wahlkreis.
Stephan Fröh, Fürstenstr. 11, 4 Tr. Wilhelm Börner, Ritterstr. 108, Laden.
4. Wahlkreis.
Robert Wengels, Fruchtstr. 30, Luersg. 8 Tr. (Ost). Hermann Volze, Weidenweg 27/28, 4 Tr. (Ost). Franz Schulze, Oppelstr. 3, 3 Tr. (Südost). Hermann Mattutat, Wrangelstr. 124, Hof 1 Tr. (Südost).
5. Wahlkreis.
G. L. Mager, Sophienstr. 28/29. R. Pacuscher, Greifswalderstr. 8 bei Walle.
6. Wahlkreis.
Johann Pfarr, Wilsnaderstr. 49 (für Moabit). Fröh Waskowski, Weddingstr. 8 (für Wedding). Richard Augustin, Pappel-Allee 7, 2 Tr. (Schönh. Vorstadt). Karl Hillig, Rügenstr. 23 (Rosenthaler Vorstadt).

- Preßkommission:
1. Wahlkreis: Job. Timm, Lindenstr. 83, vorn, I. Carl Graf, Wendenstr. 2.
 2. " Hoch, Mantuffelstr. 51a, Hof 1 Tr. Tschernig, Fürstenstr. 7.
 3. " Rud. Tschentlicher, Breslauerstr. 11a, IV. (Ost). Rich. Weyer, Cuvyrstr. 84, Hof 5 Tr. (Südost). Schneider, Wäkingstr. 15.
 4. " Schegner, Reimickerdorsferstr. 48, 3 Tr. Dornbusch, Gerichtsstr. 32.

„Blutige Köpfe und blaue Bohnen.“ Fast allwöchentlich werden uns aus der Umgebung Berlins Polizeiverfügungen mitgeteilt, welche die Abhaltungen von privaten Tanzlustbarkeiten, die seitens Arbeitervereine veranstaltet werden, verbieten und den Wirthen, die ihr Lokal lieber von Arbeitern als von Nobdies, Giggeln, Spielfern und deren Zubehör besetzt sehen, Polizeistunde auf 10 Uhr festsetzen. Solche Polizeiverfügungen sind ungültig. Ihr Erlaß verpflichtet den betreffenden Beamten zu vollem Schadenersatz. Denn Ziffer 1 der Regierungsverordnung vom 22. Februar 1870 bestimmt ausdrücklich: „Tanzlustbarkeiten, welche von geschlossenen Gesellschaften veranstaltet werden, bedürfen der politischen Genehmigung nicht, wenn die Gesellschaft bereits anderweitig besteht und die Tanzlustbarkeit für ihre Mitglieder und etwaige Gäste derselben nur gelegentlich neben den Zwecken, welche sie sonst verfolgt, wenn auch gegen besondere Eintritts- oder Tanzgeld veranstaltet.“ Nur ist polizeiliche Anzeige von der Veranstaltung der Tanzlustbarkeit zu erhalten. Der Theil der Polizeiverfügung, der bestimmte Lokale, die vordem bereits über die Polizeistunde hinaus schänken durften, auf Polizeistunde fest, dürfen gleichfalls der Verschärfung entbehren, da nirgends der Polizei ein Recht begehrt ist, die einmal über die Polizeistunde hinaus ertheilte Schänkerlaubnis ohne zwingenden Grund zurückzunehmen. Vor uns liegt eine Polizeiverfügung des Amtsvorstehers von Erkner, die dem dortigen Arbeiter-Bildungsverein verbietet, sein Stiftungsfest durch eine Tanzlustbarkeit zu feiern und mittheilt, daß für den Wirth (Wilmann zu Woltersdorf) die Polizeistunde auf 10 Uhr festgesetzt ist.

Unterzeichnet ist die Verfügung von Herrn v. Boffe, dem Amtsvorsteher zu Erkner, dem Gerhart Hauptmann in seinem

„Biberpelz“ bekanntlich ein liebenswürdiges Denkmal gesetzt haben soll. Herr v. Boffe ist derselbe Amtsvorsteher, der seiner Zeit die Abhaltung einer Versammlung in Erkner verbot, weil in der Nähe der Versammlung sich eine Wabe-Anstalt befände und durch Abhaltung der Versammlung das Schamgefühl der Waben den Verlust erleiden könnten. Herr v. Boffe ist derselbe Amtsvorsteher, der die Abhaltung einer freisinnigen Versammlung im Jahre 1890 verbot und behufs Durchführung seines Verbots — das Lokal mit Brettern vernageln ließ. Herr v. Boffe ist derselbe Amtsvorsteher, der vor wenigen Jahren zunächst rathlos darüber war, wer freche Einbruchsdiebstähle in Erkner vollführt haben könne und beim Nachforschen nach der Spur auf dem Thotort die Fußtapfen der Thäter in seiner Aufregung zertrat. Herr von Boffe ist derselbe Amtsvorsteher, der dann zwei durchaus unbescholtene bestbelehrenden freisinnigen Wägern Erkners der schweren Einbruchsdiebstähle für sehr verdächtig erachtete und deren Verhaftung veranlaßte. Nach 30 Tagen unschuldig zugebrachter Haft wurden die Herren, deren totale Schullosigkeit einem umsichtigen, vorurtheilslosen richterlichen Beamten nicht entging, der Freiheit zurückgegeben, und der am schwersten Verdächtige von Konservativen, Liberalen und Sozialdemokraten gewissermaßen zum Protest zum Gemeindevorordneten erwählt. Herr v. Boffe ist derselbe Amtsvorsteher, der als Zeuge seinem damaligen Sekretär Mündel das beste Denkmalszeugniß ausstellte und dem dann in der betreffenden Gerichtsverhandlung nachgewiesen wurde, wes Geistes Kind dieser Herr war, der unweit des Diebstahlortes weit über die Polizeistunde hinaus in der Diebstahlnacht mit Clementen zehrte, deren polizeiliche Ueberwachung ihm noch nicht übertragen war: die wahren Diebe wurde später gefast und abgeurtheilt, Herr Mündel, dessen Person das vollste Vertrauen des Herrn v. Boffe genoß, wurde u. a. später wegen Unterschlagung bestraft und aus dem Amt in Erkner entfernt, in dem er nach seiner Entlassung vom Berliner Polizeipräsidium Anstellung gefunden hatte, wiewohl die Entlassung aus Berlin nicht etwa deshalb erfolgt war, weil des Herrn Sekretärs Talente für die Berliner Polizei zu gut waren. Derselbe Herr v. Boffe hat vor wenigen Jahren ein Lokal kurzer Hand schließen lassen, die Verwaltungsbehörden, zuletzt das Oberverwaltungsgericht, haben in dem Jahre hindurch geführten Prozeß entschieden, daß die Schließung des Lokales gesetzlicher Grundlage entbehre. Wie weit der Schadenersatzanspruch des Wirthes geltend gemacht, entzieht sich unserer Kenntniß. Derselbe Herr von Boffe hat das Eingangs erwähnte Tanzverbot erlassen, wiewohl der Tanz nicht einmal in einem öffentlichen Lokal, sondern in Räumlichkeiten stattfinden sollte, die von einem Mitgliede des Arbeiter-Bildungsvereins dem Lokalinhaber abgemietet waren. Herr von Boffe that — in ähnlicher Weise wie vor Verhaftung der unschuldig in Untersuchungshaft genommenen „Diebe“ — am Stiftungsfest die besten Arbeitskräfte des Ministeriums des Innern zu abfordern vermag, so kann es nicht Wunder nehmen, daß ministerielle Schutz in der Schlechtigkeit nicht bis nach Erkner gelangte. Wohl aber war ein halbes Duzend Gendarmen anwesend, die um 1 1/2 Uhr das Spielen von Musik unterjagten und gegen 10 Uhr das Wirth, dann, da der Wirth seine Räumlichkeiten ja vermietet hatte, das Vorstandsmittglied das den Miethvertrag geschlossen hatte, aufforderten, Feierabend zu gebieten. Die Mitglieder des Arbeitervereins dachten daran, daß nur Wüßel sich provozieren lassen, machten einen Knoten ins Schampstuch und entfernten sich; blaue Bohnen kamen infolge dessen nicht zur Verwendung. Den „Krach“ untersucht der Herr Minister. — Ein sehr ähnlicher Fall wird uns aus Friedrichsfelde berichtet. Dort wurden gerathlos die anständigen Arbeiter verhindert, ihr Stiftungsfest abzuhalten, Tanz unterjagt u. s. w. Die bei dem Vandroth gegen das unredliche Tanzverbot vor Wochen eingelegte Beschwerde blieb bislang antwortlos. Liegt etwa dem Niederbarnimer Landrathshaus zu viel beachtete Beschwerde-material gegen Beamte des Kreises vor, um den Beamten rechtzeitig abhelfen zu können? Wie steht es, Herr Minister: geht Ihre Ansicht dahin, daß Arbeitern das Abhalten des Stiftungsfestes eines Arbeiter-Bildungsvereins verboten werden darf oder soll? Heraus mit der Sprache, wenn's beliebt!

Zum Charitee-Boykott. Der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Stellmacher hat in seiner Sitzung am 13. d. M. den Beschluß gefaßt, der Charitee keine Kranken zu überweisen, nur diejenigen, welche der Charitee überwiesen werden wollen, werden dahin geschickt werden.

Ebenfalls machte der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Kupferschmiede der am 21. d. M. stattgehabten Generalversammlung Mittheilung von dem in der letzten Sitzung einstimmig gefaßten Beschluß, daß der Charitee fortan keine kranken Mitglieder mehr überwiesen werden sollen.

„Die Fürsorge der städtischen Verwaltung für die Unbemittelten“ ist eines der bekanntesten Stücken der Berliner „Kommunalfreunds“. Auf dieses Lieblingspielzeug haben auch die sogenannten „Echliberalen“, trotz ihrer angeblichen Trennung von den sogenannten „Auchliberalen“, nicht verzichtet. In einer Versammlung der Wähler dritter Abtheilung des 9. Kommunal-Wahlbezirks, die am Dienstag Abend vom Deutsch-freisinnigen Arbeiterverein Berlin zu Gunsten des „echliberalen“ Stichwahlkandidaten Ulstein abgehalten worden ist, hat man denn auch das alte, liebe Stücken wieder hervorgeholt, um so lustig wie früher darauf herumzutreten. Der Stadtverordnete Max Schulz schimpfte weidlich auf die Sozialdemokraten und ihre Vertreter im rothen Hause und meinte (nach einem Bericht der „Berliner Zeitung“, deren Chefredakteur der Kandidat Ulstein ist): „Selbst das mannigfache Gute, das die städtische Verwaltung gerade für die Unbemittelten gethan, bliebe ohne Anerkennung, ja es werde sogar systematisch vernünftigt.“ Unsere Leser wissen, daß wir die völlige Grundlosigkeit der „freisinnigen“ Vohhabeleien der angeblich „musterhaften“ Gemeindevverwaltung der amtlichen Veröffentlichungen eben dieser Verwaltung nachgewiesen haben, und wir bestimmen uns nicht, daß in den letzten Jahren irgend eines der „freisinnigen“ Blätter Berlins in der Lage gewesen wäre, unsere Ausführungen mit Erfolg anzufechten. Ja es ist, von ganz vereinzeltten Ausnahmen abgesehen, nicht einmal der Versuch gemacht worden, unsere Beweisführung als irrig und hallos hinzustellen. Die „freisinnige“ Presse wußte nur zu gut, daß sie nichts darauf erwidern konnte, und statt sich durch eine ungeschickte Verteidigung der städtischen Verwaltung gegen eben diese Verwaltung selber noch mehr zu kompromittiren, hat sie es — klug, aber unehelich — vorgezogen, zu schweigen. Notiz genommen hat von unseren fortgesetzten Angriffen auf die städtische Verwaltung, von unserer systematischen Aufdeckung ihrer Schäden nur der Berliner Magistrat selber. Es will uns nämlich scheinen, als ob er in seinen Verwaltungsberichten seit einiger Zeit die wunden Stellen immer mehr zu verdecken sich bemüht. In einzelnen Fällen ist das unweise. Am Ende ist das begrifflich und entschuldbar. Man kann es der städtischen Verwaltung nicht verdenken, daß sie uns nicht eigenhändig die Waffen zum Kampfe gegen sich schenken will. Wenn das aber der Fall ist, dann müssen wir darin ein neues Zeichen dafür erblicken, daß wir uns mit unserem Thun auf dem rechten Wege befinden haben — auf dem wir denn auch fortzuschreiten gedenken, bis das „freisinnige“ Prinzip in der Gemeindevverwaltung der Stadt Berlin beseitigt, bis das sozialistische Prinzip an seine Stelle getreten ist. Das zur

die Lage in grauerregender Weise verschlimmerte. Als er alle drei Laternen in Dreieckform hinstellte, was bedeutet, daß eine Landung unmöglich ist, befanden sich die Boote bereits in der Brandung, die mit furchtbarem Gewalt über die Sandbänke gegen das Land ging. Diese Sandbänke brachten vielen Toten den Untergang. In Sahnij auf Klagen hat die Sturmfluth ungeheuren Schaden angerichtet. Am 20. d. M. gingen die Wellen der See bei Nordostwind haushoch. Ein großer Theil der Bewohner und Hafenbeamten befanden sich Nacht über auf den Küsten. Boote und Fischergelände wurden im Hafen durch gegenseitiges Anprallen zerschmettert, andere losgerissen und fortgetrieben. Die neue große Landungsbrücke, die im Frühjahr erbaut wurde, ward zerstört, ebenso ein großer Theil des Warmbades und des Damenbades. Die ganze Promenade von Sahnij bis zu den Wiffower Klippen ist unterspült und fortgerissen; meterhohe Aufschüttungen von Feuersteinen, Seetang, Balken, Sparrn und Holzstrümmern erheben sich auf den Küsten. Ein Theil der Hafenanlagen und Zementgruben waren unter Wasser gesetzt, ebenso die gesamte Hafen- und Inselflotte, von welcher letzterer nur die große Laternen zeitweise zum Vorschein kam, die noch von der Nacht her brannte und zu der kein Zugang war. Tags darauf war das Wetter wundervoll; kein Lüftchen regte sich; die See lag sanft da wie ein tiefblaugrüner Spiegel und war weit zurückgetreten. Nichts in der Natur erinnerte an den gestrigen Aufruhr des nassen Elementes, das da brüllte und wüthete wie eine losgelassene wilde Bestie. Nur die traurigen Vernichtungspuren gemahnten an den Wuthausbruch des Meeres.

Auseinsturz. Düsseldorf, 25. November. Gestern Abend 6 Uhr ist in der Ackerstraße ein dreistöckiger Neubau eingestürzt. Fünf Arbeiter wurden unter den Trümmern ergraben; zwei davon waren sofort todt, drei sind lebensgefährlich verletzt.

Die Cholera. Breslau, 24. November. Wie die „Breslauer Zeitung“ aus Gleiwitz berichtet, ist in dem benachbarten Trzciel am Vortage ein neuer Cholerafall mit tödt-

lichem Ausgang vorgekommen. — Konstantinopel, 24. November. Von gestern bis heute Vormittag starben an der Cholera in Konstantinopel und Umgebung 89 bezw. 9 Personen; von den früher erkrankten Personen sind 9 gestorben und 15 genesen. — Petersburg, 24. November. An der Cholera erkrankten bezw. starben: Vom 21. bis zum 23. d. M. in Petersburg 18 bezw. 7, vom 11. bis zum 18. d. M. in Warschau 1 bezw. 1, in Kronstadt 2 bezw. 2, in den Gouvernements Rowno 49 bezw. 7, Wolow 12 bezw. 15, Minsk 8 bezw. 4, Pskow 3 erkrankt, Radom 4 bezw. 1, Petersburg 14 bezw. 3, Smolensk 9 bezw. 2, Cherson 55 bezw. 32, vom 29. Oktober bis 8. November in Tula 77 bezw. 27, vom 29. Oktober bis 11. November in Wodolien 145 bezw. 75. — Agram, 25. November. Infolge der feuchten und warmen Witterung ist die Cholera in Esseg in der Zunahme begriffen.

Briefkasten der Redaktion.

H. Knoll. „Sozialdemocraten“, Christiania.
V. W. 98. Zum Selbstunterricht in der deutschen Sprache eignen sich „Sander's Deutsche Sprachbriefe“, die Sie in jeder Buchhandlung bekommen.
H. W., Linden. Ueber Pfeifenfabriken haben wir kein Urtheil. Vielleicht giebt Ihnen der Vorstand der Tabalarbeiter-Genossenschaft, Hamburg-Eimsbüttel, Schäferstraße 19, Auskunft.
Hausdiener. Redaktionelle Hinweise auf Versammlungen können nur in Verbindung mit Aufzügen u. s. w. bringen: in diesem Fall müssen wir Sie also auf den Inseratenthail verweisen.
Leser des „Berliner Tageblattes“. Sie haben ganz recht, wenn Sie meinen, daß die industriellen Wunder, über die Herr Wentzler aus Chicago dem „Berliner Tageblatt“ berichtet, in Europa nicht so unbekannt sind, wie in der Redaktion des Tageblattes. Endlose Handtücher giebt's auch bei uns in

vieleu Cafes und Fabriken. Und die elektrische Zahlmashine wurde auch schon bei der letzten österreichischen Volkszählung benutzt.

St. 21 B. Mein.
G. B., Nummelsburg. 1. Ohne daß Sie verklagt sind, kann keine Pfändung stattgefunden haben. 2. Nur die durchaus unentbehrlichen Gegenstände zu pfänden, ist ein Gerichtswoollzieher behindert. 3. Die Ehefrau muß schleunigst auf Freigabe klageln.
G. N., Tischler. Ihnen ist schon einmal mitgetheilt worden, daß uns ein Arbeiterverein in Mexiko nicht bekannt ist und daß wir auch nicht zur Auswanderung dahin ratheu können.
G. R. Artikel eingetroffen. Näheres brieflich.
Edelweiss 100. Der Standesbeamte hat sich bei der Heirath nicht danach zu erkundigen, ob das Mädchen ein Kind besitzt. Antwort ist daher unnöthig, falsche Antwort unerheblich.
Mantler 1. Sprechen Sie zwischen 12 und 1 Uhr vor.
Reinert. Nein.
Flumenford 22. Zu 1 und 2: Nein.
St. 2. 100. Amtsgericht Berlin I, Neue Friedrichstraße 13, 10—1 Uhr.
J. 2. 100. Die Uebung fällt nicht aus.
G. 2. 100. In Berlin und in der Mark besteht keine Gütergemeinschaft.
H. 2. 100. Schaffen Sie sich ohne Vereinsbildung gemeinschaftlich (zu gemeinschaftlichem Eigentum) eine Bibliothek an und benutzen dieselbe gemeinschaftlich, so geht das die Polizei nichts an.
Genosse 2. Wahlverein. Das läßt sich so nicht sagen.
F. Sch. Es kommt lediglich darauf an, ob einem Zeugen Glauben geschenkt wird. Eine bestimmte Anzahl von Zeugen ist für den Nachweis eines Meineides nicht vorgeschrieben.
M. B. Beleidigungsklage ist zulässig.
Kutscher 100. 1. und 2. Schadenersatzpflicht liegt vor, wenn Ihrerseits eine Verschuldung vorliegt. Eine Klage wäre zweifelhaft.

Parteienoffe (Buchdr.) sucht als Redakteur eines Parteiblattes sofort oder später Stellung. Gesl. Off. u. „Redakteur“ an d. Exp. d. „Vorwärts“, 442b

Kanarienhähne von 4 M. an verk. Baum, Chorinerstraße 53, Quergeb. 3 Tr., auch Adbs.

Neu! Neu!
 1. Bei uns werden die schwierigsten Sachen gemacht! Soj. Zeitcouplet.
 2. Die letzten Rekruten! Humoristisch-foj. Duett von Rich. Heise, Volks-humorist, Berlin N., Zionskirchstr. 11, vorn 3 Tr. Preis jeder Nummer mit Klavierbegleitung 50 Pf. 405b

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich das Lokal von **Meinhardt i. B.** übernommen habe. Ein Vereinszimmer, auch für Zahlstelle passend, zu vergeben. Achtungsvoll 240b) **Th. Blaus,** Wiesenstr. 6.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L am hiesigen Plage wie bekannt **grösste Auswahl!** Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Roh-tabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, **Oranienburgerstr. 2.**

Als anerkannt reelle und thatsächlich billigste Einkaufsquelle des **Süd-Ostens** für **Gold-, Silber-, Alfenidewaren** (Eig. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich **H. Gottschalk,** Goldarbeiter und Uhrmacher, **37 Admiral-Strasse 37**

Roell Pelzwaaren billig!
 Einzel-Verkauf zu 51459
Engros-Preisen direkt in der Fabrik von **Goebel & Reinecke,** Stallschreiber-Strasse 50/51, 1 Treppe, Ecke Alexandrinen-Strasse. Bestellungen und Reparaturen billig

!! Roh-Tabak !!
 Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billigster Preislage, empfiehlt **Heinr. Franck, Roh-tabak-Handlung** Brunnenstr. 185.

Vereinszimmer m. Piano ist zu verg. Beuthstr. 11. C. Langkult. 51499

Schneiderin empfiehlt sich in und außer dem Hause. 395b **Krüger, Grüner Weg 53.**

Elegante, solide Herrenstoffe, vorzügl. Qual., bedeut. unf. Preis. Kochstr. 49.

Kanarienhähne, feinste Sänger mit schönen Tönen, prämiirt mit gold. u. silb. Medaill., verl. Schulz, Wörtherstr. 36.

Zither-Unterricht Sebastianstraße 10, 1 Tr., Ecke Prinzenstr. 564M

Kleidermacherin empfiehlt sich in und außer dem Hause. Für gutes Passen garantiert Frau Förster, Ritterstr. 116, 4 Tr. 568M

Schuhmacher. Schlafst., hell, sep., bei Lange, Zimmerstr. 95-96, Hof r. 2 Tr. 374b

Eine freundliche Schlafstelle für H. W. Meyer, Naunynstr. 84, v. 3 Tr.

Möblirte Schlafstelle für Herrn zu vermieten Manteuffelstr. 19, v. 4 Tr. bei Müller. 380b

Schlafstelle für Herrn bei Loß, Manteuffelstraße 82. 381b

Hollmannstraße 31, Hof parterre bei Schmidt ist zum 1. Dezember eine Schlafstelle zu vermieten. 382b

Möblirte Schlafstelle für 2 H., sep. Eing., Admiralstr. 4, Hof 2 Tr. rechts bei Frau Bessel. 383b

Freundliche Schlafstelle zu verm. bei Stegmann, Naunynstr. 82, 4 Tr. l. 384b

Freundlich möbl. Schlafstelle für 2 sep. Eing., Kottbuserstr. 3a, Hof links 3 Tr. bei Pöck. 385b

Manteuffelstr. 44, vorn 4 Tr. links möbl. Schlafstelle, sep. Eingang, für Theilnehmer zu verm. 387b

Freundlich möbl. Schlafstelle, auf Wunsch auch Beköstigung, Fäßlerstraße 10, vorn 2 Tr. l. 388b

Ein Theilnehmer zum separat möbl. Schlafstelle. Gen. Stallschreiberstr. 23, vorn 3 Tr. rechts bei Höpne. 563M

Möblirtes Zimmer, sep., 15 Mark, Reichenbergerstraße 167, vorn 1 Tr. bei Schwedler. 411b

Bantischer-Werkzeug verkauft billig Kühn, Schönebergerstr. 23, 2. Hof ptt. rechts. 402b

Eine freundlich möbl. Schlafst., sep. Eingang, zu vermieten bei Meyer, Admiralstr. 27, vorn 2 Tr. 385b

Eine freundlich möblirte Schlafstelle für Herrn bei Ehardt, Prinzeninnenstraße 7, vorn 3 Tr. 372b

Schlafst. Hannoverschestr. 5, H. 3 Tr. 373b

Yelle Schlafst. f. 2 Schulkn. z. arb. Georgenkirchstr. 57, H. 11, Wästenberg. 374b

Freil. möbl. Schlafst. mit sep. Eing. u. Gartenansicht bei Schmidt, Michaelkirch-Platz 4, Hof 2 Tr. 415b

Fr. Schlafst. mit sep. Eing., Riethe 6,50 M. Fürstenwalderstr. 17, Bemme.

Freil. Schlafstelle bei Wwe. Hanisch, Straußbergerstr. 5, H. r. 3 Tr. 494b

Möbl. Schlafst. mit sep. Eing., vorn, Fürstenwalderstr. 13, 4 Tr. r. 430b

Möbl. Schlafst. f. 2 H., sep., billig, Marktstr. 27c, 2 Tr., Sorge. 429b

Möbl. Schlafst., 7 M., Elisabeth-Ufer 33, 2 Tr. l. 428b

Oranienstr. 201, 3 Tr., freil. Schlafstelle billig, sep. 427b

Schlafst. f. Mädchen bei Krumbach, Kottbuser Ufer 53, v. 2 Tr. r. (an der Admiralstr. Brücke). 426b

Schlafst. f. 2 H., sep. Eing., Oranienstraße 13, v. 2 Tr. r. (Heinrichsplatz). 425b

Eine möbl. Schlafst. f. 1-2 Herren Friedenstr. 75, v. 4 Tr. bei Nauck. [423b

Ein Herr findet freil. Schlafst. mit sep. Eing. bei Meyer, Prinzeninnenstraße 7, v. 4 Tr. 421b

Möbl. Schlafst. für 1-2 Hrn. bei j. Wittwe, Naunynstr. 84, Seitenfl. 3 Tr. rechts Messtath. 567M

Freil. Schlafst. b. D. Ficus, Langestr. 70.

Freil. Schlafst. f. Genossen b. Rudat, Kirchbachstr. 7, v. 4 Tr., Nähe Potsdamerstraße. 334b

Schlafst., sep. Eing., b. Göhmann, Sebastianstr. 17, Hof Quergeb., 4 Tr. 375b

Freil. möbl. Schlafst., sep. Eing., Fensteransicht Kottbuser Platz, bei Fabianbruch, Admiralstr. 40a, vorn 3 Tr., rechts. 403b

Schlafstelle für Herren bei Freitsch, Grüner Weg 6, v. 3 Tr. 369b

Freil. Zimmer für Herren b. Lucht, Bergmannstr. 27, Hof 3 Tr., l. 346b

Freil. möbl. Schlafst., sep., Dresdenstr. 99, Quergeb., bei Gramer. 376b

Freil. möbl. Schlafst. für 1 bis 2 Herren, sep. Eingang, 7 M., bei Deitrich, Manteuffelstr. 51, v. 1 Tr.

Möbl. Schlafst., sep., f. 2 Herren zu verm. b. Fr. Sage, Lausitzerstr. 40, v. III.

Möbl. Schlafst., Adalbertstr. 3, v. 2 Tr. l.

Möbl. Schlafst. f. Gen., Eing. sep., zu verm. bei Willner, Elisabeth-Ufer 20.

Herren f. freil. Schlafst., 6,50 M., Reichenbergerstr. 52, Hof 4 Tr. rechts. 424b

Freundliches Schlafzimmer für 2 H. zu verm. mit Balkon, auch Badezimmer, zu benutzen, bei Otto Müller, Holzmarktstraße 19, vorn 4 Tr. Preis 8 M 50 Pf. 273b

Schlafstelle für Herren, separ. Eing., Novallstraße 7, Hof rechts 1 Tr. bei Kolowski. 398b

Eine freundliche Schlafst. Manteuffelstraße 116, vorn 3 Tr. bei Decht.

Eine freundliche Schlafst. Naunynstraße 35, 2 Tr. bei Richter. 370b

Möblirte Schlafst. Köpnickestr. 154a, vorn 4 Tr. bei Krebs. 397b

Möblirte Schlafstelle für Herrn, sep. Eing., 7 M., Manteuffelstr. 11, vorn 3 Tr. bei Ramm. 415b

Möbl. Schlafst. für 2 H. bei Kroll, Prinzenstraße 8, vorn 3 Tr. 565M

Möbl. Zimmer, sep., 12 M., Ritterstraße 116, 2 Tr. l. 502M

Freil. Schlafst. f. Hrn. b. Frau Lentz, Manteuffelstr. 61, v. 3 Tr. 438b

E. freil. Schlafst. f. Hrn., sep. Eing., Naunynstr. 90, v. 4 Tr., b. Ww. Meyer. 406b

Freil. Schlafst. für Hrn. Straußbergerstr. 33, v. 3 Tr. l. 435b

Arbeitsmarkt.

Lüchtige Silberpoliererinnen werden verlangt Alexandrinenstr. 101 bei Frau Böge. 412b

Ausverkauf

von **Knaben-Mänteln** wegen überfüllter Lager, zu erheblich herabgesetzten Preisen.

Alle Preise sind in Zahlen an den Waaren ausgezeichnet.

Kein Feilschen, kein Handeln, sondern streng feste, sehr billige Preise.

Geschäftshäuser Baer Sohn

Herrn- und Knaben-Bekleidung.

1. Geschäfts-Haus: **24a. Chausseestr. 24a.** 2. Geschäfts-Haus: **8. Brückenstr. 8.** 3. Geschäfts-Haus: **16. Gr. Frankfurterstr. 16**

Tadellose Maß-Anfertigung unter Leitung eigener erster Meister, aus deutschen u. englischen Stoffen, zu sehr billigen Preisen.

fernere Preise sind herabgesetzt und kommen unseren Kunden zu Nutzen. Unser Nutzen ist klein.

Winter-Paletot, Double, schönes Futter, 15,-, 12,-, 10 Mk.	Winter-Paletot, eleganter Eskimo, Blaidfutter, 30,-, 25,-, 20 Mk.	Winter-Paletot, unübertroff. Neuheit in dieser Saison, Qual. K. N., 36 Mk.	Hohenzollern-Mäntel, grau Dackin, mit warm. Futter und sehr langer weitaufgerichteter Peterine 30 Mk.	Kragen-Mäntel, dickwolliger Cheviot mit warmem Futter, englische Arten, 19 Mk.	Kaiser-Mäntel, wetterfeste, dicke Stoffe, sehr lang, 24,-, 18,-, 16,-, 10 Mk.	Jünglings-Mäntel, prachtvolle Muster, 24,-, 16,-, 8,-, 6 Mk.	Winter-Joppen, Soben, Double, warm gefüttert, 12,-, 10,-, 7 Mk.	Winter-Hosen, Cheviot, Bucktin, Belour, 8,-, 6,-, 5,-, 4 Mk.
---	--	---	--	---	--	---	--	---

Verantwortlicher Redakteur: Robert Schmidt in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW. Beuthstraße 2.

Aus England.

London, 23. November 1893.

Wie ich aus der vorgestrigen Nummer des „Vorwärts“ (Nr. 274) ersehe, herrschen über die Natur des Friedensschlusses zwischen Bergarbeiter-Föderation und Grubenbesitzer-Komitee noch einige Unklarheiten im dortigen Publikum — sehr natürlich, thut doch die hiesige kapitalistische Presse, aus der die Korrespondenten für das Festland ihre Informationen beziehen, ihr Möglichstes, die Sache zu verdunkeln, soweit der Wortlaut der getroffenen Abmachungen dies nur erlaubt.

Die Besten sind kurz zusammengefaßt folgende: Die Arbeiter erhalten bis 1. Februar 1894 die vor Beginn des Lockouts geltenden Löhne fortbezahlt. Die Frage, welche Löhne nach dem 1. Februar gezahlt werden sollen, wird einem Einigungs-Komitee überwiesen. Dieses Komitee soll aus je 14 Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer und einem Unparteiischen bestehen und für mindestens ein Jahr amtieren. Seine erste Sitzung findet am 18. Dezember dieses Jahres im Westminsterpalast-Hotel in London statt. Die Wahl des Unparteiischen, der keiner der beiden Interessengruppen angehört, bleibt in erster Linie den 28 Delegierten der Arbeiter und 28 Unternehmern überlassen. Können sich diese vor der ersten Sitzung nicht über die Person desselben einigen, so werden sie den Sprecher des Hauses der Gemeinen ersuchen, einen solchen zu ernennen. Der Unparteiische führt den Vorsitz im Komitee und hat gegebenenfalls die entscheidende Stimme.

Diese Abmachungen sind von den Vertretern der Arbeiter-Föderation wie von denen der Unternehmer unterzeichnet und fernerhin von einer Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter, die am Tage nach der kombinierten Sitzung stattfand, einstimmig anerkannt worden. Eine auf den 7. Dezember nach Birmingham einberufene Konferenz wird sich mit der Frage der Zusammensetzung des Einigungsausschusses beschäftigen.

Wie weit es alles klar und bestimmt. Es kann sich also nur darum handeln, was diese Bestimmungen praktisch zu bedeuten haben. Formell sind sie ein Kompromiß, und es liegt ja auch auf der Hand, daß bei der kombinierten Sitzung, einberufen und akzeptiert zum Zweck der Vermittlung, nur ein Kompromiß das Ende vom Liede sein konnte. Das wußten Vertreter der Bergarbeiter im Voraus, als sie auf den Vorschlag der Regierung eingegangen. Aber Kompromiß und Kompromiß ist zweierlei.

Der Lockout erfolgte, weil Unternehmer und Arbeiter sich nicht einigen konnten, was angesichts des Preisfalls auf dem Kohlenmarkt zu geschehen habe. Die Arbeiter erklärten, die geltenden Löhne seien für die Minimallohne, unter die sie nicht heruntergehen würden, zu jedem anderen Mittel — z. B. Einschränkung der Produktion — böten sie gern die Hand. Die Unternehmer bestanden auf Lohnreduktion, und haben dies Verlangen auf allen folgenden Konferenzen aufrecht erhalten, auch als die Preise schon infolge des Lockout bis über das Doppelte des Satzes, den sie ursprünglich hatten, gestiegen waren. Da sie noch Lieferungen zu den niedrigen Preisen auszuführen hätten, müßte mindestens zunächst auch zu niedrigen Löhnen gearbeitet werden. Sie hatten erst eine Reduktion in Höhe von 25 pCt. des Standardsatzes, resp. 18 pCt. der zuletzt gezahlten Löhne verlangt, reduzierten im Oktober die Forderung auf 15 pCt. resp. 10 1/2 pCt., und kamen zuletzt — Anfang November — mit dem Vorschlag heraus, diese Differenz bei einer Bank zu deponieren und einen Unparteiischen entscheiden zu lassen, ob und wie viel davon ihnen resp. den Arbeitern zuzumehre. Jetzt ist auch dies Verlangen aufgegeben und infoweit haben die Arbeiter ihren Willen durchgesetzt. Gerade das Umgekehrte von dem, was die Unternehmer verlangten, geschieht. Sie wollen erst Unterwerfung der Arbeiter unter die Diktir, die Preise des Produkts bestimmen die Löhne, und dann Beratungen über das Weitere, während jetzt ohne Rücksicht auf Lieferungsverträge mit den alten Löhnen begonnen und erst nachher entschieden wird, wie es künftig mit den Löhnen sein soll.

Freilich erleiden sie dabei keine materiellen Verluste. Sie sind durch den Verkauf ihrer Vorräte und der nicht kontraktmäßig veräußerten Förderung zu den Marktpreisen soweit gedeckt, daß sie meist noch Extraprofite machen. Aber das ist zur Zeit eine Nebenfrage. Faktisch ist in diesem Punkt das geschehen, was die Arbeiter wollten und die Unternehmer als unannehmbar bezeichneten.

Sonntagsplauderei.

In veralteten Romanen und Komödien giebt es eine Lieblingsfigur, die des krenzbraven Bedienten, der alles Leid und Freud seiner Herrschaft mitempfindet, der die Rolle des Vertrauten spielt, und während er die Kleinen wiegt und die Großen hätschelt, gleichsam als Familienmitglied angesehen wird. Das abgetragene Märchen aus Artantens Zeiten hat längst kein Fünkchen Berechtigung mehr. Und der frech-genialische Spötter Offenbach hat, als er in der Operette „Pariser Leben“ zum tollen Rantan aufspielte, schon deutlich eingesehen, daß Herrschaft und Dienerschaft durch keine innere Theilnahme verbunden werden, und daß sie beide ein vollständig gesondertes Leben führen, selbst wenn der livres-stolze Jean oder das Kammerläubchen Gisi sich in komischer Wichtigkeitserei nach den prunkenden Namen ihrer Dienstherrn zu nennen lieben.

Aber es giebt immer noch gute Bürgerseelen, die um alles nicht daran glauben mögen, daß die „schönen Märchen vergangener Tage“ nicht in der Gegenwart noch eine neue Auferstehung feiern könnten. Das heißt, sie machen wohl einen heimlichen Vorbehalt. Sie selber sind keineswegs überzeugt, daß die uralte schöngezeichnete Lüge auf einmal lebenskräftige Wahrheit geworden sei. Aber zu heiligen Zeiten einmal jählich-empfindsam thun, sich an die breite Brust zu klopfen und, Tränen im Auge, auszurufen:

Noch sind die kostbaren idealen Güter nicht verschwunden, noch ist es den aufrührerischen Maulhelden nicht gelungen, das Band der Treue zu zerreißen, das den Unternehmer und seinen Angestellten umschlingt; noch hat die entsetzliche Unzufriedenheit nicht die schöne Eintracht gestört — das macht sich zu feierlich und erhebend. An Jubiläen-tagen von Bedienten, da kann man insbesondere sich an der Nährseligkeit solcher wunderbaren Gemüthsmenschen erfreuen.

Weiß und sauber sind die langen Wirthshausstafeln gedeckt. Heute mag was drausgehn und wenns einen „Blauen“ kostet. Nun ja, man hat doch auch kein Herz von Stein und mag den armen Narren gerne einmal einen erquicklichen Trunk gönnen. Also denkt der Eigenthümer einer großen Zeitung.

Was geben die Arbeiter dagegen auf? Sie haben ursprünglich die Frage einer Reduktion der zuletzt gezahlten Löhne als indiskutabel, diese Löhne, resp. Lohnsätze als unbedingtes Minimum bezeichnet. Erst ziemlich am Ende des Lockout — Anfang November — gingen sie soweit, die unverkürzte Fortzahlung der alten Löhne bis 1. April 1894 zu verlangen, dagegen vorzuschlagen, daß die nach jenem Datum zu zahlenden Löhne von einem Einigungskomitee vereinbart werden und nicht unter 90 pCt. über den Standardsatz, resp. 7 1/2 pCt. unter dem jetzigen Satz sein sollten. Gegen dieses letztere Zugeständniß bedeutet die jetzige Abmachung, daß die Frist für die unbedingte Zahlung der alten Löhne etwas verlängert, die Frage über das, was später werden soll, ganz und gar dem Einigungskomitee überlassen wird. Die Fristverlängerung ist absolut unbedenklich. Kein Mensch bildet sich ein, daß bis zum 1. Februar die Preise schon wieder auf den Status des letzten Sommers gefallen sein werden. Die Zustimmung zum Einigungskomitee ist nur eine Bestätigung des Novembervorschlages, aber keineswegs ein Abgehen vom früheren Standpunkte. Wogegen die Arbeiter sich vor Beginn des Lockout und während desselben gewendet, war, ein Schiedsgericht oder Schiedsrichter darüber entscheiden zu lassen, ob und welche Lohnreduktion der Stand der Preise rechtfertige. Damit, meinten sie sehr richtig, gäben sie sich von vornherein aus der Hand. Das jetzige Einigungskomitee ist etwas durchaus davon Verschiedenes. Es hat einfach die Vollmacht, über die mit und nach dem 1. Februar 1894 zu zahlende Lohnrate von Zeit zu Zeit zu bestimmen. Nach welchen Maximen es dabei verfährt, ist völlig ihm überlassen.

Damit ist scheinbar nur die Entscheidung über die prinzipielle Frage, um die es sich beim Lockout drehte, verfallen. Aber die Art und Umstände dieser Vertagung sind durchaus günstige für die Sache der Arbeiter. Was können die Unternehmer, wenn am oder nach dem 18. Dezember die Frage der Lohnsätze vom 1. Februar ab verhandelt wird, gegen die Forderung der Arbeiter auf Festhalten am Minimallohn im Sinne des „living wage“ noch vorbringen? Die Verungung auf die alten Lieferungsverträge haben sie aus der Hand gegeben und daß in Zukunft nicht wieder in langfristigen Kontrakten die Haut der Arbeiter verkauft wird, dafür ist eben die Einigungskommission da. Freilich, wenn hinter den Delegierten der Arbeiter nur eine lose zusammengehaltene Masse stände, statt einer im Kampfe erprobten Organisation, wenn die Pichard, Woods, Weston u. so gläubige Adepten der bürgerlichen Oekonomie wären, wie die Gemwiv, Burt und Genossen, dann wären von der „Einigungskommission“ eher Enttäuschungen zu erwarten. Aber die Genannten und die hinter ihnen stehenden Arbeiter haben in diesem Niesenkampfe den Beweis abgelegt, daß sie jeden Fußbreit Boden mit hartnäckiger Fähigkeit verteidigen werden, und sie haben, wenn nicht das Publikum, so doch einen so großen Theil des Publikums dabei auf ihrer Seite, was auch nicht zu unterschätzen ist. Freilich ist da noch der Unparteiische, und da der gewöhnlich aus den Kreisen der Besthenden genommen wird, so ist es mit ihm gewöhnlich eine etwas bedenkliche Geschichte. Indes werden sich die Arbeiter erstens nicht den ersten besten Bourgeois anfortroyieren lassen, und zweitens könnte auch dieser unter den bewandten Umständen nicht nach Willkür verfahren, dazu ist die Sache der Arbeiter heute zu stark.

Kurz, die Zustimmung zum Einigungskomitee steht weder im Gegensatz zu der bisherigen Taktik der Bergarbeiter-Föderation, noch läßt sie für die nächste Zukunft eine den Arbeitern ungünstige Wendung der Sache befürchten. Und es handelt sich dabei nur um die nächste Zukunft. Die Leiter der Föderation sind sich dessen durchaus bewußt, daß sie die Waffen noch lange nicht aus der Hand legen dürfen. Die Bergarbeiter-Föderation“, sagte Sam. Woods am Montag einem Berichterstatter, war nie gegen Einigungsverhandlungen zwischen den beiden Parteien, aber sobald die dritte Partei dazwischentritt, um ihnen Entscheidungen aufzuzwingen, hört das Einigungskomitee auf und es wird ein Schiedsgericht daraus. Gegen ein solches hat die Föderation allerdings bisher Einspruch erhoben und erhebt sie noch Einspruch, es sei denn, daß 1. ein Minimallohn prinzipiell zugestanden ist und 2. das Einigungskomitee absolut nicht vermocht hat, die streitigen Punkte beizulegen. Die Natur des jetzigen Einigungskomitees ist in dreifacher Hinsicht bedeutungsvoll: 1. Es ist ein Experiment; 2. es hat nur 12 Monate zu leben, wenn ihm nicht durch die Zustimmung beider Parteien neues Leben eingehaucht wird; 3. das entscheidende Votum des Vorliegen-

Einer seiner niederen „subalternen“ Angestellten hat sich vielleicht dreißig Jahre lang und darüber bei ihm geplakt. Im grauen Einerlei unerquicklicher, nervenaufreibender Arbeit bei spärlicher Entlohnung war er alt und müde geworden. Raum niemals ist ihm der „olle, ehrliche“ Verleger menschlich nahe getreten. Wo soll auch solch großer, vielgeschäftiger Mann Zeit und Mühe hernehmen? Die Zeitung ist ihm die milde Ruhe. Ihr Inhalt ist ihm gleichgültig. Vielleicht widert er ihn an. Er ist ein preussisch wohlgedrillter, gutgefunter Mann und bedeutet was in der lastenmäßig aufgebauten Berliner Gesellschaft; und seine Zeitung muß manchmal, freilich nur an seltenen Tagen, aufmuntern. Das betrübt zwar den guten Herrn in tiefer Seele. Aber: „Was kann man dorthi dauhn?“ Was soll man thun? Geschäft ist Geschäft. Wenn sein Angestellter in der langen Reihe von Jahren nicht korrekt wie eine Maschine gearbeitet hätte, der gnädige Herr hätte ihn sicher den Stuhl vor die Thüre gesetzt. Aber so? Nun hat der „Bedienstete“ glücklich seinen Jubeltag erlebt. Der gnädige Herr will einmal die gewohnte Unnahbarkeit bei Seite schieben und familiär unter „seinen Leuten“ verkehren. Den eleganten Schlupfrock läßt er daheim und schlüpft in einen gemüthlichen Flaus. So was, meint er, macht immer Eindruck. Und es kommen die Geladenen, die Segler und die Komtoir-schreiber und der Stab der Redakteure. Dies Alles ist mir unterthänig, schwelgt der Herr Verleger in Jubelstolz und kaum beschleicht ihn die Empfindung, wie wenig herzlich der Jubel die frostige Zeremonie hat, und wie der Eine stumpf und gedrückt, der Andere mit verhaltenem Spott den Nummel mitmacht. Aber die Nacht findet immer ihre begeisterten Knechtsseelen. Preisend mit viel schönen Reden ruft man Heil und Ehre dem Fest der Arbeit! Wie ward eine friedlichere Versammlung gesehen und in der weichevollsten Minute tritt er auf, der Generaladjutant des Allgewaltigen, der Respektateur, der grau geworden über seinem Vult, der stumpf geworden in dem muffigen Redaktionsräumen, in die kaum jemals eine erfrischende Luftwelle gelangt. Was war sein armseliges Leben? Er hat nie darauf hinhorchen gelernt, was die Welt um ihn bewegt. Er hat nur immer ängstlich gespannt, darauf gelauert,

den tritt nur in Funktion, wenn es unmöglich ist, sonst eine Verbarung zu erzielen.“

Aus diesen Worten spricht eine durchaus gesunde, kampfmuthige Skepsis, die garantiert, daß der Kompromiß vom 17. ds. kein fauler Friede für die Arbeiter ist. Im Augenblick haben die Bergarbeiter das, wofür sie gekämpft, und wenn man versuchen sollte, es ihnen wieder zu nehmen, dann — nur, dann wars ein Waffenstillstand, den sie dem Gegner abgezwungen. Derselbe wird es aber nicht so bald auf eine Erneuerung des Kampfes ankommen lassen. Moralisch haben die Arbeiter unbedingt gefiegt und faktisch haben sie, wenn es auch nicht dazu gekommen ist, daß sie dem Gegner die Kniee auf die Brust gesetzt haben, denselben aus allen seinen Hauptpositionen getrieben.

Wie sie dies erreicht, darüber könnte man ein ganzes Buch schreiben, und es würde weder das am wenigsten lehrreiche, noch das am wenigsten interessante Buch werden. Sind doch über viel weniger wichtige Feldzüge ganze Bibliotheken geschrieben worden. Hier will ich nur noch aus den heutigen Blättern zwei für die Beleuchtung dieser Frage charakteristische Thatsachen mittheilen. Die heutige Nummer des „Daily Chronicle“ verzeichnet unter andern Beiträgen für die Arbeiter und ihre Familien zwei à 10 000 M. (500 Pfd. Sterl.), der eine anonym, der andere von den Inhabern eines Uhren-geschäfts in der City. Und aus Wakefield (Yorkshire) schreibt der dortige Vikar, der an der Spitze des lokalen Hilfskomitee für die Familien der Ausgesperrten steht — und solche Komitees bestanden überall, im Revier von Cannock Chase (Staffordshire) wurden allein 7000 Pfd. Sterl. für Unterstützungszwecke ausgebracht — an das obengenannte Blatt: „Viele von uns, die in den letzten Monaten Tag und Nacht gearbeitet, mühten sich vorwerfen lassen, daß sie die Arbeiter vom Nachgeben abhalten.“ Ich glaube keinen Augenblick, daß das richtig ist. Der tägliche Verkehr mit ihnen überzeugt jeden, daß sie ausgehalten hätten, auch wenn das Publikum keine Theilnahme bewiesen hätte.“

Es wird dem Leser ein leichtes sein, beide Thatsachen in Einklang zu bringen.

Soziale Ueberblick.

Achtung, Schuhmacher! Zu der am Montag, den 27. November d. J., bei Volk, Alte Jakobstr. 75, stattfindenden öffentlichen Versammlung werden die Kollegen ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Die Agitationskommission der Schuhmacher Berlins und Umgegend.
S. A.: P. Strauß, Feldstraße 13.

Der Verein für Sozialpolitik hat eine Kommission, bestehend aus den Herren Prof. W. Scher, Prof. M. A. Kowalewsky und Handelskammer-Sekretär Gensel in Leipzig, eingesetzt, welche vermitteln soll, ob das Handwerk gegenüber der Großindustrie überhaupt lebensfähig sei. Für jeden Zweig des Handwerks soll festgestellt werden, welches seine wirtschaftlich-technische Grundlage, seine besonderen Betriebsformen und sein natürliches Absatzgebiet sind. Es wird sich bei diesen Erhebungen in der Hauptsache um die Rohstoffbeschaffung, die Verwendung der Arbeitskräfte, das erforderliche Kapital, die Herstellungsweise, Form und Umfang des Absatzes und um die vorhandenen Kreditverhältnisse handeln.

Gegen die Beschränkung des Kolportage-Buchhandels, wie sie in den Anträgen des Zentrums gefordert wird, hat der ständige Ausschuss der Deutschen Schriftsteller-Gesellschaft eine Agitation eingeleitet. In einer Versammlung, zu der auch die Vereinigung Berliner Zeitschriften-Verleger und Vertreter aller Buchhändlergewerbe zugezogen waren, wurde eine diesbezügliche Resolution angenommen.

Arbeiter und Regierung. Daß unsere Regierung sich voll und ganz als „Kommiss der Besthenden Klassen“, den Arbeitern gegenüber als „Anwalt der Unternehmer“ fühlt, zeigt sich einmal in der Antwort, welche der preussische Handelsminister, Herr von Berlepsch, einer Deputation des deutschen Photographen-Vereins in Sachen der Sonntagsruhe ertheilt hat. Nach Anhörung der naturgemäß einseitigen Darstellung dieser Unternehmer-Deputirten, welche um Jubiläum der Ausnahmen der §§ 105c und 105e, also ungenirt um die

was sein Herr ihm gebiete. Verstoßene Wünsche, kurze Andeutungen seines Gebieters zu erfüllen, das war sein Lebensmühen. Als wäre er nie in die Schule streberhafter Verschlagenheit gegangen, so biederherzig wußte er drein zu sehen und nach den Absichten des Allgewaltigen zu sprechen. Und so rühmte er den Segen des Handwerks und seiner harten Stimme versuchte er einen weichen Klang zu geben und gehobenen Lauts sagte er: Meine Herren, Mitarbeiter und Genossen! Es giebt keine Kulis bei uns und am allerwenigsten Tintenkuhlis. Dies Wort hat ein Zeitungschreiber erfunden, und es in herostratischer Weise in die Menge geworfen. Wie der bekannte Herostrates im Alterthum durch schmählichen Aufzug sich einen Namen machen wollte, so that jener. Und in diesem Tone ging's weiter von der Kraft und der Herrlichkeit der ernsthaften Zeitungen und der ernsthaften Zeitungschreiber und aller jener Arbeiter, die dem Beruf nahe stehen. Also es giebt keine Kulis und am allerwenigsten Tintenkuhlis. Der Herr Chefredakteur hat's gesagt, er, der als wahrheitsliebend aller Welt bekannt ist. Und er selber hat vielleicht ein armseliges Leben geführt, über dessen Widerwärtigkeiten ihn nur die aufgeblähte Eitelkeit, als bedeute es was, an der Spitze eines „angesehensten Berliner Bourgeoisblattes“ zu marschiren, getragen hat. Sich des eigenen Unermügens bewußt sein und Tag um Tag und Stunde um Stunde mühsam um seine Stelle zu kämpfen, immer in Angst, zu fallen, nach den leisesten Winken seines Herrn auszuspähen und zu ihm aufzuschauen, wie zu einem allmächtigen Fürsten, den man haßt, das ist nicht das Loos, das ich meiden möchte.

Es giebt keine Tintenkuhlis, und in derselben Zeitung, deren intimes Fest ich zu schildern versuchte, weil es typisch ist für derlei Feichte, von den Unternehmern mit dummschlauen Vorbedacht veranstaltete Arbeiterfeste ist die unumschränkte Willkür Geseh. Empörte Gemüther will man einflößen? Wie thöricht bei aller Schlaueit! Es giebt keine Tintenkuhlis, und in ein paar Monaten hat die Zeitung, von der ich rede, ihrer drei oder vier auf die Straße geworfen. Das Beispiel ist lehrreich. Man braucht dort einen Kritiker. Das Literaten-Proletariat in Berlin ist groß. Nun wird einer aus der Zahl der Laueenden und Hungernden mit einem Ruf an die Zeitung beehrt.

Erlaubnis haben, mit ihren Gehilfen den ganzen Sonntag arbeiten zu dürfen, erwiderte der Minister unter anderm, ohne auch nur anzudeuten, daß die Gehilfen doch auch erst noch zu hören seien, bevor er etwas sagen könne: „Der § 105 e muß Ihnen da jedenfalls zugebilligt werden“. Mehr als die Hälfte ihres Wunsches ist den Unternehmern damit schon erfüllt.

Es beweist dieser Vorgang wieder einmal aufs Schlagendste, daß in anderen Gewerben die Arbeiter ihre etwaige geringe Berücksichtigung keiner objektiven Betrachtung einer unparteiischen Regierung verdanken, sondern lediglich ihrem eigenen Zusammenhalten, was allein ein bewußtes Vorgehen ermöglicht. Schreiben, schreiben kann nicht der Einzelne, sondern nur die geschlossene Organisation. Die geschichtete Misachtung der Gehilfen im photographischen Gewerbe ist aber nur möglich, weil diese Herren sich im allgemeinen den Arbeitern gegenüber als „Künstler“ fühlen; sie sind noch nicht zur Erkenntnis ihrer Klassenlage durchgedrungen. Beständig muß ihnen daher von den aufgeregten Kollegen des Gewerbes ihre Lage vor Augen geführt und ihnen zugerufen werden: Organisiert Euch!

Eine Bewegung der Dienstmänner scheint in München in Fluß zu kommen. In einer Versammlung derselben wurde beschloffen, sich gegen die Institutsvorstände beschwerdeführend an das kgl. Polizeipräsidium zu wenden. Die Beschwerde resultierte sich hauptsächlich infolge des den Leuten zur Verfügung stehenden Wagens und Stanzmaterials, welches in ungenügender Zahl vorhanden sein soll, worin die Dienstmänner eine Schädigung ihrer Einnahmen erblicken.

Weiteren 56 Steuerrestanten in Burgstädt (Sachsen) ist der Besuch von Wirtschaften untersagt worden. In Summa weist also Burgstädt 80 Personen, darunter eine Anzahl Frauen auf, die durch Polizeieingriffe von dem Verkehr in öffentlichen Lokalen ausgeschlossen sind, nur weil sie in einer so jammervollen Lage sich befinden, ihre Steuern nicht entrichten zu können.

Ein sozialistischer Lehrerkongress hat, wie die „Kreuz-Zeitung“ zu ihrem größten Leidwesen mittheilt, in Haag (Holland), also direkt „unter den Augen Ihrer Majestäten der beiden Königinnen und der Regierung“ stattgefunden. Die Lehrer haben auf diesem Kongress den Grundsatz betont, daß sie außerhalb der Schule das Recht hätten, Politik zu treiben und somit derjenigen politischen Partei beitreten könnten, deren Prinzipien sie theilen. Wenn die Lehrer somit die Grundzüge der sozialdemokratischen Partei für die richtigen erachten, so könne es ihnen nicht verwehrt sein, für diese zu agitieren. — Wirklich, zu schrecklich — für die „Kreuz-Zeitung“.

Die Tabak-Fabrikationssteuer wirft ihre Schatten bereits voraus. So hat die lithographische Anstalt von Meerwald und Loberer in Schwabach bereits drei Lithographen gekündigt, weil sie befürchtet, daß ihre Spezialität durch die drohende Tabak-Fabrikationssteuer betroffen und die Anfertigung neuer Muster nicht riskieren will.

In Harburg haben sämtliche beim Theaterbau beschäftigten Maurer die Arbeit eingestellt. Die Ursache ist die, daß die Maurer in Accord arbeiten sollten, und zwar bei einem Accordlohnfuß, bei dem sie nicht einmal den gewöhnlichen Tageslohn verdienen können. Da die Maurer Harburgs schon vor längerer Zeit gegen das Accordsystem überhaupt Stellung genommen haben, so stellten, da der Unternehmer auf das Erreichen, nur in Lohn arbeiten zu lassen, nicht eingehen wollte, sämtliche 20 am Bau beschäftigte Maurer die Arbeit ein.

Die beim Bau der Zuckerrabrik in Lütz (Mecklenburg) beschäftigten Maurer haben wegen Differenzen mit dem Unternehmer heute die Arbeit eingestellt. Es wird dringend gebeten, den Zugang fernzuhalten.

Die französische Kohlenindustrie. Die Produktion von mineralischen Brennstoffen in Frankreich betrug sich im Jahre 1892 auf 29 518 860 t, hob sich also gegen 1891 um 523 967 t. Das größte Kontingent stellt das Bassin des Nord und des Pas-de-Calais, dessen Ertrag sich in 1892 auf 14 099 808 t stellte, d. h. um über eine Million mehr als in 1891. Dieses Bassin, welches zwei Abtheilungen umfaßt, ist jetzt ein ausgebreiteter im Departement Pas-de-Calais als in dem Nord, denn es erstreckte sich 9 823 894 t im letzten Jahre hervor, letzteres nur 4 875 964 t. Die Mine von Anzin sind es, welche zur Produktion des Nord das meiste beitragen.

Nächst dem Bassin Nord-Pas-de-Calais ist das der Loire das bedeutendste. Dasselbe förderte im Jahre 1892 circa 3 500 000 t, 250 000 t weniger als im Jahre 1891. Das Bergwerk des Gard ergab im vorigen Jahre über 2 000 000 t, das von Vongogne und Nivernais nahezu 2 000 000 t, das von Larn und Avennes 1 300 000 t und Vauvonnais 1 100 000 t. Die anderen sechs Kohlenbassins produzierten je 150 000 bis 800 000 t; Holzkohle liefert hauptsächlich das Bassin der Provence, dessen Produktion sich gegen 1891 verringerte; sie betrug sich auf 437 000 t.

Die Kohlenproduktion Frankreichs vertheilt sich auf 89 Departements. Trotz dieser reichen Ausbeute werden in Frankreich noch große Mengen Kohlen eingeführt.

Der Mann hat vielleicht Jahre lang ein Zigeunerdasein voll Entbehrungen geführt. Endlich winkt ihm die Hoffnung, zu leben, die Luft, sich bethätigen zu dürfen. Er thut, was seines Amtes ist. Er müht sich ehrlich, zu behaupten, was ihm zugesagt war. Aber er hat einseitig nur Pflichten übernommen, und kein Recht wurde ihm zu theil. Er wird entlassen, nach acht Tagen, wenn's dem Anklagenden Chef beliebt; und so geht's einem, wie dem anderen. Wenn das Kunststück dem Brotgeber nicht paßt: hinaus mit dem ungeberdigen Burschen! Wenn er nicht Brillanteres schreiben kann, für fünf Pfennige die Zeile: hinaus mit dem vordringlichen Menschen. Und keine Kasse kümmert sich um den Kuli, der nach knapp vierzehntägiger Sicherheit wieder Zigeuner wird. Man raubt ihm vielleicht keinen moralischen Nuth, wenn er nicht selber ein trotziger Keck ist: man schädigt ihn mittelstlos, denn der Mann, den man so rasch fortjagt, muß doch wohl unbrauchbar sein. Aber, was thut's, es kommen andere Anklis, und zähneknirschend, wenn sie das Zähneknirschen noch nicht verlernt haben, fügen sie sich den grausamen Bedingungen der wohlhabenden, großen Zeitung, des privilegierten Leibblatts der guten Berliner Bourgeoisie und einer kaufmännischen Welt, die ihre Gehilfen ebenso brutal behandelt. Von einem reichen Emporkömmling, der in Dresden einen Zeitungsverlag erwarb, wird erzählt, er habe einmal einen Freund in seine Redaktion geführt und ihm die Redakteure, darunter auch ältere Männer, vorgestellt: „Dies sind meine jungen Leute.“

„Unsere jungen Leute!“ Das ist auch der Witz der Berliner Kaufmannschaft, die ihre Kommiss zuerst zu proletarischen weiß und dann heuchlerisch und frömmelnd ausruft: Ach, unsere jungen Leute haben ja doch kein Familienleben, wir entziehen sie also der Familie nicht, wenn wir sie bis zehn Uhr Nachts beschäftigen. Das ist ihnen bedürftlich, denn sie brauchen kein Geld in den Abendstunden für ihr Amüsement auszugeben und dann ist ihre Moral auch nicht gefährdet. Händisch wie diese Welt, so händisch ist ihre Presse. Alpha.

Achtung, Schneider und Schneiderinnen! Die nächste Verbandsversammlung tagt am Montag, den 27. November, Abends 8 1/2 Uhr, in den Gravelleischen Bierhallen, Kommandantenstraße 77/79, in der Kollege U. Pfeiffer referirt über das Thema: „Die Verhältnisse der Schneider in Schlesien und Posen und die Ergebnisse auf meiner Agitationstour nach dort“. Einmal wegen des interessanten Themas, dann auch wegen der stattfindenden Neuwahl der Ortsverwaltung, ist es Pflicht der Kollegen und Kolleginnen, zahlreich zu erscheinen. Nichtmitglieder sind willkommen.

Die Ortsverwaltung.

Villige Arbeitskraft her! Von der Leipziger Volkssämmerei war bekannt worden, daß den Arbeiterfrauen gekündigt werden sollte.

So hatten sich am letzten Montag ungefähr 100 Menschen vor der Fabrik angeammelt, als der Herr Brandmeister und andere Meister vor die Thüre traten mit dem Bescheid, daß nur junge Leute von 16 bis 19 Jahren angestellt würden und die übrigen sich ruhig entfernen könnten. Ungefähr 30 junge Leute wurden angestellt, und alle verheirateten Männer und solche Leute, die von den Soldaten losgekommen waren, mußten abziehen. Wie zum Hohn wird den Frauen, deren Entlassung bevorsteht, auch noch zugemuthet, die Neueingestellten anzulernen. Mit welcher bitteren Gefühlen müssen diese armen Frauen, von denen manche vielleicht jahrelang ihrem „Brotgeber“ gedient, gegen diesen erfüllt werden, da sie jetzt, kurz vor Weihnachten, dem „Heil der Liebe“, aufs Pfaster geworfen werden. Aber — macht nichts, es sind doch die Sozialdemokraten, welche die Unfriedenheit schüren.“

Arbeiterfürsorge für Handindustrie. Der Fabrikinspektor der freien Stadt Hamburg befragt in seinem kürzlich erschienenen Bericht für das Jahr 1892, daß die Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen der Handindustrie neue Nahrung geben. Die ungemessene, nicht beschränkte Arbeitszeit, sowie der Wegfall der Kosten für Kronen-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung, wie die Handindustrie es ermöglicht, bewegen viele Unternehmer, unter welchen die großen Herren-Arbeiterhandlungen speziell genannt werden, alle Massenartikel außer dem Hause anfertigen zu lassen.

Wenn der Herr Fabrikinspektor deshalb, weil das Gesetz lächerlich ist, sein Bestehen überhaupt befragt, so müssen wir im Gegentheil die Ungültigkeit des Gesetzes bedauern und für dessen Erweiterung eintreten, also Ausdehnung auf die Handindustrie.

Opfer der Arbeit. Nach dem Bericht des Bundesverkehrsamts der Vereinigten Staaten von Nordamerika sind im Jahre 1892 2354 Eisenbahnbedienstete getödtet und 28 267 verletzt worden.

Arbeitslosen-Statistiken gehören jedenfalls zu den hervorragendsten Mitteln, die wahre Lage der arbeitenden Bevölkerung zu ergründen, ziffermäßig festzustellen, welche riesige Dimensionen die Arbeitslosigkeit angenommen. Trotzdem aber oder gerade weil dies der Fall, haben es unsere Behörden bisher gescheitlich vermieden, diesen wichtigen Theil der Sozialstatistik zu pflegen. Das Wenige, was nach dieser Richtung hin in Deutschland geschehen, ist der privaten Initiative der Arbeiterklasse selbst zu danken. Das Leipziger Gewerkschaftsblatt hat nun durch Einreichung einer Petition an den Leipziger Rath den Versuch gemacht, diesen zur Vornahme einer Arbeitslosen-Statistik zu veranlassen. In der Petition wird betont, daß zu einer erfolgreichen Durchführung der Statistik die privaten Mittel nicht genügen. Da die Eingabe beim Rath günstige Aufnahme finden wird, bleibt dahingestellt; es ist sogar sehr zu bezweifeln, denn die herrschende Klasse fürchtet sich, die Wirkungen ihrer „Ordnung“ und sei es auch nur in Zahlen, vor Augen geführt zu sehen.

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht. Kammer III. Vorsitzender: Assessor Cuno. Sitzung vom 17. November. Eine „Keilerei“ war die Ursache, daß der Maurermeister Ohrt an einem schönen Morgen eine ganze Bauarbeiterkolonne in „die Budile“ dirigirte, den Leuten Buch und Karte aushändigte und alle als entlassen bezeichnete, die „mitgehauen“ hatten. Der sich neubildenden Kolonne wurde ein neuer „Führer“ gegeben, während der bisherige „den Zweiten“ machen sollte. Dieser war damit nicht einverstanden und wurde wegen unrechtmäßiger Entlassung klagbar. Ihm schlossen sich noch drei Bauarbeiter an, welche sich ebenfalls für unrechtmäßig entlassen hielten. Betreffs des Kolonnenführers Dr. wurde durch Eidesleistung eines Zeugen vom Gerichtshof als erwiesen angenommen, daß mit ihm die Kündigung ausgesprochen war, und er verließ deshalb der Abweisung. Der Abgewiesene hatte behauptet, er wisse nichts davon, daß ihm gesagt sei (Betundung des betr. Zeugen), er habe keinen Anspruch auf Kündigung und solle ein Gleiches mit den Arbeitern seiner Kolonne ausmachen; darum habe er auch mit seinem derselben die Kündigung ausgesprochen. Die Bauarbeiter M. und St. wurden gleichfalls abgewiesen; ein Zeuge hatte beschworen, sie seien zum Weiterarbeiten aufgefordert worden. Die Verhandlung der vierten Sache mußte vertagt werden, weil die Vernehmung des „neuen“ Kolonnenführers sich als notwendig erwies.

Kammer VIII. Sitzung vom 18. November. An die Brust gepoßt und rausgeschmissen hatte der Beklagte Neumann den gegen ihn klagenden Herrn Gall, was er durch Zahlung von 80 M. Schmerzensgeld bühnen mußte.

Der Vater Fiddling sollte seinem Arbeitgeber, dem Apotheker Ehrenfeld, den Nachweis über seine täglichen Leistungen liefern; er lehnte das aber ab, in der Stimmung, es gehöre nicht zu den Obliegenheiten, zu denen ihm seine Stellung verpflichtete. Der Chef war anderer Ansicht und entließ ihn. Die Folge beider Erscheinungen vor den Schranken des Gewerbegerichts. Der Gerichtshof urtheilt nicht wie der vorläufige Apotheker; letzterer wurde von Rechts wegen verpflichtet, 47 M. an den Kläger Fiddling zu zahlen.

Der Setzer Gompert klagt gegen den Druckereibesitzer Streiland, er verlangt die bekannte Lohnentschädigung. Durch den Faktor Desselbarth „auf Aushilfe“ engagirt, ohne daß die Kündigung ausgesprochen wurde, hielt er sich zu einer Forderung von 29,90 M. berechtigt, als er infolge seiner sofortigen, d. h. ohne vorherige Kündigung erfolgten Entlassung acht Tage arbeitslos war. Trotz des bestimmten Hinweises des Vorstehenden auf frühere Entschuldigungen des Gerichtes, nach welchen ein Engagement auf Aushilfe keinen Kündigungsausschluß in sich faßt, blieb der geeskundige Faktor, als Zeuge vernommen, dabei, daß er die „Buchdrucker-Bestimmungen“ ganz genau kenne, Aushilfe sei gleichbedeutend mit Ausschluß der Kündigung, er habe aber ein Jahr „auf Aushilfe“ einmal gearbeitet und „ganz gut gewußt“, daß er jederzeit ohne besondere Abmachung entlassen werden konnte. Der Beklagte verstand sich dazu, 20 M. freiwillig zu geben, worauf der Kläger einging.

Sitzung vom 23. November. Kammer III. Vorsitzender: Assessor Cuno.

Aufständigen Lohn beanspruchen drei Maler von der Firma M. (Marie) Karius. Herr Karius, Maurermeister, will als Vertreter der Firma M. Karius nicht zahlen. Diefelbe, sei meinte er, garnicht Arbeitgeberin der Kläger gewesen, diese hätten von ihr keinen Auftrag erhalten. Die Arbeit für die sie noch Geld glauben beanspruchen zu dürfen, sei von der Beklagten an den Malermeister Wergad vergeben worden, in Raten hätte dieser je bezahlt erhalten. Wergad, als Zeuge vernommen, konstatiert, schon

mehrere Male für Karius Malerarbeiten ausgeführt zu haben. Das letzte Mal, behauptete er, hätte er dem Maurermeister vor Uebernahme der Arbeit gleich gesagt, daß es mit ihm „schlecht stehe“ und daß Karius stets für die Löhne sorgen müsse, womit sich derselbe einverstanden erklärt habe. Er, Wergad, habe wegen seiner Zahlungsunfähigkeit kein Gehalt bekommen können, Karius habe es schließlich besorgt; auch seien von diesem Farben u. bezahlt worden. Zeuge habe sich als Polier betrachtet. Der Beklagte oder vielmehr Vertreter der belangten Firma Marie Karius legt dem Gerichtshof einen Vertrag vor, den er, wie sich herausstellt, erst mehrere Wochen nach Beginn der in Betracht kommenden Arbeit mit W. geschlossen hat und in welchem er sich verpflichtet, dem Benannten „je nach Fortschreiten der Arbeiten“ die vereinbarte Gesamtsumme in Raten anzuzahlen. Auf Grund dieses Vertrages hatte sich der Beklagte berechtigt gehalten, einige Wochen vor der voraussichtlichen Fertigstellung der Arbeiten Wergad kein Geld mehr zu geben, wovon die Folge war, daß auch die Kläger bei der Mittellosigkeit des Zeugen W. nichts erhielten. Natürlich arbeiteten sie nicht weiter. — Urtheil: Das Gericht habe angenommen, daß die Zahlungsunfähigkeit des Malermeisters Wergad dem Beklagten bekannt war und daß jener nur „zwischen geschoben“ wurde; ferner, daß die sogenannten Ratenzahlungen trotz des beinahe kurz vor Fertigstellung der fraglichen Arbeiten geschlossenen Unternehmervertrages thatsächlich nur Lohnzahlungen waren und daß, wenn nicht juristisch, so doch wirtschaftlich gerechnet, die Kläger bei der Firma M. Karius arbeiteten. Diefelbe sei darum zu verurtheilen, 24,30 M., 30 M. und 44,40 M. an die Kläger zu zahlen.

Vermischtes.

Der Rubel auf Reisen? Die „Kreuz-Zeitung“ schrieb in ihrer Freitagnummer:

In dem Pariser „Journal“ vom 15. November findet sich ein Artikel von Edmond le Roy: „Rodefort und die Alliance Franco-Russe“, der uns den Nachweis bringen will, daß Rodefort das unsterbliche Verdienst habe, den Zaren und die russische Diplomatie für die französische Allianz gewonnen zu haben. In Frankreich aber sei es von ausschlaggebender Bedeutung geworden, daß nach einem Frühstück, an welchem Boulanger, Rodefort, Millevoye und Rodefort von französischer Seite, Herr Gyon von russischer Seite theilnahmen, Rodefort sich bereit fand, seine Opposition gegen Russland fallen zu lassen. Dies bedeutungsvolle Ereigniß habe im Dezember 1887 stattgefunden. Herr le Roy erzählt den Hergang aus dem Munde Gyon's und wir hätten von diesen intern gallo-moskowitzischen Dingen keine Notiz genommen, wenn nicht Herr Gyon beiläufig auch die folgende Bemerkung hätte mit unterlaufen lassen:

„In einem Buche, das ich gerade vorbereitet, werde ich beweisen, daß die Anschuldigungen der deutschen Presse (das nämlich Russland die französischen Blätter bestochen habe, um die Allianz zu stände zu bringen) ganz unwahr sind. Gleichzeitig werde ich von der „Allgemeinen Reichs-Korrespondenz“ und von der „Zukunft“ reden, die dem Reptile Harden gehört, und werde beweisen, daß jene Blätter nicht so unabhängig von der russischen Regierung sind.“

Nun, Herr Gyon muß das wissen, und wir warten mit Spannung auf seine Mittheilungen. Vielleicht erklären sie uns allerlei merkwürdige Eigenheiten der „Reichskorrespondenz“ wie der „Zukunft“, vielleicht auch die Gründe, welche Herrn Harden zu seiner jüngsten Petersburger Reise veranlaßt haben. Und dafür würden wir aufrichtig dankbar sein.

Gemeinsame Schulen für die Jugend beider Geschlechter sind im Interesse der Sittlichkeit und der intellektuellen Entwicklung seit langem schon von den tüchtigsten Pädagogen befürwortet worden; und in Amerika ist der Gedanke auch bereits zum großen Theile verwirklicht — und zwar mit glänzendem Erfolge. In Deutschland sträubt sich noch der bekannte chinefische Nationalstolz. Nicht so philistinerhaft ist man in der Schweiz. So wird der „Frankfurter Zeitung“ unterm 17. d. aus Bern geschrieben:

Der Gemeinderath der hiesigen Stadt hat die Bewilligung ertheilt, Mädchen ins städtische Gymnasium unter denselben gesetzlichen Promotionsbedingungen wie Knaben aufzunehmen. Ferner verlangt der Gemeinderath, daß der Unterricht für beide Geschlechter gemeinsam ertheilt werde, ein besonderer Unterricht für Mädchen also ausgeschlossen sei. Zu den Klassen des Progymnasiums werden Mädchen nicht zugelassen. Die Aufnahmeprüfung für das Gymnasium soll den Anzeiger darüber liefern, ob die betreffenden Mädchen die nöthige Befähigung besitzen, um später die Maturität bestehen und mit Erfolg einen wissenschaftlichen Beruf erlernen zu können. Die Berner Hochschule ist dem weiblichen Geschlecht bereits geöffnet. Man hält das Zusammenarbeiten von Jünglingen und Mädchen im Gymnasium nach den guten Erfahrungen, die man mit den gemischten Klassen in den oberen Jahrgängen der Primarschule gemacht hat, für durchführbar.

Briefkasten der Redaktion.

Vertrauensmann Trier. 1. Es darf ein Hausierer keineswegs behindert werden, auch ein stehendes Geschäft zu betreiben oder in solchem thätig zu sein. Wenden Sie sich beschwerdeführend über die erfolgte Behinderung an die höhere Polizeibehörde mit dem Antrag, den Polizeibeamten zu rektifizieren und ihm für die Zukunft zu unterlagen, Sie zu behindern. 2. In Preußen können außerhalb der Wahlzeit, in welcher bekanntlich die Verbreitung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken eine völlig unbehinderte ist, Flugblätter jeder Art unentgeltlich in Wohnungen und geschlossenen Räumen verbreitet werden. Dagegen ist polizeiliche Genehmigung erforderlich, um „Bekanntmachungen, Plakate oder Aufrufe“ auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder anderen öffentlichen Orten zu verbreiten. Zeitungen können also überall unbehindert, Flugblätter im allgemeinen nur in Wohnungen und geschlossenen Räumen verbreitet werden. Darüber, ob Restaurationslokale „öffentliche Orte“ im obigen Sinne sind, schwankt die Judikatur. Zur Zeit scheint der uns günstigere, an sich allein richtige Standpunkt von den höheren Gerichten eingenommen zu werden, daß in Wirtschaftshäusern die Verbreitung zulässig ist. Indes — Judikatur wechselt wie Aprilwetter.

Obel. Der Amtsvorsteher befindet sich im Recht. Eine Abonnentin. Bei der Reichsbank.

Mehrere Parteigenossen Brihwalk. Und ist von einer Angelegenheit zu nichts bekannt.

Preis-Krankenkasse der Gastwirthe. Ihr Eingekandt kann nur als Inzerat aufgenommen werden.

M. S. Die Höhe der Gefinde-Vermietungsgebühr hängt von der Verabredung ab. W. Zum dritten Male: Redner unterstehen der Gewerbeordnung nicht der Gefinde-Ordnung. Paul L. Die Polizei hat kein Recht, Mitglieder zu streichen. Beschmutzt sie danach ihre Listen, so ist das für die Mitglieder und für den Verein gleichgültig und geht diese nichts an. Ueberberg. Sobald die Ordnung darunter nicht leidet, ja. Buchdrucker. Sie müssen die Wohnung gemeinsam miethen: dann haben alle, sonst selbständig über 24 Jahre alte Familienmitglieder, das Wahlrecht.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.
Berlin SW., Genthstr. 2.

Sieben ist erschienen und empfehlen wir zur Anschaffung:

Ferd. Lassalle's Reden und Schriften.

Band III. (Schlußband)
unserer neuen Gesamt-Ausgabe.

Herausgegeben
von
Eduard Bernstein, London.

Mit einer kritisch-biographischen Einleitung: „Lassalle und seine Bedeutung für die Sozialdemokratie“, sowie mit Vorbemerkungen und kritischen Randnoten versehen. Der erste Band enthält das Stahlstich-Portrait Lassalle's.

Das ganze Werk liegt nunmehr komplett vor und ist zu beziehen:

Band I.: geb. Mk. 2,50; in Leinen gebunden Mk. 3,—
— in Halbfranz gebunden (Leinwandgebunden) „ 4,—
Band II.: geb. Mk. 4,—; in Leinen gebunden „ 4,50
— in Halbfranz gebunden (Leinwandgebunden) „ 5,50
Band III.: geb. Mk. 3,50; in Leinen gebunden „ 4,—
— in Halbfranz gebunden (Leinwandgebunden) „ 5,—

oder auch in 50 Lieferungen à 20 Pfennige.

Jede Buchhandlung, sowie Kolporteurs und Zeitungs-
pediteure nehmen Bestellungen entgegen.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Nur-Bade-Anstalt und Massage von H. Mania, Brunnenstr. 16.

Dampf- und Heißluft-Badständer, Wannen- und medizinische Bäder.
Fuß-, Arm- und einzelne Glieder-Bäder
ohne den ganzen Körper zu strapazieren. Lieferant und Massieur sämtlicher
Orts-Krankenkassen und freien Hilfskassen. 49769*

Dienstag und Freitag von 1 Uhr ab nur für Damen.
Die Bäder nur für Massage ist Lührstraße 46, 4 bis 5 1/2 Uhr.

Grosse Ersparnis an Zeit und Geld. Dr. THOMPSON'S Seifen-Pulver.



Anerkannt vorzüglichstes
Wasch- und Bleich-Mittel.

Man fordere direct

in allen besseren Seifen-, Drogen- u. Colonial-
waren-Handlungen das

Schutz-Marko. **Dr. Thompson's Seifenpulver**
und achte genau auf die Schutzmarke „Schwan“, da minder-
wertige Nachahmungen in neuerer Zeit besonders unter der Be-
zeichnung „Seifenextract“ angeboten werden. [481M
Preis pro 1/2 Pfund-Packet = 20 Pfennige.

Mit Vertrauen

wende man sich zur beginnenden Winterfaison wie bisher an den
Arbeiterfreund, Siegfried Bornstein,

201 Oranienstraße 201,

und überzeuge sich von der Leistungsfähigkeit dieses Weltgeschäfts für Herren-
und Knaben-Garderobe. Billigste Bezugsquelle. 10 000 Winter-Paletots,
schneidig, bester Stoff, von 8 Mk. an, elegante Salon- u. Promenaden-
Anzüge von 10,50 Mk., Schlafrode, Hohenollern-Mäntel und
Schuwaloffs enorm billig. Ueberzeugung bringt Wahrheit. Reparaturen
an von mir gekaufte Sachen werden jederzeit gratis bei mir gemacht.
Barterre, erste und zweite Etage. Abends Tagesbeleuchtung. Beste Be-
dienung zugesichert. Fahrt vergütet.

Zum Arbeiterfreund,

201 Oranienstraße 201.

Bitte genau auf Hausnummer zu achten. 4987L*

1000 fache Erleichterung!
fache Anerkennungen!
Sämtliche Haus- und Küchengeräte

werden schnell und leicht peinlichst sauber
durch Anwendung

von **Schweizer-Seife**

„Katze im Kessel“ Entfernt
Rost und Flecken aus allen
Gegenständen.

Pro Stück, ca. 180 Gr., 15 Pfg.,
erhältlich in allen

Drogen-, Colonialw. u. Seifengeschäften

Ausschließliche Fabrikanten
Lubszynski & Co., Berlin C. 51202*

Bestes Geschäft im Großen Berlin.
am Gendarmen-Platz
N., 198 Brunnen-Strasse 198.

Größtes Lager
Goldwaren-Fabrik von C. Lützow,
immer noch wie bisher
wegen geringen Kosten und Erparnis der hohen Lebenshaltung in der
Krone- und Korallenwaren. Sämtliche Artikel kolossal billig
Ketten, geflechtet gefertigt nach dem besten Fabrikations-
goldenen Damen- und Herren-Uhren, silberne Doppelketten, goldene
von Lützen, Silber- und Alu-Mäntel, Alu- und Silber-waren, silberne sowie

Das
der Neuzeit ent-
sprechend eingerichtete, seit
16 Jahren bestehende, große

Uhren- und Goldwaaren- Lager

von
Max Busse
Brunnenstr. 175

neben der Invalidenstrasse
Pferdebahn-Haltestelle

empfehlen:
Uhren jeden Genres, Broches,
Ohrringe, Armbänder, Hals-
ketten, Medaillons, Perle,
Ehrlinien, Stulpenknöpfe

u. f. w. in massiv Gold,
Silber, Doublegold, Granaten
und Korallen.

Größte Auswahl
in
Ringen.

Massiv goldene Ketten,
geflechtet gestempelt, nach Gewicht bei
niedrigster Fabrikation.

Echte Brillanten,
Türkisen,
sowie Edelsteine aller Art.

Rheinisches und Similt's.
Lafelgeräte, Bowlen, Besten's

Brautkränze
in Silber und Alu-Metalle.
Die geschmackvollsten Muster sind
stets am Lager. Der bedeutende Um-
satz ermöglicht den Verkauf zu Fabrik-
preisen. 4893L*

Eigene Fabrikation.
Gr. Werkstatt für Reparaturen.

Max Busse
Uhrmacher und Juwelier
Brunnenstraße 175

neben der Invalidenstrasse
Pferdebahn-Haltestelle.

Früher
Invalidenstrasse 157,
neben der Markthalle.

Ethische Gesellschaft.

Sonntag, den 26. November (Totensonntag),
im Schweizer-Garten, am Friedrichshain:

Grosser geselliger Abend

verbunden mit Konzert, Theater und Vortrag.

Um 6 Uhr: Vortrag des Herrn **Manasse** über: „Unsere Toten.“

Hierauf:

Ein Schritt zum Ziele.

Schauspiel mit Gesang in 3 Akten von Heinrich Friedrich. Die dazu gehörigen
Gesänge werden vom Gesangsverein „Vorwärts“ ausgeführt.

Billets à 20 Pf. sind zu haben bei Radatz, Eisenerstr. 11; Donath,
Saarbrückerstr. 11; Müschke, Alte Jakobstr. 1, v. 8 Tr.; Wilde, Greifswalder-
straße 97; Dennert, Raunauerstr. 11a v. 8 Tr.; Wiessner, Pringenerstr. 23.

An der Kasse findet ein Billeterkauf nicht statt. 149/10

Geste Preise.



Reisner's

weltbekanntes Garderobenhaus

Friedrichstr. 244

6 Häuser vom Selt-Allianceplatz.

15000 Paletots v. 6-25 Mk.

12000 engl. Anzüge 8-28 „

14000 Kammgänge 10-33 „

8000 Hojen- u. Westen 3-12 „

6000 Schlafrode 6-20 „

Sonntags bis 2 Uhr geöffnet.

Strengste Redlichkeit.

Roh-Tabak.

Das reich sortierte Lager in allen in-
und ausländischen Roh-tabaken und in
allen Preislagen empfiehlt

W. Lindenstaedt,

179 Brunnen-Strasse 179.

48 Landsbergerstrasse 48.

Zurückgeschickte

Teppiche

mit kleinen Webefeldern

verkauft jetzt auch an Private

à 5, 8, 12, 15, 25, 40-100 Mk.

Entzückende in Gardinen!

Neuheiten Tischdecken, Reisdecken, Ge-
legenheitskauf in abgepaßten
Portieren. 5151L*

Teppich-Fabrik **Emil Lefèvre,**

Berlin S., Oranienstr. 153.

1893er Pracht-Katalog

mit buntfarbig. Teppich-Illustrat.

in künstlerisch. Ausführung, welcher
auf Wunsch gratis u. franko erfolgt.

NB. Vereinen Rabatt. Versandt
gewissenhaft gegen Nachnahme.



Billigster Detailverkauf für deutsche u.
engl. eiserne Bettstellen u. Matratzen,
Fabrik mit Dampftrieb.

E. Sass. Detailverkauf nur Köpfe-
niederstr. 127, Hof pl.
Illustr. Preisliste gratis und franko

Achtung! Kein Laden.

Kontroll-Marko.

Nur eigene Fabrikation, 25 Zigaretten

1 Mark. Garantie rein amerikanische

Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg

8561L **H. F. Dinslage,**

Rottbuserstr. 4, Hof part.

!! Roh-Tabak !!

Sämtliche in- u. ausländische Sorten

gute Qualität, tadelloser Brand, in

billigster Preislage, empfiehlt

Max Flatauer, Roh-tabak-
Handlung.

Landsbergerstrasse 72.

Weißbierbrauerei Albert Bier,

begründet 1792,

Berlin O., Stralauerstrasse 3-6,

Bernspracher: Amt V, 1056,

empfehlen

feinestes Tafel-Weißbier,

Brauerei-Abzug.

80 halbe oder 15 ganze Liter-
flaschen für 8 Mark.

Eigene Ausschanklokale:

1) Stralauerstr. 3-6, Telefon

W. Witta, 50838*

2) Friedrichstr. 89, Ecke Rosmar-

inistr., Telefon F. Kowalk.

3) Weinmeisterstr. 18, Restaurant

Sidenbach, Def. J. Brookmann.

Steinmehlfabrik 40,

Ecke Grob- u. Oranienstrasse.



5184L*

Nur Güte mit Kontrollmarken.

Grosse Auswahl in Schirmon.

W. Wolff.

Freunden und Bekannten empfehle
mein Lager in 5177L*

Roh-Tabak

aller in- u. ausländischer Sorten

in guter Auswahl zu billigsten

Preisen.

H. Herholz Berlin N.,
Brunnen-
strasse 188.

Geschäftsaufgabe wegen Todesfall.

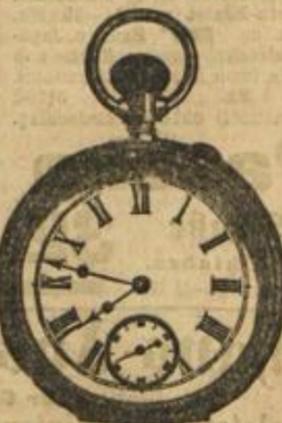
Billigste Preise. Ausverkauf **Oberhemden,** Kragen, Manschetten,
von gut sitzenden, fertiger Wäsche.

Erikotagen - Parahend - Flanel - Unterröde

Matratzen - Keilkissen 6192L*

H. Wessling vorm. **G. E. Matros,**

Berlin SO., Dresdenerstrasse 134, Rottbuser Platz.



G. Scharnow Uhren- und Goldwaaren-Fabrik

Berlin S.,

Oranienstr. 152, am Moritzplatz.

2. Geschäft:

Oranienstr. 47a, Ecke Ludauerstrasse,

besteht seit 1860. Anerk. beste Bezugsquelle

Rickel-Remontoir-Uhren von 10-15 Mk.

Silberne Remontoir-Uhren v. 17 Mk. an

Goldene Damen-Uhren v. 20 Mk. an

do. Anker-Herren-Re-

montoir-Uhren v. 50 Mk. an

Regulateure v. 8 Mk. an

do. in poliertem Auf-

baum-Gehäuse, ca. 1 Mk.

lang. 14 Tage gehend, v. 14 Mk. an

Wieder-Uhren in verschied.

Mustern v. 8,50 Mk. an

Für jede bei mir gekaufte Uhr übernehme eine schriftliche Garantie bis zu

fünf Jahren. 4905L*

Uhren u. Goldwaaren zu Originalfabrikpreisen.

Bitte genau auf die alte Firma Oranienstrasse 152 zu achten.

Möbelfabrik und -Lager
 der vereinigten Tischler- und Tapeziermeister
Bock, Zimmermann & O. Allmer,
 50., Reichenbergerstraße 47.

Wir fertigen und liefern sämtliche Möbel ganz bedeutend billiger, als irgend ein Händler oder Magazin. Für die von uns gelieferten Möbel leisten wir Garantie. **Jeder Auftrag, ob groß oder klein, wird von uns grundsätzlich streng reell und gewissenhaft ausgeführt. Unsere Preise sind äußerst billig — aber fest. Netto Kasse. — Kein Handel.**

Direkt in unseren Tischler- und Tapezierwerkstätten sind Einrichtungen von den einfachsten bis zu den elegantesten stets am Lager. Kein Ladengeschäft. Da wir langjährige Lieferant in großer hiesiger Möbelgeschäfte waren, sind wir im Stande, das geehrte Publikum in jeder Weise zu befriedigen.

Keine Scheinwerkstätten. Unsere Werkstätten stehen dem Publikum zu jeder Zeit zur Ansicht offen. **Sonntags geöffnet von 8-10 und von 12-2 Uhr.**

Fernsprecher Amt IV No. 478. 51838*

Neu eröffnet!

Prämiert in Chicago 1893 mit dem
Ersten Preis (große Medaille).

Seelig's Feinste Kaffee-Essenz
 (Stern-Marke)
 ist das sparsamste u. billigste
Kaffee-Surrogat.

1/2 Loth Kaffee u. 1 Messerspitze dieser
 Essenz ist gleich 1 Loth Kaffee. Seelig's
 Kaffee-Essenz giebt dem Getränk den feinsten
 Kocca-Geschmack und macht den Kaffee voll und kräftig.
 Käuflich in allen besseren Droguen- und Colonialwaaren-Ge-
 schäften (1/2 u. B. Büchsen 30 A, 1/2 u. B. Büchsen 60 A).

En gros-Lager bei Goeldner & Boissier
 Berlin W., Wöhlertstr. 16. Fernsprecher III, 2402.

Vereins-Brauerei Rixdorf.

Das **Lagerbier** der Vereinsbrauerei ist
 das **malzreichste Berliner Lagerbier**, Stamm-
 wärze **14,26 pCt.**

„Berliner Kind'l“
 Stammwärze **14,78 pCt.**, also malzreicher
 wie die echten Pilsener Biere.

„Spalter-Bräu“
 Stammwärze **15,81 pCt.**, mithin malzreicher
 wie die echten Münchener Biere.

Der Gehalt der Biere ist festgestellt und wird dauernd kon-
 trolliert durch den vereidigten Gerichts-Chemiker Herr Dr. Bischoff.

Der Schützen gel!!
 D. R. P. 71 123.



Preis 3 und 4 Mark,
 macht es den Kindern unmöglich,
 das Fenster zu öffnen und ver-
 hindert das Hinausfallen der
 Kinder aus offenkundigen Fenstern.
 Gegen Einfindung von 3,50 M. resp.
 4,50 M. franko bei 56/20
 L. Littauer, Berlin, Landbergerstr. 25.
 Prospekt gratis und franko.

Vorzüglich in allen Eisenwarenhandlungen.
 In jedem Fenster leicht anzubringen.

KAFFEE

Herm. Otto Caesan
 Cöln a. Rhein


 Eingetr. Schutzmarke.

Verkaufspreise
 M. 1,60, 1,80, 2,—
 pr. 1/2 Kilo.

Verkaufspreise
 M. 1,60, 1,80, 2,—
 pr. 1/2 Kilo.

Erste Dampf-Kaffee-Rösterei.
 Direkter Import.
Unerreicht an Kraft und Aroma.
 Generalvertreter für Berlin: Oscar Gerber, Jahnstr. 10.

Zu haben in allen besseren hies. Detailgeschäften.
 Zu haben in allen besseren hies. Detailgeschäften.

Einen grossen Reinfall

haben meistens diejenigen, die sich durch große Inserate und über-
 schwänglich verlockende Anpreisungen einzelner Firmen verleiten lassen,
 Cigarren und Cigaretten, welche größtenteils aus Kalkulation, Konkurrenz-
 massen etc. herrühren, infolge dessen nur Nuschwaare bilden, dort zu kaufen.
**Die wirklich reellste, billigste und beste Einkaufsquelle für
 reguläre Cigarren und Cigaretten ist das rühmlichst bekannte
 Versandhaus von Ewald Nitter, Berlin O., Andreasstr. 67**
 und wird sich ein Jeder durch einen Versuch davon überzeugen. 5169L*
 Versand von 100 Stück an (bei Bestellung genügt nur Angabe des
 anzulegenden Preises) pr. Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages:
 Cigarren pr. 100 Stück von 2,00, 2,50, 3,00, 3,50, 4,00, 4,50, 5,00, 5,50, 6,00
 bis 30 M. u. Präsent-Cigarren u. Strappen v. 1 M. in hochfeinsten Qualität.
 Prospekt gratis und franko.

E. R. Wünsche
**Stempel-
 u. Schablonen-Fabrik,
 Gravir-Anstalt.**
 126 Invalidenstr. 126.
 Für Vereine Ermäßigung.

H. Richter, Optiker,
 Berlin, C. Spittelmarkt, (Waldstr. 1)
 und Weinbergsweg 15b, nahe am
 Rosenthaler Thor.
 Anerkannt beste und billigste Be-
 zugsquelle aller optischen Artikel.

Rathenower
Alumgold-Brillen und
Pincenez,
 garant. nie schwarz werd. M. 2,50
 Nickelbrillen u. Pincenez „ 1,50
 so. allerfeinste Qualität „ 2,—
 Rathenower Stahlbrillen „ 1,—
 Alles mit den besten Rathenower
 Krystallgläsern I. Qual. versehen.
 Operngläser, rein achromat. M. 6.
 Neu! Richter's Opera- u. Reiseglas

„Excelsior“
 inkl. Lederetui u. Riemen M. 12,
 übertrifft alles bisher Gebotene.
 Prompter Versandt nach außer-
 halb gegen vorherige Einfindung
 oder Nachnahme.
 Genaueste Fachkenntnis.
 Eigene Werkstatt. 3545L
 Bitte genau auf Straße und
 Nummer zu achten, um sich vor
 wertlosen Nachahmungen und
 Täuschung zu schützen.
 Sonntags v. 9-10, 12-2 geöffnet.

Musik-

Instrumente wie Zithern, Geigen, Gitarren,
 Mandolinon u. s. w. Grösstes Lager Harmonikas
 jeder Grösse. Spieldosen zum Drehen und
 selbstspiellend (alle mit Arbeiter-Liedern), Schweizer Werke.
 Herophons, Aristons u. s. w. 5165L

Lausitzerstr. 51, Aug. Kessler, Lausitzerstr. 51.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,
 Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz

Kinderwagen,
 größtes Lager Berlins. Muster-
 höher gratis. Theilzahlung
 gestattet. 500 Mark zahlte
 ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte
 Kinderwagen-Lager Berlins habe. F. Metzner.

Halbe Preise!

Winter-Paletots.

Um das kolossale Rieselager in Winter-Paletots schleunigst
 zu räumen: Großer Massenausverkauf zu halben Preisen.
 10 000 Herbst- u. Winter-Paletots in entzückender Pracht u.
 Güte, sonst 30, 65 M., jetzt 8, 10, 12, 15, 25 Mk. 12 000 elegante,
 schnelle Jaquet- und Rock-Anzüge (darunter die feinsten Kammgarn-,
 Gesellschafts- und Braut-Anzüge), jetzt 8, 10, 12, 15 bis 30 Mk.
 4000 Pelzerinnen- und Hohenzollern-Mäntel von 14-36 Mk.
 6000 Hosen u. Westen von 1 1/2 Mk. an. Haus- u. Jagd-
 Jeppen von 4 Mk. an. 5000 Schlafröcke, einzelne Röcke und
 Jaquets, 8000 Knaben- u. Burschen-Paletots, sowie Anzüge halb umsonst.
 3000 Knaben-Pelzerinnen-Mäntel von 4 Mk. an. 51992

Bestellungen nach Maass gut und schnell ohne Preisaufschlag.

Kleider-Pascha
32, Rosenthaler Straße 32,
 Ecke Sophienstraße, Eckladen.
 Sonntags geöffnet von 7-10 und 12-2 Uhr.

Damen-Mäntel billig

bei
A. Rackwitz & Co., früh. Hirschberg & Nathan.
 Kommandantenstr. 20, im Hause der Armin-Hallen.

Durch vortheilhafte Stoff-Abschlüsse, sowie durch An-
 fertigung in eigenen Werkstätten verkaufen wir unsere Fabrikate
 in **Damen-Konfektion billiger wie überall, und zwar:**

Winter-Jaquets in schwarz, braun, blau, modifarbig,
 grün, in glatten oder genoppten Stoffen, modernen Reusen-Hermeln
 und angeschnittenem oder aufgesetztem kleinen Kragen, mit Treffen-
 Besatz als auch verschiedenem Pelz- Schawl garnirt Mk. 5,75,
 6,50, 7,50, 9, 10, 12, 15, 18-24.

Regen-Mäntel für Frauen und Mädchen, gut sitzend,
 mit modernen Falten-Kragen, eleganter Treffen-, Sammet- und
 Posamenten-Garnirung in dunkelblau, mittel und dunkel mode-
 farbig. Ebenso Pelzerinnen-Fracon, Pelzerine zum Abnehmen,
 Mk. 5,75, 6,50, 7,50, 9,50, 12, 15, 18-22.

Seiden-Plüsch-Jaquets besonders billig.
 Mk. 16,50, 18,50, 22, 24, 30, 35-40.

Winter-Mäntel für Mädchen und Frauen. Letztere mit
 mit abnehmbarer Pelzerine in eleganter Ausführung. Mk. 12,
 15, 18, 22, 24, 27, 30-40.

Wattirte Röder und **Abend-Mäntel** in schwarz
 und farbig. Mk. 7,50, 8,50, 10,30, 12, 15, 18, 24-40.

Damen-Mäntel-Fabrik A. Rackwitz & Co.,
 Kommandantenstraße 20.

Größtes Lager
 von **Bruchbändern, Schnepforien, Leibbinden u. s. w.**
 eigener Fabrication.

Anfertigung von Maschinen,
 Schienen, Stiefel für tranke Füße, Korsets, künstliche Arme und Beine.
 Lager aller Verbandbinden und Verbandstoffe.

H. Pfau, früher C. Goldammer,
 C., Klosterstr. 30.
 Lieferant für sämtliche Krankenkassen.

3514L

Central-Leihhaus-Ausverkauf 72, Jägerstr. 72 (zwischen Kanonier- und
 Mauerstraße, parterre.)

Institut für Gelegenheitskäufe, einzig in seiner Art in Berlin. 4864L*

10 000 moderne Winter-Paletots und Winter-Anzüge **neu und wenig getragen in besten Stoffen und neuesten Mustern** von Mk. 9, 12, 15, 20, 30
 Anzüge, Schwaloffs, Monats-Anzüge, das sind nach Maass bestellte Sachen, die ca. 1 Monat getragen sind (auch für corpulente Personen passend). Gelegenheitskäufe in Geh-
 n. Reispelze, Goldene u. silb. Herren- u. Damen-Uhren, Ringe, Armbänder. — Alles für die Hälfte des Wertes. Ein großer Posten Damen-Winter-Mäntel spottbillig.
 Sonntags geöffnet von 7-10, Nachmittags von 12-2 Uhr. Die Verwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Robert Schmidt in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW, Beuthstraße 2.

Zur Reorganisation der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins.

Seit längerer Zeit hat sich unter den Berliner Genossen das Bedürfnis fühlbar gemacht, das Parteileben kräftiger zu gestalten. Man ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß die gegenwärtig in der Reichshauptstadt bestehenden Parteiorganisationen ihrem Zweck nicht genügen können. Bekanntlich bestehen nebeneinander völlig getrennt zwei Organisationen in ganz Deutschland. Die eine, das Vertrauensmänner-system, beruht auf dem Organisationsstatut der Partei. Es wird bedingt dadurch, daß die Vereinsgesetze der verschiedenen deutschen Staaten dem Verkehr von Vereinen untereinander mancherlei Beschränkungen auferlegen, oder ihn, wie in Preußen, ganz verbieten. Der Vorstand der Partei kann nach der in Preußen gegenwärtig maßgebenden Gesetzesauslegung nicht mit Vereinen, sondern nur mit einzelnen Personen in Verbindung treten. Das hat zur Einrichtung des Vertrauensmänner-systems geführt. In jedem Reichstags-Wahlkreis werden nach Abhaltung der Parteitage in öffentlicher Volksversammlung ein oder mehrere Vertrauensmänner gewählt, die mit dem Parteivorstand in ständiger Korrespondenz stehen und im Wahlkreis zur Erledigung aller Parteiangelegenheiten (Wahlen zu Kongressen u. dgl.) erforderlichen Falls öffentliche Versammlungen einzuberufen haben.

Neben diesen Vertrauensmännern und ganz unabhängig von ihnen bestehen nun noch überall politische Vereine, in Berlin für jeden der sechs Wahlkreise ein Wahlverein. Da die wichtigsten Partei-Angelegenheiten alle durch die Vertrauensmänner ihre Erledigung fanden, konnten bisher die Wahlvereine zu keinem rechten Leben kommen und blieben bedeutungslos für die Entwicklung der Partei. Das hat dazu beigetragen, daß die Parteigenossen ihr Bedürfnis des persönlichen Zusammenkommens vielfach durch gesellige Vereine mancher Art zu befriedigen suchten und dadurch wieder vom politischen Leben abgezogen wurden.

Wenn nun die Berliner Genossen sich mit der Frage beschäftigen, wie den erwähnten Uebelständen abzuhelfen ist, so müssen zunächst aus praktischen Gründen etwaige Besserungsvorschläge das Vertrauensmänner-system unberührt lassen, da es ein integrierendes Bestandtheil der Parteiorganisation ist, nur durch Parteibeschluß geändert werden könnte, und ehe wir nicht ein wirklich freies und unabhängiges Vereinsleben erkämpft haben, vorwiegend doch in irgend einer Form bestehen bleiben müßte. Für die Berliner Genossen liegt also die Frage thatsächlich so: Wie lassen sich die sozialdemokratischen Wahlvereine ausbauen, um sie für die Entwicklung der Partei und für die politische Ausbildung der einzelnen Parteigenossen möglichst nutzbringend zu machen.

Diese Erwägungen veranlassen einige, meist dem 4. Wahlkreis angehörige Genossen, einmal für den Wahlverein dieses Kreises einen Reorganisations-Entwurf fertigzustellen, um ihn dann der öffentlichen Begutachtung zu unterbreiten. Da wir denn zunächst die Vorfage zu erledigen, ob es nicht angebracht sein würde, nach Auflösung aller sechs Wahlvereine Berlins einen einzigen neuen Verein an deren Stelle zu setzen. Von anderer Seite war auch noch angeregt worden, die Wahlvereine durch eine größere Anzahl von Bezirksvereinen zu ersetzen. Beide Vorschläge erschienen bei näherer Prüfung unzulänglich. Im Organisationsstatut der Partei sind die Reichstags-Wahlkreise als Organisationseinheiten (s. V. für die Beschickung der Parteikongresse und die Wahl der Vertrauensmänner) festgehalten worden; auch bilden die Wahlen zum Reichstag und die Vorbereitung dazu eine der wichtigsten Aufgaben der Parteiorganisationen. Alle diese Gründe machen es wünschenswerth, daß die Parteigenossen eines Wahlkreises durch eine einheitliche und umfassende Organisation an ein dauerndes Zusammenarbeiten gewöhnt werden. Nachdem in eingehenden Besprechungen über die Grundzüge einer solchen Wahlkreis-Organisation ein Einverständnis erzielt worden war, haben dann die Unterzeichneten ein Probe-statut für den vierten Wahlkreis ausgearbeitet. Unter Fortlassung der nebensächlichen Bestimmungen werden hiermit die auf die Organisation selbst bezüglichen Paragraphen der Öffentlichkeit übergeben, damit, ehe weitere Schritte gethan werden, die Berliner Genossen sich ein Urtheil über die Organisation bilden und ihre Meinung kundthun können, denn es ist zweifellos wünschenswerth, daß in allen Berliner Wahlkreisen eine gleichartige Organisation ins Leben tritt. Die fraglichen Paragraphen, denen eine Erläuterung angefügt ist, lauten:

Auszug aus dem Statutenentwurf für den Wahlverein des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

- § 6. Zur Erleichterung der Vereinsarbeit wird der Wahlkreis in vier Abtheilungen zerlegt, welche die Bezeichnung „Quartier“ führen und zwar sind es:
1. Das Gdörlicher Viertel, (Stadtbez. 88—96, 88—95, 110—113).
 2. Das Köpenicker Viertel, (Stadtbez. 96—109).
 3. Das Stralauer Viertel, (Stadtbez. 145, 147 bis 151, 162—177).
 4. Das Frankfurter Viertel, (Stadtbez. 146, 152—161, 178—191).

Diese Viertel zerfallen in Bezirke, die in der Regel aus je einem Stadtbezirk gebildet werden. Sinkt die Mitgliederzahl eines Bezirks unter fünf, so kann der Bezirk einem Nachbarbezirk zugerechnet werden; steigt die Mitgliederzahl über fünfzig, so ist eine Zerlegung zulässig.

Die Mitglieder werden in der Regel demjenigen Bezirk zugerechnet, in welchem sich ihre Wohnung resp. Arbeitsstätte befindet.

§ 7. Der Vorstand besteht aus elf Mitgliedern; dem Vorsitzenden, Schriftführer, Kassierer und acht Beisitzern. Der Vorsitzende leitet die Geschäfte und Verhandlungen des Vereins und vertritt denselben nach außen. Im Behinderungs-falle tritt ein anderes Mitglied an seine Stelle. Der Kassierer nimmt die Beiträge ein und verrechnet sie unter eigener Verantwortlichkeit. Den übrigen Vorstandsmitgliedern steht das Ausschreibungsrecht über die Kasse, sowie die Kontrolle der Bücher zu. Die Vorstandsmitglieder leiten die Vereinsversammlungen unter Beihilfe der Bezirksführer.

§ 8. Die Bezirksführer unterstützen den Kassierer bei der Erhebung der Mitgliedsbeiträge und haben den geselligen Verkehr unter den Mitgliedern zu fördern.

§ 9. Die Wahl des Vorstandes und der Bezirksführer erfolgt halbjährlich in den Generalversammlungen im April und Oktober. Die erste Neuwahl nach dem neuen Statut ist spätestens einen Monat nach dessen Inkrafttreten vorzunehmen. Vorsitzender, Schriftführer und Kassierer sind zunächst einzeln zu wählen; bei der Wahl der Beisitzer ist zu berücksichtigen, daß auf jedes Wahlkreis-Viertel zwei Beisitzer im Vorstande entsandt werden. Die Bezirksführer werden, je einer für einen Bezirk, auf Vorschlag der Bezirksgenossen nach Beendigung der Vorstandswahl gewählt. Wiederwahl ist zulässig.

§ 12. Die Versammlungen zerfallen in 1. Generalversammlungen, 2. Allgemeine Mitglieder-Versammlungen, 3. Viertelversammlungen.

Die regelmäßigen Generalversammlungen finden alle Vierteljahre nach Beginn des Quartals statt. Außerordentliche Generalversammlungen sind auf Vorstandsbeschluss einzuberufen, oder wenn der vierte Theil der Mitglieder die Einberufung fordert. In diesem Falle muß zugleich angegeben werden, worüber die außerordentliche Generalversammlung beschließen soll.

Die allgemeinen Mitgliederversammlungen werden vom Vorstande nach Bedürfnis einberufen.

Die Viertelversammlungen finden in der Regel zweimal monatlich an bestimmten Tagen statt.

§ 13. Die Referenten für die allgemeinen Vereinsversammlungen werden vom Vorstande besetzt.

Die Diskussionsstoffe für die Viertelversammlungen und die Referenten dazu werden in den Viertelversammlungen von einem Sitzungstage auf den andern bestimmt.

Erläuterungen.

1. Die Viertel und Viertelversammlungen. Die Zerlegung des Wahlkreises in vier Abtheilungen, Viertel genannt, erscheint deshalb rathsam, weil der 4. ebensowohl wie der 2. und 6. Wahlkreis zu groß sind, um die bedeutende, voraussichtlich noch zunehmende Zahl der Mitglieder in ständige Versammlungen an ein gemeinsames regelmäßiges Vereinsleben zu gewöhnen. Die sechs Wahlkreise Berlins lassen sich ihrer Einwohnerzahl und räumlichen Ausdehnung nach in zwei Gruppen zerlegen. Die drei Wahlkreise der inneren Gruppe sind seit ihrer Bildung im Jahre 1867 nur unwesentlich über ihre damalige Bevölkerung von etwa 100 000 Einwohner hinausgewachsen. Sie hatten bei der letzten Reichstagswahl an sozialdemokratischen Stimmen:

Der 1. Wahlkreis	4 069 Stimmen
„ 3. „	12 732 „
„ 5. „	9 720 „

Dagegen haben die drei äußeren Wahlkreise sich jener Zeit außerordentlich stark, in einem Falle um das fünffache an Bewohnern zugenommen. Sie hatten bei der letzten Reichstagswahl an sozialdemokratischen Stimmen:

Der 2. Wahlkreis	26 867 Stimmen.
„ 4. „	46 856 „
„ 6. „	51 569 „

Der Zahl der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen entsprechend, muß auch bei zweckmäßiger Organisation die Zahl der Wahlvereinsmitglieder eine sehr große werden. Im vierten Wahlkreis sind es jetzt bereits etwa 1500. Obendrein macht die räumliche Ausdehnung dieser Kreise die Abhaltung der Vereinsversammlungen in einem einzigen ständigen Lokale unthunlich, da sie von den abgelegenen wohnenden Genossen schwächer und unregelmäßiger besucht werden würden. Wanderversammlungen erschweren oder erfahrungsgemäß ein regelmäßiges Vereinsleben. Diese Erwägungen legen eine Theilung des Wahlkreises zum Zweck der Abhaltung regelmäßiger Vereinsversammlungen nahe und da erschien es denn rathsam, diese Abtheilungen so groß zu bilden, daß sie an Einwohnerzahl annähernd der Größe der vorhin aufgeführten drei inneren Wahlkreise entsprechen, für welche eine Zerlegung in Abtheilungen nicht erforderlich ist. Unter sorgfältiger Berücksichtigung der geographischen Verhältnisse empfahl sich die Vierteltheilung für den 2. und den 4. Wahlkreis, die Sechstheilung für den 6. Wahlkreis, wo sie für gewisse Zwecke jetzt schon besteht. Die Abtheilungen des 4. Wahlkreises sind in dem Statutenentwurf genannt; für den 2. Wahlkreis würden es sein:

- das Friedrichstädter Viertel (Stadtbez. 21—30, 51—53, 114—117);
 - das Potsdamer Viertel (Stadtbez. 31—50);
 - das Kreuzberg-Viertel (Stadtbez. 54—65, 67—69);
 - das Hasenheide-Viertel (Stadtbez. 66, 70—78).
- Die Viertel des 6. Wahlkreises wären:
- das Schönhäuser Viertel (Stadtbez. 218—222, 237 bis 250);
 - das Rosenhaler Viertel (Stadtbez. 223—236, 251 bis 254, 261);
 - das Triandauer Viertel (Stadtbez. 255—260, 262—275);
 - das Gesundbrunnen Viertel (Stadtbez. 313, 319 bis 326);
 - das Wedding-Viertel (Stadtbez. 305—312, 314—318);
 - das Moabit-Viertel (Stadtbez. 285—304).

Die Bezeichnung „Quartier“ für diese Abtheilungen ist gewählt, um die vielgebrauchte Bezeichnung „Bezirk“ zu vermeiden, die zu Verwechslungen mit den Stadtbezirken Anlaß geben würde. „Viertel“ ist ebenso wie das gleichbedeutende „Quartier“ eine alte historische Bezeichnung für Stadttheile, die von der ursprünglichen Viertelung der Städte herührt, jetzt aber nur noch, wie beim Spandauer Viertel, Stralauer Viertel, als gleichbedeutend mit Stadttheil gebraucht wird. Durch diese Gliederung der drei größeren Wahlkreise in je vier, vier und sechs Viertel erhalten wir unter Hinzurechnung der drei ungliebederen kleineren Wahlkreise für ganz Berlin 17 etwa gleichgroße, durchschnittlich ungefähr 100 000 Einwohner umfassende Viertel, was der durch die Verfassung gebotenen Eintheilung der Stadt in Reichstags-Wahlkreise von je 100 000 Einwohnern entspricht würde. Wahrscheinlich kann bleiben, ob die Zahl der Viertel im zweiten Wahlkreise nicht praktischer auf 3, im sechsten Wahlkreise auf 5 zu beschränken wäre.

Wohlgemerkt: es sollen die Viertel der größeren Wahlkreise nicht selbständige Vereine bilden. Um fortan bei dem 4. Wahlkreise zu bleiben, soll der Wahlverein für den ganzen Kreis bestehen; es sollen nur für ein jedes Viertel monatlich zwei Mal in vier dazu bestimmten Lokalen regelmäßige Viertelversammlungen abgehalten werden, an der selbstverständlich alle Mitglieder wie auch Gäste teilnehmen können, und zwar derart, daß beispielsweise am Dienstag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats das Gdörlicher und das Stralauer Viertel Versammlung abhalten, am Dienstag nach dem 8. und 22. das Köpenicker und das Frankfurter Viertel. Ähnlich wäre es in den anderen Wahlkreisen zu halten, so daß ein für allemal der Dienstag (oder irgend ein anderer Wochentag) in ganz Berlin für die regelmäßigen Wahlvereins- oder Viertelversammlungen in Beschlag genommen ist und andere Vereine und die Gewerkschaften sich danach richten können. Wenn dann auch die sämtlichen Gewerkschaften einen bestimmten Wochentag, etwa den Donnerstag, für sich festhalten, so werden dadurch ein für allemal viele Kollisionen und Verwirrungen vermieden, und zur Abhaltung der erforderlichen werdenden großen Volksversammlungen und außerordentlichen Vereinsversammlungen ist hinreichender Spielraum vorhanden.

Aufgabe der Viertelversammlungen soll der regelmäßige Meinungsaustausch der Vereinsmitglieder unter einander über die parteipolitischen und sonstigen Tagesfragen sowie über Fragen prinzipieller Natur sein. Zu dem Zweck soll stets von einem Vereinsabend auf den nächstfolgenden das zu behandelnde Diskussions-thema festgestellt und ein Referent, womöglich deren zwei aus der Zahl der Anwesenden bestimmt

werden. Das hat den doppelten Vortheil, den Vorstand der letzten und bei der Zunahme der Versammlungen stets schwieriger werdenden Referentensuche zu überheben und gleichzeitig eine systematische Herausbildung frischer Kräfte für die Agitation zu ermöglichen. Wie jetzt das Versammlungswesen in Berlin gehandhabt wird, kommt es dazu fast garnicht. Sehr viel Kräfte bleiben brach liegen, die nur der Aufmunterung bedürfen. Etwaigen Bedenken wegen der Durchführbarkeit eines solchen Planes kann man entgegenhalten, daß Nächstliches mit entschiedenem Erfolge in weit kleineren Versammlungen bereits ausgeführt wird.

Den Vorsitz in den Viertelversammlungen würde in der Regel einer der Beisitzer des Vorstandes zu führen haben. Deshalb ist im Statut vorgeesehen, daß bei der Wahl je zwei Beisitzer möglichst den Mitgliedern eines jeden Viertels zu entnehmen sind. Doch ist dem Vorstande betreffs der Vorsitzführung völlig freier Spielraum gelassen, damit er sich nach den Umständen und Personen richten kann.

Es ist ferner baldmöglichst darauf Bedacht zu nehmen, für die einzelnen Viertel Bibliotheken und Lesezimmer einzurichten, in welchen die Parteiliteratur und sonstige Lektüre ausliegt. Häufig werden sich dazu für die Viertelversammlungen gewonnenen ständigen Lokale verwerthen lassen.

Außer den Viertelversammlungen und den Generalversammlungen, die ja weiter keiner näheren Erläuterung bedürfen, soll der Verein nun aber auch noch allgemeine Mitgliederversammlungen nach Bedarf abhalten. Sie sollen vom Vorstande für den gesammten Verein einberufen werden, wenn es sich um die Beschlußfassung in Partei-Angelegenheiten oder wichtigen politischen Tagesfragen, z. B. Stellungnahme gegen drohende neue Belastungen des Volkes oder um die Ertragung von Freiheitsrechten handelt. Als Referenten hierfür würden dann hervorragend sachverständige und rednerisch geschulte Kräfte vom Vorstande zu gewinnen sein. Beschlüsse sollen nur in diesen allgemeinen und in den Generalversammlungen gefaßt werden. Die Viertelversammlungen, die zum Meinungsaustausch und zur rednerischen Ausbildung der Mitglieder dienen, dürfen überhaupt keine für den Verein verbindlichen Beschlüsse fassen.

2. Die Bezirke und Bezirksführer. Um eine weitere Dezentralisation der Verwaltung zu ermöglichen, die in Hamburg so trefflich bei der Agitation sich bewährt hat, sowie um Gelegenheit zum stetigen geselligen Verkehr der Mitglieder unter einander zu schaffen, sollen die Wahlvereinsmitglieder nun noch weiter in kleinere Gruppen zerlegt werden. Als Grundlage für eine solche Eintheilung empfehlen sich die für kommunale Verwaltungszwecke bestehenden Stadtbezirke, da diese ein für alle Mal geographisch abgegrenzt sind. Die Neubildung eigener Bezirke würde außerordentliche Schwierigkeiten bieten. Ganz Berlin zerfällt in 326 annähernd gleich große Stadtbezirke, von denen auf den 4. Wahlkreis 78 entfallen. Legt man die gegenwärtige Mitgliederzahl des Wahlvereins der Berechnung zu Grunde, so würden auf jeden Bezirk durchschnittlich etwa 20 Mitglieder entfallen, deren Zahl sich vermutlich indes bald heben wird. In Hamburg, mag nebenbei bemerkt werden, ist für Agitationszwecke eine Eintheilung in noch kleinere Bezirke vorgenommen. Für Berlin würde im Anschluß an die Stadtbezirke eine Begrenzung der Gruppen auf höchstens 50 Mitglieder genügen. Bezirke, die weniger als 5 Mitglieder enthalten, können einem Nachbarbezirk zugerechnet werden. Doch soll weder für die Zerlegung, noch für die Auftheilung ein Zwang bestehen. Auch da wird der Vorstand, resp. der Verein, der die Zustimmung zu erteilen hat, freien Spielraum haben, sich je nach dem Bedürfnis und den vorhandenen Kräften zu richten. Die einzelnen Vereinsmitglieder können mit leichter Mühe sich aus dem Steuerzettel oder aus dem in vielen Häusern befindlichen sog. „Stillen Portier“ vergewissern, welchem Stadtbezirk sie angehören. Es soll aber dem einzelnen Mitgliede freistehen, sich entweder der Gruppe desjenigen Bezirks anzuschließen zu lassen, in dem seine Wohnung oder Arbeitsstätte sich befindet, oder auch einer anderen Gruppe sich anzuschließen.

Die Bezirksführer sind für jeden Bezirk auf Vorschlag aus der Mitte der Bezirksgenossen halbjährlich nach beendigter Vorstandswahl in der Generalversammlung zu wählen. Die erste Bezirksführer-Wahl wird einige Schwierigkeiten machen. Es wird rathsam sein, nach beendigter Vorstandswahl die Generalversammlung zu vertagen und mittlerweile in den Viertelversammlungen durch Umfrage Listen von geeigneten Kandidaten für diese Ämter herzustellen zu lassen. Ist die Organisation erst einmal durchgeführt, so fallen für spätere Wahlen alle solche Schwierigkeiten fort.

Aufgabe der Bezirksführer ist nun zunächst die Einlassung der Mitgliederbeiträge von den Genossen ihres Bezirks. Somit sind sie Beihilfen des Vereinskassierers. Dann sind sie erforderlichenfalls in den Viertelversammlungen zur Bildung des Bureau vom Vorstand heranzuziehen. Ihre Theilnahme an den Vorstandssitzungen wird gleichfalls hin und wieder erforderlich sein. Ferner haben sie für gefällige Zusammenkünfte der Mitglieder und ihrer Familien zu sorgen. Das ist natürlich nicht so zu verstehen, daß nun für jeden Bezirk allwöchentlich ein geselliger Abend anberaumt werden wird. Es bleibt vielmehr den Bezirksführern völlig überlassen, für ihre Bezirke allein oder in Verbindung mit den Bezirksführern einiger Nachbarbezirke solche Zusammenkünfte nach Bedarf anzubereiten. Erst die Erfahrung kann da eine bestimmte Praxis heranzubilden. Die gefälligen Zusammenkünfte können nicht nur zur Veranstaltung von Abendunterhaltungen, sondern auch als Besuche dienen, an denen gute Bücher vorgelesen und der Besprechung unterzogen werden, oder es können dort über Gegenstände aus dem weiten Gebiete der Wissenschaft und unseres gesammten Kulturlebens Erörterungen gepflogen werden, natürlich mit Ausschluß der „öffentlichen Angelegenheiten“, die den Vereinsführungen vorbehalten bleiben müssen. Da an solchen geselligen zwanglosen Zusammenkünften Frauen ebenso teilnehmen können wie Männer, sind sie ein treffliches Mittel, den Horizont der Frauen zu erweitern, das gegenseitige Verständnis der beiden Geschlechter zu fördern und so auf das gesammte Familienleben verbindend einzuwirken.

Die Bezirksorganisation ist indes noch weiterer Entwicklung fähig. Mit der Zeit müssen sich die Bezirksführer aus der Zahl der jüngeren Genossen heraus herausbilden, womöglich für jedes Haus oder jede größere Werkstätte einen. Die werden nicht nur bei den geselligen Zusammenkünften, sondern auch bei der politischen Agitation durch Verteilung von Flugblättern und in mannigfacher anderer Weise sich verdient machen können. Es braucht nur darauf hingewiesen zu werden, welche kaum zu überschätzenden Erfolge die Hamburger Genossen durch eine solche vielverzweigte Organisation erzielt haben, so daß zur Cholerazeit selbst die Regierung gezwungen war, sich die Hilfe der Sozialdemokraten zu erbitten, die allein in wenigen Stunden ganz Hamburg mit Flugblättern belegen konnten. In Berlin dagegen trat erst neuerdings bei den Gemeindevahlen wieder die Unzulänglichkeit der Partei-Organisation zutage, da in sämtlichen Wahlkreisen Klagen über Mangel an Kräften selbst für die Verteilung von Flugblättern laut wurden. Wie diese Entwicklungsmöglichkeiten der Bezirksorganisation konnten

in Statut nicht vorgesehen werden. Es steht da ein großer Spielraum für die Organisationsfähigkeit der Vereinsmitglieder, in erster Reihe der Bezirksleiter offen. Wie der Bericht der Bezirksversammlungen wesentlich in der Förderung des freien Meinungsaustausches und in der rednerischen Schulung der Genossen liegt, so werden die Bezirksorganisationen fruchtbar sein für die Entwicklung des Solidaritätsgefühls und die Herausbildung organisatorischer Talente, die gerade in solchen Kreisen ihre Kraft erproben und sich auch für größere Aufgaben geschickt machen können.

Nach den vorstehenden Erläuterungen bleibt noch kurz zu erwähnen, auf welche Weise die geplante Neuorganisation der Berliner Wahlvereine praktisch zur Durchführung gebracht werden kann. Da empfiehlt es sich wohl, zunächst eine öffentliche sozialdemokratische Parteiversammlung für ganz Berlin einzuberufen, in derselben den Entwurf zur Diskussion zu stellen und die Versammlung durch eine Resolution entscheiden zu lassen, ob sie eine Neuorganisation im Sinne dieser Ausführungen empfiehlt, oder nicht. Den einzelnen Wahlvereinen muß es dann überlassen bleiben, auf Grund dieser Direktive die Neuorganisation, ein jeder für sich, vorzunehmen.

Berlin, 19. November 1893.
J. A.:
P. Böhm, Göttingerstr. 58; G. Ledebour, Kl. Str. 17;
D. Mattutat, Wrangeistr. 121.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt in seiner Mitglieder-Versammlung am 21. d. M. einen Vortrag des Genossen T i m m über: „Die soziale Entwicklung der Arbeiterbewegung.“ In demselben veranschaulichte der Vortragende, gestützt auf Autoritäten der Wissenschaft, in kurzen, doch interessanten Zügen die Entwicklung des Menschengeschlechtes vom Ursprunge der Menschheit bis zur heutigen Zivilisation und wies nach, daß die heutige Gesellschaftsorganisation ein Produkt einer vieltausendjährigen Entwicklung ist. Nach eingehender Schilderung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse begründet Redner die Forderungen des Sozialismus. Die Darlegungen des Referenten wurden mit großem Beifall entgegengenommen. Eine Diskussion über den Vortrag fand nicht statt. Bekannt gegeben wurde, daß der Vorstand beabsichtigt, den Mitgliedern das Protokoll des Kölner Parteitagges zu einem günstigen Preise zur Verfügung zu stellen. Eine Anregung betreffs Gründung einer Vereinsbibliothek wurde dem Vorstande überwiegen. Genosse F i e d i g wünschte, daß der im Verein gefasste Beschluß, daß nur gewerkschaftlich organisierte Mitglieder in den Vorstand gewählt werden dürfen, rückgängig gemacht werde, indem er auf die schwierige Stellung der „Selbständigen“ in der Hausindustrie hinwies. Demgegenüber wies T i m m darauf hin, daß Hausindustrie und Tischlereimeisterium entschieden zu verwerfen sei, daß man aber trotz der prinzipiellen Belämpfung gezwungen sein könne, in diesen Verhältnissen zu arbeiten. Festzuhalten sei jeder Parteigenosse, der heute Tischlereimeister sei, verpflichtet, sich der betr. Gewerkschaftsorganisation anzuschließen, um nach Möglichkeit Befriedigung zu finden in das stehende System der Zwischenabrechnung. Gut i m m war der Ansicht, daß die Kleinmeister vom streng wirtschaftlichen Standpunkte aus nicht in die Arbeiterorganisationen gehören, daß aber vom Parteistandpunkte aus die Genossen Kleinmeister sich mit denen zu verbinden haben, die die Lösung der sozialen Frage erstreben. Vorbedingung sei aber, daß jedes Mißtrauen gegen die Kleinmeister verschwinde. Der Wunsch F i e d i g 's wurde abgelehnt.

Eine öffentliche Versammlung der Fitzschuharbeiter Bezirks und Umgegend fand am 12. November statt. Nach einem Vortrag des Genossen D e n k e über das Unfallversicherungsgesetz, der mit lebhaftem Beifall ausgenommen wurde, sprach die Versammlung den Wunsch aus, daß öfter solche Vorträge gehalten würden. Hieraus wurde die Ausweisung des Kollegen D l o h bekannt gegeben; ferner theilte Hildebrandt mit, daß am 26. November bei J o o l eine öffentliche Versammlung stattfindet, sowie daß für den 1. Weihnachtstag Rosenhalestraße 38 ein gemütliches Beisammensein arrangiert ist.

Werkstätten. Am 18. November tagte im „Eterneder“ eine öffentliche Volksversammlung zwecks Verichterhaltung vom Kölner Parteitag. Genosse R e i n h a r d t referierte in 1 1/2 stündigem Vortrag über sämtliche Punkte der Tagesordnung. Derselbe verweilte längere Zeit bei dem Thema „Gewerkschaftsbewegung“ und erklärte, daß er mit den dort gefassten Resolutionen, die Gewerkschaften betreffend, nicht einverstanden ist, vielmehr für die Resolution Krohn eingetreten sei. Er kritisierte ferner die scharfe Weise des Genossen A u e r dem Genossen Legien gegenüber und beschwerte sich, daß man die Buchdrucker auf dem Parteitag so schlecht behandelt hätte. Zum Schluß wurde der so berühmt gewordene Brief des Finanzministers Miquel verlesen.

In der Diskussion hob der Genosse M a i hervor, daß er in der Gewerkschaftsfrage nicht auf dem Standpunkt des Referenten stehe, vielmehr mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden sei. Wenn man ferner die Buchdrucker auf dem Parteitag nicht geschont hat, so hat das seinen berechtigten Grund. Tausende von Proletariaten verdienen wöchentlich weniger als 15 M., während man den Buchdruckern 24 M. Unterstützung gezahlt habe. Derartige Unterstützungen sollen bloß vor der äußersten Noth schätzen, man sollte aber nicht davon noch sparen können. Die Genossen J e n k e, B e l i g und J a c o b s sprachen im Sinne des Referenten, der letztere namentlich empfahl die Resolution des 2. Hamburger Wahlkreises sich zu eigen zu machen. Genosse P r e i s, der auf dem Standpunkt des Genossen M a i steht, kritisierte in längerer Rede die Ausführungen des Referenten. Er betonte, daß in der Angelegenheit A u e r und Legien letzterer mehr gefehlt habe, wie ersterer. Er verwahrte sich ferner davor, Resolutionen anderer Wahlkreise sich zu eigen zu machen. Hier forderte der überwachende Beamte den Vorsitzenden auf, die Versammlung zu schließen, da die Vollzeitsunde bereits überschritten sei. Als der Vorsitzende erklärte, er sehe sich gar nicht veranlaßt, diesem Wunsche nachzukommen, wurde die Versammlung polizeilich aufgelöst.

Im Fachverein der Uhrmacher und verwandter Berufsgruppen hielt am 18. November Herr P i n n einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Alte und neue Moral.“ Nach dem Vortrage wurde der geschäftliche Theil der Tagesordnung erledigt. Kollege G l a u e r legte das Amt als 1. Vorsitzender nieder, die Neuwahl findet in der nächsten Generalversammlung statt. Ferner wurde auf Antrag des Kollegen B e e r beschloffen, auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung einen Vortrag über das Krankenkassen-Gesetz zu setzen. Die nächste Versammlung ist am Sonnabend, den 2. Dezember, bei W i e n e d e, Alte Jakobstraße 83.

Eine Branchenversammlung der Hohlleger und Gehilfen tagte am Sonntag, den 19. November. In derselben hielt Dr. D e y m a n n einen interessanten Vortrag über: „Das Wesen der Naturwissenschaften.“ Sodann schlug die Versammlung zum Vertreter der Branche als Beisitzer im Vorstand den Kollegen Aug. S a r t ö r (Hohlleger) vor. Ferner wurde den Kollegen bekannt gemacht, daß die Vertrauensmänner der Branche beschloffen haben, für einen erkrankten Kollegen eine Visitenkarte zu erstellen. Bestellt wurde, daß die Sonntag-Zusammenkünfte zur Zeit sehr wenig besucht werden. Abgehalten werden dieselben bei B l a t t k e, Krautstr. 48, Schaper, Brunnenstr. 40 und

Tolkdorf, Göttinger- und Sorauerstraßen-Ecke. Zum Schluß wurden die Mitglieder aufgefordert, von der Benutzung der Bibliothek recht regen Gebrauch zu machen.

Eine öffentliche Versammlung der Schäftearbeiter und Arbeiterinnen tagte am 20. November. Genosse A d o l f H o f m a n n hielt seinen Vortrag über die „Zehn Gebote und die bestehende Klasse.“ Die Diskussion gestaltete sich, da Wegner trotz Aufforderung sich nicht zum Worte meldeten, nur im Sinne des Referats. Zum Gewerkschaftlichen erstattete Kollege K r a u s e Bericht über die Thätigkeit der Agitationskommission und legte zugleich die durch die Revisoren bestätigte Abrechnung nieder. Darauf löste sich die Kommission auf. Nachdem noch einige Fragen betreffs der wirksamsten Agitation erledigt waren, wurde bekannt gegeben, daß am 25. November ein Langränzchen des Vereins bei W e l z (früher Feuerstein) stattfindet.

Die freie Vereinigung der Zeitungsredakteure und Verleger hielt am 20. November in den Arminhallen ihre regelmäßige Monatsversammlung ab. Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde über die Ausschließung derjenigen Mitglieder, welche trotz des gefassten Beschlusses das „Kleine Journal“ vertreiben, verhandelt. Die bisherigen Mitglieder S c h r e i b e r, G n e i s e n a u f t r. 115, B e r g e r, Königskolonnen, und J o r d a n, Anien- und Neue Königstrassen-Ecke wurden hierauf wegen Zuwiderhandelns dieses Beschlusses aus der Vereinigung ausgeschlossen. Im weiteren wurde beschloffen, diejenigen Expediteure, welche das „Kleine Journal“ vertreiben, jedoch der Vereinigung fern bleiben, noch einmal durch öffentliche Annonce dem Publikum bekannt zu geben. Sodann gelangte ein Antrag zur Annahme, der dahin lautete, daß, im Falle das „K. Journal“ kapitaliren sollte, kein Mitglied eher das „Kleine Journal“ vertreiben darf, bevor eine Versammlung darüber beschloffen hat, ob dasselbe vertreiben werden darf.

Die Berliner Filiale der Allgemeinen deutschen Zuzuh-Kranken- und Sterbekasse (Mainz) hielt am Montag, den 20. November, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, auf Anregung des Zentralvorstandes eine Versammlung ab behufs Stellungnahme zu den vom Vorstande eingesandten Vorschlägen. Nach längerer Beratung gelangte die Versammlung zu folgenden Beschlüssen: 1. Mit der Erhebung von 5 Wochenbeiträgen pro Monat für die Zeit vom 1. Januar bis Ende Dezember 1894 ist die Berliner Filiale nicht einverstanden; dagegen stimmt sie dem Vorschlage zu: während des gleichen Zeitraums das Krankengeld in allen Klassen um 25 Pf. pro Tag herabzusetzen. 2. Der Filialvorstand ist beauftragt, sich von dem Annahmehauchenden das Quittungsbuch der Orts-pp. Kasse vorlegen zu lassen. 3. Die Berliner Mitgliedschaft verzichtet auf die Entsendung eines Delegirten zu der am 31. Dezember d. J. stattfindenden Generalversammlung und beauftragt den Zentralvorstand, ein dortiges Mitglied mit der Vertretung Berlins zu bevollmächtigen, welcher die Berliner Beschlüsse zu vertreten hat. 4. Die bis Ende Dezember d. J. fälligen Beiträge müssen (laut § 7 Abs. 1 des Statuts) bis Mitte Dezember beglichen werden, damit die Abrechnung rechtzeitig erfolgen kann, ebenso müssen die noch restierenden Beiträge schleunigst entrichtet werden. Ein weiterer Antrag: die Generalversammlung möge beschließen, den Sitz der Kasse nach Berlin zu verlegen, fand nicht mehr die nötige Unterstützung. Dagegen wurde noch beschloffen, die sechs Vertrauensärzte für Berlin beizubehalten.

Die „Orts-Krankenkasse der Bildhauer“ hielt am 20. November ihre ordentliche Generalversammlung ab. Zunächst fanden Vorstandswahlen statt und wurden die Herren S ö l n e r, G ä n t h e r, S t o r c h, M i e h l e und S i d l e r gewählt. Der Vertrag mit dem Verein der freigezählten Kassenärzte wird erneuert werden. Die Beiträge werden, falls die Behörde nicht einen früheren Zeitpunkt festsetzt, vom 1. Januar erhöht werden, und zwar für die erste Klasse um 51 Pf., für die zweite Klasse auf 33 Pf. und für die dritte Klasse auf 21 Pf. Zur Krankenkontrolle sollen in Zukunft die Delegirten in Anspruch genommen werden. Zum Schluß wurde noch der Antrag, sich dem Charitee-Bogfott anzuschließen, angenommen; es sollen Kranke nur auf ihren ausdrücklichen Wunsch in dieses Krankenhaus gewiesen werden.

In einer Bezirksversammlung (Südost) des deutschen Holzarbeiter-Verbandes waren die Delegirten zum 20. d. M. bei H o f m a n n, Draniensstr. 180, eingeladen und auch zahlreich erschienen. Kollege T h. W l o c k e referierte über die Organisation im allgemeinen und legte des näheren den Zweck des Vertrauensmänner-Systems dar. Nachdem die Delegirten ihre Karten in Empfang genommen hatten, sprach in der Diskussion der Kollege W i n k l e r gegen die Zentralisation, verwickelte sich aber dabei in bedeutende Widersprüche, die vom Referenten in seinem Schlußworte widerlegt wurden.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein für Berlin und Umgegend hielt am 21. d. M. im Norden, Schönhauser Allee 28, eine Wanderversammlung ab, in der A. H o f m a n n in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über „Die Frau im Kulturkampf“ sprach. In der lebhaftesten Diskussion sprachen Frau-lein W a b n i t z, Fr. K l a u s e, R e i t z und W a a d e r. Im Schlußwort forderte der Referent die Anwesenden nochmals auf, sich dem Frauen- und Mädchen-Bildungsverein anzuschließen. — Beim Stiftungsfest am 18. d. M. ist das Protokollbuch des Vereins verloren gegangen. Es wird gebeten, dasselbe bei Frau K l a u s e, Wrangeistr. 70, abzugeben.

In der am 21. November abgehaltenen Mitglieder-Versammlung des Vereins der Bureauangestellten und verwandten Berufsgenossen wurden die Kollegen S c h u l z und D u r a u zu Revisoren gewählt. Bezüglich der in der letzten Sitzung in Anregung gebrachten Ausarbeitung eines Flugblattes waren drei Entwürfe eingegangen, von denen der des Kollegen S c h r i b l als der geeignetste angesehen wurde, welcher demnächst zur Verbreitung gelangen soll. Beschloffen wurde noch, die Bureauangestellten des „Vorwärts“ und des Partei-Bureau schriftlich zu ersuchen, sich dem obigen Verein anzuschließen.

Der Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Typsetzer Berlins und Umgegend hatte am 21. November eine Wanderversammlung in Charlottenburg, in welcher ein Vortrag über Zweck und Ziele der Gewerkschaftsbewegung unter allgemeiner Zustimmung gehalten wurde. Unter Verschiedenem sprachen einige Kollegen ihre Mißbilligung über das Verhalten des Gehilfen-Piraten bei der letzten Stadtverordneten-Wahl aus; derselbe hätte Krankheit vorgegeben, woran keiner der Anwesenden glauben wollte. Nach längerer Diskussion wurde beschloffen, die Zahlstelle, die sich bei obengenanntem Gehilfen befindet, nach dem Tode des Genossen W e r n i c h e, Krummehr. 19, zu verlegen. Dem ersten Sonnabend im Monat Dezember ab werden die Beiträge dort entgegengenommen.

Steinfeger-Innung. Auf den 21. November war von der Steinfeger-Innung eine Versammlung nach dem böhmischen Brauhäuser, Landberger Allee 11-13, einberufen worden, und zwar wurden nur Gesellen, und nur solche, welche das 21. Jahr überschritten hatten, eingeladen. Beim Betreten des Saales wurden den Besuchern die Einladungsarten abgenommen. Derselben sollten nach Eröffnung der Versammlung wieder ausgehändigt werden. Der Zweck dieser Versammlung war, für die Innung einen neuen Gesellenausschuß zu wählen. Der Herr Obermeister G. K u h l b r o d t muthete den Gesellen etwas zu, woran derselbe nach seiner Rede zu schließen wohl selbst nicht recht glaubt. Derselbe wurde denn auch mit seinen Forderungen von den Steinfegern, und zwar ganz besonders von K n o l l, K r o e w e und A r i t, heimlichgehetzt. Das Ende war, daß sämtliche Anwesende den Saal verließen, ohne den gewünschten Gesellenausschuß gewählt zu haben. K n o l l meinte in seinen Ausführungen, daß sich kein

anständiger Steinfeger zu einem derartigen Posten wählen lassen würde, und daß sich die Gesellen schon eine Lohnkommission zu ihrer Vertretung gewählt haben. Als die Herren sahen, daß sich der Saal zusehends leerte, machten dieselben sehr lange Gesichter. Das hilft aber nicht, denn die Steinfeger lassen sich heute nicht mehr so leicht zu allem gebrauchen; dieselben fangen denn doch mehr und mehr an, über ihre Klassenlage nachzudenken. Infolge dessen haben die Innungsheiden immer weniger Einfluß auf dieselben.

Die freie Vereinigung der selbständigen Barbier und Friseur beschäftigte sich in ihrer letzten Versammlung zum größten Theile mit inneren Vereinsangelegenheiten. Unter anderem gelangte ein Antrag zur Annahme, daß Mitglieder der Vereinigung auch dem Wahlverein angehören müssen.

In einer Bezirksversammlung des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter für Berlin und Umgegend“ hielt am 22. November Genosse H o f m a n n einen beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: Was erreichen wir durch die gewerkschaftliche Organisation? In der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen sehr lebhaft. Sodann forderte der Leiter der Versammlung die Kollegen auf, in den Werkstätten Vertrauensleute zu wählen, und zwar in größeren Fabriken, wie bei D e m e, S i e m e n s u. D a l k e und den Elektrizitätswerken womöglich in jedem Saal einen. Die Gewählten seien dann in die Vertrauensmänner-Konferenzen zu entsenden. Letztere finden für den Norden regelmäßig jeden zweiten Sonnabend bei W i l k e, Hochstr. 32a, statt. Ferner wird zum fleißigen Besuch der Wandbilder Bibliothek bei Hermerschmidt, Verlegerstr. 28, aufgefordert. Die Ausgabe der Bücher erfolgt Montag und Donnerstag, Abends 8-9 1/2 Uhr.

Die Generalversammlung der Orts-Kranken-Kasse für Handlungsgelhilfen und Lehrlinge beschäftigte sich in ihrer Generalversammlung am 23. d. M. mit der Neuwahl des Vorstandes. Trotz aller eifrigen Gegenagitation, an der sich auch besonders lebhaft die Frau Sanitätsrath Käster beteiligte, die sämtlichen weiblichen Mitgliedern ein Zirkular zugehen ließ, gelangte doch unsere Liste mit 42 gegen 10 Stimmen zum Siege.

Röpenitz. Der Verein der schloßischen Sozialdemokraten verhandelte in seiner letzten Versammlung über die auf dem Kölner Parteitag gefassten Beschlüsse. Im Anschluß hieran beschloß die Versammlung, den Verein aufzulösen und den Mitgliedern zu empfehlen, dem Wahlverein beizutreten.

Der Volks-Bildungsverein für Oriz und Umgegend hielt am 20. November seine Mitglieder-Versammlung ab. Es hatten sich zwei Mitglieder des Vereins, Genossen G. W i l l e und G o d w a l d, erhoben, in derselben über die zehn Gebote und die bestehende Klasse zu referieren. Die Vortragenden erfüllten ihre Aufgabe in sachlicher und zufriedenstellender Weise. Es entwickelte sich danach eine lebhafteste Diskussion, an welcher die Genossen W e n i g e r, K o b e r s t e i n und E b e r h a r d t I theilnahmen. Nachdem noch einige Vereinsangelegenheiten geregelt wurden und Genosse W o s s e lebhaft zum Abonnement für das „Volksblatt“ aufgefordert hatte, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Der Arbeiter-Bildungsverein für Schöneberg und Umgegend hielt am 20. November seine Vereinsversammlung im Saale der Schloßbrauerei ab. Genosse J u n k e r hielt einen Vortrag über die Kindererziehung. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Genossen. In der nächsten Sitzung wird Seidel über das Thema „die freie Meinungsäußerung“ referieren.

Wariendorf. Am 21. d. M. tagte hier eine öffentliche Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins. In derselben hatte Genosse J u b e i l das Referat übernommen. Da derselbe nicht erschienen war, fand eine Vorlesung statt. Die Versammlung, welche gut besucht war, mißbilligte auf das Entschiedenste das Nichterscheinen Jubel's.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abgesehen ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie macht sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identisch zu werden.

Der Bericht über die Versammlung der Konfessionschneider, zweite Beilage des „Vorwärts“ Nr. 217, erwähnte u. a. unsere Firma. Es erregt nach demselben den Wunsch, als ob wir unrichtige Inzerate veröffentlichten und unsere Verhältnisseverhältnisse nicht dem entsprechenden, was wir in unseren Inzeraten von ihnen sagen. Wir müssen uns entschieden dagegen verwahren, daß irgend eine von uns gemachte Angabe nicht wahrheitsgemäß ist.

B a e r S o h n
Geschäftshäuser für Herren- und Knabenbekleidung.

Eingelaufene Druckchriften.

- Herbstblätter. Gedichte von Bertha Brand. 3. Auflage. Aldersdorf bei Berlin. Verlag von Ab. Buch.
- Erste Thaten von einem Christen. Berlin. Verlag des Bibliographischen Bureau, Alexanderstr. 2.
- Geist und Zerknirschung. Ein Beitrag zur Beleuchtung der sächsischen Gerichtsverfassung. Von Fr. W. Krummigel. Zweidau. S. Im Selbstverlag des Verfassers.
- Illustrirtes Familienbuch der Naturheilkunde mit Berücksichtigung der öffentlichen Hygiene. Von Ludwig B e r d a n e r. Leipzig. Verlag von C. Schrammel. Heft 2, 4 20 Pf. in 35 Lieferungen.
- Zeitschrift für Hypnotismus, Suggestionstherapie und verwandte psychologische Forschungen. Redaktion: Dr. F. G r o h m a n n. Berlin. Verlag von Herm. B r i e g e r. 2. Jahrgang. 2. Heft.
- „Die Zeitschriften“, Monatschrift für Volksbildung, Aufklärung und Unterhaltung. Verlag von J. B e r a n e l, Reichenberg, Böhmen, Friedländerstraße 12. Preis pro Heft 40 Pf. Soeben erschien das 11. Heft des 4. Jahrgangs. Inhalt: Volksbildung und Volkskunde. Von Moritz A d l e r, Leipzig. — Literarisches Gist. Von Dr. E w a l d H a n s e. — Die jüdischen Wiedertäufer. Von Hans R. K r a u s e. (Schluß.) — Eine neue Utopie. Von A. B e h r. IV. — Zur Impfsfrage. Von J. P e i h m a n n. — Fortschritt und Unterang. — Kunst und Sozialismus. Von G. A. J o e h n. („Volksanwalt“, Baltimore.) — Geologische Veränderungen in der Gegenwart. Von Karl S t e i n m e y e r. — Feuilleton: Dichtung und Wahrheit. Gedicht. — Tief unter der Erde. Von einem Bergarbeiter erzählt. — Neues aus dem Gebiete der Wissenschaft. — Litteratur.
- „Die letzten Wehrenten!“ Humoristisch-soziales Duett von Mich. Heise. Preis 50 Pf. mit Klavierbegleitung. Verlag von A. H e i s e, Berlin N., Jänischkirchstr. 11.
- Handbuch des Sozialismus. Von Dr. jur. C. S t e g m a n n und Dr. phil. C. L u g o. 2 Lieferungen à 80 Pf. Zürich. Verlags-Magazin (J. Schabelitz).
- Die zehn Gebote des Jesuiten. Von Dr. Adolf S t r o b e d e l. Zürich. Verlags-Magazin (J. Schabelitz). Preis 40 Pf.
- Der Untergang Israels. Zürich. Verlag J. Schabelitz. Preis 40 Pf.
- Die erste Reichstags-Sitzung im Zukunftsaal. Romidie in 1 Akt von C. M. S c h o o l a, 6. Heft. Verlag von Herm. G u m p e l, Barnimstr. 42.
- Der Schmeiblerstreik oder Durchsicht als August. Hum. satirisches Zeitbild in 1 Akt von C. M. S c h o o l a. 70. Heft. Berlin. Verlag Maurer-Dimmich, Elisabethstr. 55.

Achtung!

Allen Freunden und Genossen die Mitteilung, dass ich mein **Weiß- und Vairisch-Bierlokal** von Forsterstr. 49 nach Forsterstr. 17 habe verlegen müssen. Dasselbst Zählstelle der Zentral-Krankenkasse der Fischer, auch ist ein Vereinszimmer frei. Um gütigen Besuch bittet **Wilhelm Dierberg**.

Briefmarken,

einzelne, aus alten Briefschaften und ganze Sammlungen, kauft und verk. **Julius Kaim**, Cigarren-Import, Berlin SW., Friedrichstraße 236, Amt VI Nr. 2295, W., Potsdamerstraße 20, Hof pt. Amt VI Nr. 4024.

Hausfrauen,

verkauft feinst. Züchrahm-Margarine, dieselbe ist als feine Tischbutter Jedermann zu empfehlen, pro Pfd. 75 Pf. Freie Zusend. v. 1 Pfd. an durch ganz Berlin. **W. Grabe**, Fruchtstr. 75.

Zahn-Arzt Schendel,

Neanderstrasse 10. Sprechstunde 9-1 und 2-5. Poliklinik 8-9 und 5-6.

Rechtsbureau des königlichen Amtsrichters Dr. Mite-Jakobstraße 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags.

Vereins-Abzeichen.

H. GUTTMANN Stempel-, Schablonen-, Schilder-Fabrik Berlin N., Brunnensstr. 9.

Gravirung von Inschriften etc.

S. Pietsch, Tanz-Institut, Ein neuer Lehrkurs für Damen und Herren beg. Sonntag, 8. u. 10. Dezember, Nachm. 4 Uhr, Dienstag, 5. Dezbr., Abds. 8 Uhr ein Kursus für Quadrille, Contredanse, Donnerstag, 7. Dezbr., Abds. 8 Uhr ein Kursus nur für Walzer. Meldungen Adalbertstr. 3 u. bei Weg. des Unterrichts.

Rob-Tabak

billigste Preise. Sumatra, schönste Farben, 1 1/2 Pfd. zum Kaufend, à Pf. 1,75 Mk. **Max Jacoby**, Strellitzerstr. 52.

Zahnärztliche Klinik Bergmannstraße Nr. 11 part., Gute Narkose, 5121L. Kinderbehandlung gratis. Plomben, künstl. Zähne billigst.

E. Strauss, Schneiderstr., Plamstr. 46, part., empfiehlt sich zur Anfert. eleg. Herren-Garderoben für guten Sitz u. saubere Arbeit wird garantiert. Lager v. Stoffen in grosser, geschmackvoller Auswahl. Neueste Färbungsbedingungen.

Zahn-Klinik. Preise event. Theilzahlung. Olga Jacobson, 145, Invalidenstr. Konversations-Lexikon von Meyer und Brockhaus kauft **Lederer**, Kurfstr. 37.

Jung. Staat, pfeift zwei Signale u. spricht, j. Konventionen überstr. 167, Sgarrenladen. 4326

Kanarienhähne 3,50, Waldvogel spottb. Sager, Andreasstr. 39. 4316

Aleiderspind, Sopha, Tisch, Federbett, Kasse, Winterüberzieher billig u. verk. Mantelstr. 27, D. Quergeb. 3 Tr. v.

Kanarienhähnen i. gr. Auswahl verk. Krebs, Köpferstr. 154a, v. IV.

Kleider

werden sauber angefertigt. Straßenkleider 7,50 Mk., Hauskleider 4,50 Mk. Frau Freigang, Görlitzerstraße 39.

Händler

auf Gachon, Malzucker, hoher Rabatt, verlangt Alte Jakobstr. 75.

Die Teppichfabrik **O. Jaekel**, Rosenthalerstraße 55, offerirt im Ausverkauf 59/24
Teppiche in Smyrna, Belour, Brüssel, Germolot bis 100 groß, Stück 3,75, 4,50, 6,00, 10-60 Mk., reeller Werth 12-200 Mk. Gardinen, Portièren, Reise- u. Steppdecken enorm billig. **Teppiche** mit ganz kl. Fehlern. **Bettvorlagen**, so lange der Vorrath reicht. Std. v. 75 Pf. an, in der Fabrik Rosenthalerstr. 55. Auch Sonntags geöffnet.

Die **Mundharmonikafabrik CONRAD WEISS** in Goshelm, Württemberg, empf. ihre Spezialität in 9688n. Künstl.-Oktav-Harmonika 62/6] à M. 3,20 8088n. Künstl.-Oktav-Harmonika à M. 2,80 per Stück, geschraubt, in feinst. Neusilberstimmen, genauester Abstimmung in all. Dur- u. Moll-Tonarten n. d. neuest. deutsch Patent-Stimmgabel, portofrei unt. Postnachnahme. Für Ia. Qual. Garant. Wiederverk. entspr. Rabatt.

50% unt. Ladenpr. kauft man Uhren Goldsachen, Brillanten etc. im **Wohlthaus H. Graf**, Weutbstr. 5, 1.

Kranzbinderi und Blumen-Handlung 35292 von **J. Meyer**, Bienerstr. 1 (nur dort) Gurlanden à Mtr. von 15 Pf. an. Telephon Amt 4, 9482.

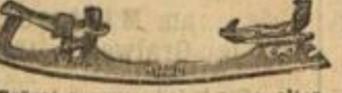
Nur für Wieder-Verkäufer Rauchrequisiten als Cigarrenspitzen, Cigarettenspitzen, Pfeifen etc. in allen Holzarten, Meerscham, Bernstein etc., liefert billigst **Gustav Klein jr.**, Brillmann a. M. Spezialität: Echtes Wechselwaaren.

Kinderwagen. Größtes Lager im Norden Berlins **M. W. Schulz**, Ecke Rheinsbergerstr. Neu! Puppenwagen mit Musik. Neu! Auch Theilzahl. Musterbücher franco. Fernsprecher: Amt III, Nr. 1767.

Bettfedern, dreifach gereinigte, neue, vorzüglich füllend, Pfund 50, 70, 90 Pf. Halbdannen Pf. 1,10. Halbdannen, silberhell, Pf. 1,60. Dauen von vorz. Qualität (3 Pf. genügen zum größten Oberbett) Pf. 2,75, empfiehlt das als streng reell bekannte, 1870 begründete Spezial-Geschäft von **S. Pollack**, Oranienstr. 61, am Moritzplatz. 5104L.

Vollständiger Ausverkauf! Leipzigerstr. 91, 1 Treppe, nur bis 15. Dezember. Jaquets reich garnirt 7,00 Mk., Jaquets in großartigster Ausführung 12,50 Mk. Seidenplüsch-Jaquets bisher 60,00 Mk., jetzt 25,00 Mk., lange Winterpaletots sonst 80,00 Mk., jetzt 10,00 Mk., Capes in herrlicher Ausführung früher 90,00 Mk., jetzt 12,50 Mk. Winterdickes mit Pelz und Federbesatz sonst 25,00 Mk., jetzt 7,00 Mk., Hunderte Straßen- und Abendränder in allen Farben bisheriger Preis 80 Mk., jetzt 20-36 Mk., 200 Regenmäntel 4,50 nur Leipzigerstr. 91, 1 Treppe. 5090E

V. Birkholz SW. 61, Belle-Alliance-Platz 6a.



Größtes Sommer- u. Winter-empfehl. für die Saison 99/04 20000 Paar Schiffs- u. alle Systeme. Schrauben-Schiffschuhe mit Riemen, alle Fußlängen, von 70 Pf. an. Kalifag, alle Größen, von 1,50 Mk. an. Caledonia, 3-4 " " Schiffschuhtheile, Riemen, Reparaturen billigst. 5000 Paar Norwegische Original-Schneeschuhe!!! 561M

Austr. Preisliste gratis und franco.

Moritz Meyerstein

Kinder-Garderobe. Nach beendeter Engros-Saison werden die vorhandenen bedeutenden Vorräthe in Knaben- und Mädchen-Garderobe zu jedem Preise abgegeben. 5204L

Für Knaben: Anzüge für 2-8 jährige M. 3,50. 9-16 " 6,-. Paletots " 2-8 " 5,-. 9-16 " 5,-.

Für Mädchen: Mäntel von 3 M. an bis zu den elegantesten Kleidern vom Baby bis zum 16. Jahre. Jaquets und Mäntel für junge Damen (Nachsch.)

Specialité: Damen-Blousen in entzückenden Farben und Jacons. **Moritz Meyerstein**, 1. Geschäft: Rosenthalerstr. 45. 2. " Chanseestr. 10/11.

Schuhe und Stiefel mit Kontroll-Markte. Allen Freunden u. Genossen empfehle mein Schuh- und Stiefel-Geschäft. Große Auswahl in Winter-Artikeln zu den billigsten Preisen. 4938L **L. Zaake**, Küstriner-Platz Nr. 8.

Kinderwagen-Bazar v. **Max Brinner** Jerusalemstr. 42 u. Brunnensstr. 6. Großartig. Auswahl jeder Art, billigste Preise. Viele Anerkennungen. Musterbuch grat. u. franco. (Auch Theilzahl.)

Winter-Paletots in guten, reinwollenen, reellen Stoffen mit Wollfutter (überall 40 Mk.), bei uns nur: 5202L
18 Mk. die elegantesten und feinsten nur 20, 25 und 30 Mk. 12000 Pelzinnen- und Hohenollern-Mäntel von 15, 18, 20, 25, 30, 36 Mk. prima. 15000 engl. Jaquet- und Rod-Anzüge, auch in Tuch und Sammet von 10, 12, 14, 16, 18, 20, 24, 27, 30, 36 Mark prima. 6000 Hosen in dauerhaften, reinwollenen Stoffen von 3, 4, 5, 6, 8, 9, 10, 12 Mk. prima. 8000 Schlafmäntel von 7 bis 21 Mk. prima. Haus- und Jagdhosen von 4 Mk. an. Knaben- u. Surfschuh-Anzüge sowie Paletots sehr spottbillig.
Goldene 110, 110. Leipzigerstr. 110.

Arbeiter-Gängerbund Berlins und Umgegend. Sonnabend, den 2. Dezember, im Saale der Brauerei Friedrichshain:
Stiftungs-Fest.
Grosses Konzert ausgeführt von 88 Mitgliedern der Freien Vereinigung der Zivil-Musiker unter Leitung des Herrn **G. Schonert**. Orgelspieler von Herrn **Paul Kurz**. Mitwirkung der Gesellschaft **Strzelewicz** (Verein Vorwärts). Anfang präzis 8 1/2 Uhr Abends. Die mitwirkenden Vereine sowie sämtliche Mitglieder des Bundes werden ersucht, pünktlich am Platze zu sein. Einlass haben nur die zum Bunde gehörenden Gangesmitglieder. Zum Einlass legitimirt nur die Bundes-Mitgliedskarte. Entree zur Bekleider der Unkosten pro Mitglied 10 Pf. 106/20 Der Vorstand.

Empfehle in reicher Auswahl, auch eingerahmt, **sozialdemokratische Bilder u. Haussegen** (Praktionsbild der sozialdemokratischen Partei). **Th. Mayhofer Nachf.**, Sozialdemokratische Buchhandlung, Berlin N., Weinbergsweg 15b. 851b

Goldwaaren-Ausverkauf wegen Aufgabe des Geschäfts. Mein seit 1874 bestehendes Goldwaaren-Geschäft ist als streng reell bekannt. Sämtliche Waaren sind mit Zahlen auf das Billigste angezeichnet, trotzdem gebe ich noch auf **Gold-, Silber- und Alfenidewaaren 20 pCt.**, auf Brillanten **15 pCt.**, auf goldene Ketten **10 pCt.** Ermäßigung. Für alle bei mir gekauften Waaren leiste ich schriftlich Garantie. **C. Lübecke**, Goldschmied, Oranienstr. 154.

Rohtabak Ernst Förster, Berlin NO., Kaiserstr. 30. zu den denkbar billigsten Preisen. **Uhren und Goldwaaren** **Wilh. Wegner**, A. Th. Zech, vormals Reparaturen streng reell unter Garantie. Invalidenstr. 106. 8501L

B. Günzel, Lothringerstr. 53, vis-à-vis der Pferdebahn-Wartehalle Spezialität: Porträts bewährter sozialistischer Führer (Bakale, Marx etc.) in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Brochen, Nadeln, Knöpfen, Stöcken, Büsten, Bildern u. dgl. en gros, en détail. (Man verlange den Preis-Korant.) **Emil Tiersch**, Uhrmacher, Brunnenstr. 18, (haben 6181L) Grosses Lager aller Arten Uhren, Goldwaaren und Ketten zu soliden Preisen. Reparaturen unter Garantie!

Vorteilhaftester Weihnachts-Einkauf.
Ausverkauf. Mein seit 18 Jahren bestehendes Geschäft verlege ich Mitte April 1894 nach Brunnenstr. 159 und bringe mein großes Lager in **Uhren, Gold-, Silber- und Alfenide-Waaren** bei **10 pCt. Preisermäßigung zum Ausverkauf.** 6180E **Reinh. Wankel**, Brunnenstr. 159, Ecke Anklamerstraße, Haltestelle der Pferdebahn.

Sophastoff-Reste. Teppiche m. Farbenfehlern. Gardinen von 30 Pf. an. Käuferstoffe, Tischdecken, Plüschdecken von 2,- Mk. an offerirt **G. Littmann**, 5098L Landsbergerstr. 97, part. rechts.

Teppiche! mit kleinen Mustern = Fehlern. **Gardinen!!** gut und billig. **Tischdecken!!** spottbillig. Waarenkatalog buntsfarbig illustriert, gratis u. franco. **Teppich- u. Tischdeckenfabrik S. Unger**, Berlin, Dramenstraße 48.

Herrenschneider. Hute von schwarz. Janelle, Serge, wollenem Paletotfutter, Hermetfutter sehr billig zu kaufen. 4858E Lindenstr. 57, part. rechts.

Jede Nähmaschine reparirt unbed. Erfahrene berechnen j. Selbstkostenpreise. Schiffschiffen 70 Pf., Singer-Spulen 5 Pf., W. B.-Spulen 20 Pf. etc. Parteigenossen mache besond. aufmerksam. 55/13 **W. Maacke**, Schwedterstr. 31.

Neuheiten in Damenschmucksachen, Herren- und Hochzeitsgeschenken. Allergrößte Auswahl bei streng reellen, billigen und festen Preisen in: Abth. 1: Bronzen und englischen Alfenide-Waaren (Gegenstände, die sich als Gelegenheits- und Hochzeits-Geschenke eignen), Pariser und englischen Nippes-Ofen, Gallyschern, Gesellschaftsfächern, Promenadenfächern, Straußfächerfächern in weiß, schwarz, hellgrün. Abth. 2: Broche, Armabänder, Ohrringen, sämtlichem Kopfschmuck, wie Haarpeile, Kränze, Haarnadeln (in echt und unecht Schildpatt, echt und unecht Metall), Colliers, Damen- und Herren-Uhrketten, Chateleins, Manschettenknöpfe u. s. w. Abth. 3: Sämtlichen Federwaaren, wie Album, Accessoires, Portemonnaies, Pistolen und Cigarrentaschen, drei und viertheilige Venetianische Spiegel u. s. w. Ferner tausenderlei andere Artikel, die sich als Herren- und Hochzeitsgeschenke eignen. Alle Waaren in sämtlichen Abtheilungen sind in deutlichen Zahlen mit festen Preisen ausgezeichnet. Beschäftigung der Schaufenster sehr empfehlenswerth, die der Lokalitäten Jedem gestattet ohne jede Verbindlichkeit des Kaufens. **Caesar Heilbronn**, Leipzigerstrasse 47, (zwischen Marktgrafenstraße und Dönhofsplatz).

Elegante Herren- u. Knaben-Garderobe, Arbeitsjachen, Bestellungen nach Maas. Elegante Winter-Paletots. **J. BAER**, Berlin N., Gesundbrunnen, Badstrasse 18, Ecke der Stettinerstraße. Ich habe keine Filialen und sehe mit ähnl. lautenden Firmen in keinerlei Beziehung. Bitte daher genau auf Firma zu achten. 4894L

Kommunalwähler-Versammlung

für den 29. Wahlbezirk

am Dienstag, den 28. November er., Abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Wolzmann, Lichtenbergerstr. 16.

Tagesordnung:
1. Die bevorstehende Stichwahl. Referent Dr. Zadok. 2. Diskussion.
Das Komitee.

Achtung! **Turner!** Achtung!

Große öffentliche Versammlung

am 28. November, Abends 8 1/2 Uhr,
in den Konfordia-Festsälen (oberer Saal), Andreasstr. 64.

Tagesordnung:
Die verschiedenen Strömungen in der Turnerei. Ref.: Fritz Hanson.
Diskussion. Verschiedenes.
Alle Freunde und Gönner der Turnerei sind hierzu eingeladen.
Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt.

Der Einberufer.

Große öffentl. Volks-Versammlung

für Männer und Frauen

am Mittwoch, den 29. November er., Abends 8 1/2 Uhr,
zum Schultheiß (Eiskeller), Chausseest. 88.

Tagesordnung:
1. Vortrag über Zweck und Nutzen der Konsumvereine. Referentin
Frau Alma Palm. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Die Frauen sind
ganz besonders eingeladen.

Um zahlreichen Besuch bittet
Der Einberufer.

Allgem. Deutscher Tapezier-Verein

(Filiale Berlin).

Versammlung

am Montag, den 27. November er., Abends 8 1/2 Uhr,
bei Boltz, Alte Jakobstraße Nr. 75.

Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Verband

deutscher Gold- und Silberarbeiter und verwandter Berufsgeoffen

(Zahlstelle Berlin).

Montag, den 27. November, Abends 8 1/2 Uhr, Dresdenerstr. 45.

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Adler. 2. Diskussion. 3. Bericht der Bibliothek-
Kommission und Neuwahl derselben. 4. Verschiedenes.
Zeitungen und Beiträge in der Versammlung beim Kassierer. Aufnahme
neuer Mitglieder. — Gäste, sowie unsere Berufsgeoffinnen stets willkommen.
Um zahlreichen und pünktlichen Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

NB. Sonntag, den 21. Januar, Nachmittags von 1 Uhr ab, findet
ein Besuch der Urania statt. Billets hierzu sind beim Bevollmächtigten
zu haben.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Berlin.

Branchenversammlung der Parquetbodenleger

am Montag, den 27. November, Abends 8 Uhr,
bei Röllig, Neue Friedrichstr. 44.

Tagesordnung:
1. Erledigung der Tarifangelegenheit, sowie Ausgabe der Tarife an die
Kollegen. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. — Jeder Bodenleger
ist zu dieser Versammlung eingeladen.
NB. Den Beitragssammlern hiermit zur nochmaligen Kenntnis, daß die-
selben alle Versammlungen, sowie Werkstatt-Vertrauensmänner- und wichtigen
Kontrollkommissionen-Sitzungen ihres Bezirks laut Beschluß der Ortsverwaltung
beizuwohnen haben und sich mit genügendem Material zur Aufnahme neuer
Mitglieder versehen mögen.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Friedrichsberg. Achtung!

Dienstag, den 28. November, Abends 8 1/2 Uhr:

Große öffentliche Volks-Versammlung

im Saale des Herrn Spitzig, Frankfurter Allee Nr. 193.

Tages-Ordnung:
1. Hundert Millionen neue Steuern zur Deckung der Kosten für die
nach den diesjährigen Reichstagswahlen bewilligte Heeresvermehrung, mit be-
sonderer Berücksichtigung der Tabak-Fabriksteuer. Referent: Reichstags-
Abgeordneter Wilhelm Schmidt (Frankfurt a. M.). 2. Diskussion.

Der Vertrauensmann.

Geschäftsdiener, Packer.

Heute, Sonntag, den 26. d. M., Abends 6 Uhr,

zwei grosse

öffentl. Versammlungen mit Frauen

im Norden: Germania-Festsäle, Chausseest. 102,
im Zentrum: Gründer's Festsäle, Köpenickerstr. 100.

Tagesordnung in beiden Versammlungen:
1. Vortrag. Referent im Norden: Dr. H. Weyl, im Zentrum: E. Adler.
2. Diskussion.

Nachdem in beiden Lokalen: Gemüthliches Beisammensein und
darauffolgender Tanz. — Jeder Hausdiener ist eingeladen. — Gäste haben
 Zutritt.

Achtung! **Steinarbeiter.** Achtung!

Montag, den 27. November, Abends präz. 8 Uhr:

Öffentliche Versammlung

der Steinarbeiter Berlins und Umgegend
bei Müller, Johannist. 20.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zur Beitragsleistung des Generalfonds. 2. Bericht
erhaltung der Kommission in der Unterstützungsfrage Kollege Geströbow.
3. Abrechnung vom Stiftungsfest. 4. Verschiedenes.
Die Kollegen vom Platz Zeidler und Rutz werden ersucht, Mann für
Mann zu erscheinen. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. — Bei der
Wichtigkeit der Tagesordnung ist ein jeder Kollege verpflichtet zu erscheinen.

Der Vertrauensmann.
J. Buchmann, Willibald Alexstraße 39.

Verein deutscher Schuhmacher

Filiale 3. Westen.

Sonntag, Abends 6 1/2 Uhr, im Lokal
von B. Tränkle, Solmsstr. 44:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Dis-
kussion. 3. Verschiedenes. Neue Mit-
glieder werden aufgenommen.

Der Vorstand.

Möbelpolierer.

Heute, Sonntag Abends 6 Uhr,
bei Wilke, Andreasstraße 26:

Versammlung mit Damen.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Hoffmann-
Seib über: „Die zehn Gebote und die
bezügliche Klasse“. 2. Diskussion etc. —
Nach der Versammlung gefelliges
Beisammensein und Tanz. — Es
ladet alle Kollegen mit ihren Damen
ein

J. A.: Robert Weber.

Gesangverein

Kreuzberger Harmonie.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
die nächste Übungsstunde in Kurth's
Salon, Hasenhaide 52/53, stattfindet.

Rixdorf.

Versammlung

Bereins Vorwärts

am Dienstag, den 28. d. M.,
Abends 9 Uhr.

im Lokal des Herrn Mitschke,
Steinmehstr. 45.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Heymann.
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Jedermann hat Zutritt. — Um regen
Besuch ersucht

Der Vorstand.

Christbaum-Konfekt.

Neuere Neuheiten, nur genießbare
Waare, 1 Kiste Inhalt ca. 400 Stück
2,50 M., 1 Kiste Inhalt ca. 270 große
Stücke 3 M.

Prof. Berlin O, Wajmannstr. 37.

Seben erschienen und durch die
„Volkbüchhandlung“ (G. Reinsch) in
Leipzig zu beziehen:

Friede auf Erden

oder
Die Ausweisung am Weihnachtsabend.
Soziales Bild in zwei Aufzügen

VON **Rich. Lipinski.**
Preis eleg. brosch. 40 Pf., Porto 3 Pf.
Zur Aufführung 5196L*
sind sieben Exemplare nötig.

Das Stück eignet sich vorzüglich zur
Aufführung am Weihnachtstage oder
zur Weihnachtsfeier von Vereinen.

Quittung.

Vor meiner Abreise erhielt ich durch
Kollegen Wättner 56,35 M. aus-
gezahlt für Unterführung, wofür ich
allen Gebern meinen herzlichsten Dank
aus spreche.

Wencesl Dlonh.

Für Kassenkranke

bin ich in meiner Privat-Frauen-
klinik, Louise-Ufer 17, statt früh-
morgens, jetzt:

Mittags 12 bis 2 Uhr,
Sonntags 11 bis 12 Uhr,
zu sprechen. Freie Arztwahl.

Poliklinik Wochentags 12—1 Uhr.
Privatwohnung bleibt Neue Köpstr. 6,
Sprechst. 8—9, Nachm. 3—5 Uhr.

Dr. Bunge.

Homöopath. Arzt Dr. Bösch, Eini-
enstr. 149, 8—10, 5 bis
7, Sonntags 8—10 Uhr.

Patentanwalt

A. Dammann, Ingenieur, Oranien-
strasse 61 a. Rechtspfl. Ausf. kostenfrei.

Rechts-Bureau.

Moabit, Panistr. 31, von 9—2.
Mendelssohnstr. 14 von 3—9.

Rath und zuverlässige Ausführung in
allen Rechtsangelegenheiten. 5163L*
Topolinski, fr. Bureauvorsteher.

Gardinen-Reste

zu 1—4 Fenstern passend, spottbillig
in der Fabrik Grüner Weg 80, pri.
Eingang vom Flur.

Diebe-

ste und billige Damennäntel-
Fabrik Berlinerte 76, 1 Treppe,
in Charlottenburg, verkauft
Edmo-Jaquetts 5-7 1/2 M., Blüsch-
Jaquetts 15 M., Regenmäntel 8 1/2
bis 7 1/2 M., Capes 7 1/2 M., Blüsch-
Jaquetts und Damassé-Capes von
30 M. an.

Fremden und Genossen empfehle
meinen Halb- und Damassé-
verkauf zu den billigsten Preisen.
Franz J. Schulze, 5178L*
Markthallenstand 15, Eisenbahnstraße.

Germania-Prachtsäle.

Chausseest. 103.

Montag, den 4. Dezember 1893, Abends pünktlich 8 1/2 Uhr:

II. Abonnements-Konzert.

Orchester: 60 Mann. — Neues Programm. — Dirigent: G. Grass.
Programm 5 Pf. — Entree an der Kasse inkl. Programm 20 Pf. pro Person.

Abonnementskarten zu 4 Konzerten oder als Familienbillet bis
zu 4 Personen beliebig zu verwenden, à 50 Pf. im Vereinslokal Rosen-
straße 30 und folgenden Stellen zu haben: Scheithauer, Rosenthaler-
straße 64; Simonsohn, Invalidenstr. 5; Mayhofer, Weinbergsweg 15b;
Noffka, Vorsigtstr. 28; Zigarren-Handlungen Adelerstr. 41 und 59;
Gartmann, Weberstr. 58, 1 Tr.; Kleinert, Müllerstr. 174; Gieshoit,
Boysenstr. 40; Witzel, Elisabethkirchstr. 18; Wendt, Köllinerstr. 17;
Hilgenfeldt, Bergstr. 60; Schröder, Biesenstr. 39; Werner, Straß-
sunderstraße 36; Reuter, Swinemünderstr. 45, und in allen mit Plakaten
belegten Handlungen.

Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker.

Kommandantenstr. 20. Arminhallen. Kommandantenstr. 20.
Sonntag, den 26. November (Eodtensonntag):

Gr. Vokal- und Instrumental-Konzert

veranstaltet vom
Arbeiter-Gesangverein „Einig“ (Mitgl. d. A.-S.-B.)
Nach dem Konzert: 850b

Tanz-Kränzchen.

Programms à 25 Pf. sind zu haben bei C. Barnack, Kommandantenstraße 21.

Sozialdemokratischer Agitationsklub für den Osten Berlins.

Sonntag, den 26. November, Abends 6 1/2 Uhr,
im Lokale „Zum Freischütz“, Fruchtstraße 36a (oberer Saal):

Große öffentliche Versammlung für Frauen u. Männer.

Tagesordnung:
1. Vortrag der Genossin Frau Palm über: „Das Recht.“ 2. Diskussion.
Entree 10 Pf. 850b
Der Einberufer.

Öffentliche Versammlung

für den 9. Kommunal-Wahlbezirk

am Mittwoch, den 29. November er., Abends 8 1/2 Uhr,
in Habel's Brauerei, Bergmannstr. 5—6.

Tagesordnung:
1. Die bevorstehende Stadtverordneten-Stichwahl. Referent wird in
der Dienstag-Nummer bekannt gemacht.

2. Diskussion. 450/1
Um zahlreiche Beteiligung, besonders der Frauen, ersucht
Das Wahlkomitee.

Verein der Filzschuharbeiter Berlins u. Umg.

Vereins-Versammlung

am Montag, den 27. November 1893, Abends 8 1/2 Uhr,
bei Seefeldt, Grenadierstraße 33.

Tagesordnung:
1. Vortrag über Gewerkschafts-Organisation. 2. Diskussion. 3. Ver-
schiedenes. Um zahlreichen Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Achtung! Maler. Achtung!

Kombinierte Versammlung sämtlicher Filialen der Maler,
Lackirer, Anstreicher Berlins

am Dienstag, den 28. November 1893, Abends 8 Uhr,
in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77—79.

Tagesordnung:
Berathung des Statuts. — Wahl der Delegirten zur Generalversamm-
lung. — Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimirt.

Der Einberufer.

Arbeitslosen-Versammlung

der Maler, Lackirer und Anstreicher

am Mittwoch Vormittags 10 Uhr,
bei Gratweil's, Kommandantenstraße 77—79.

Tagesordnung:
Die Ursachen der Arbeitslosigkeit. Referent Th. v. Wächter. Diskussion.
Der Einberufer.

Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur.

Dienstag, den 28. November, Abends 8 1/2 Uhr:

Plenar-Versammlung

im Saale des Langenbeck-Saufes, Biegelstraße Nr. 10.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Herrn Th. v. Wächter über:
„Der Kampf ums Dasein und der Sozialismus“. 3. Diskussion.

Gäste willkommen. Der Bureau-Vorstand.
Dr. Penzig.

Achtung! Gesangvereine. Achtung!

Gesangvereinen werden von jetzt ab unentgeltlich
Dirigenten nachgewiesen durch unsern Kassierer Herrn
Rud. Tietz, Invalidenstr. 129, 1 Treppe.

Dirigentenverband für Berlin und Umgegend.

Deutscher Schneider- und Schneiderinnen-Verband.

Montag, den 27. November, Abends 8 1/2 Uhr:

Große Versammlung

in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77—79
(oberer Saal).
Tages-Ordnung:
1. Die Verhältnisse der Schneiderei in Schlessen und Posen und die
Erlebnisse auf meiner Agitationstour nach dort. Referent: L. Pfeiffer.
2. Diskussion. 3. Abrechnung vom III. Quartal. 4. Neuwahl der Orts-
verwaltung.